

Das Parlament

Berlin, 29. August 2016

www.das-parlament.de

66. Jahrgang | Nr. 35-36 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Mit gläsernen Taschen

Carsten Schneider Wenn der Bundestag ab Anfang September über den Haushalt des kommenden Jahres berät, dann ist einer wie er wieder besonders gefragt. Der SPD-Abgeordnete aus Erfurt ist als Fraktionsvize für die Themen Haushalt und Finanzen zuständig. Außerdem leitet der gelernte Bankkaufmann das Vertrauensgremium des Bundestages, das eine Besonderheit darstellt. Eigentlich schreibt die Verfassung vor, dass das Parlament den Haushalt öffentlich zu beraten und zu verabschieden hat. Im Vertrauensgremium entscheiden aber neun Abgeordnete vertraulich über die Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste des Bundes, die aus Gründen des Staatswohls geheim bleiben dürfen. Auf absolute Transparenz setzt Schneider hingegen auf seiner Homepage: Dort weist der Abgeordnete sämtliche seiner Einkünfte auf Heller und Pfennig aus. *ahell*



ZAHL DER WOCHE

60

Prozent der Deutschen haben eher kein Vertrauen in die Europäische Union, wie eine Umfrage von TNS Infratest Ende Mai dieses Jahres zeigte. 28 Prozent der Befragten gaben demnach an, der EU eher zu vertrauen, zwölf Prozent antworteten mit „weiß ich nicht“.

ZITAT DER WOCHE

»Vertrauen muss immer wieder neu erarbeitet werden.«

Thomas de Maizière (CDU), Innenminister, über das Verhältnis von Bürgern und staatlichen Institutionen in Deutschland

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Parteien Das Vertrauen in ihre Lösungskompetenz ist gesunken **Seite 4**
- Plebeszite** Zahl wächst, Einführung auf Bundesebene bleibt umstritten **Seite 5**
- Brexit** Der Ausstieg der Briten ist ein Wendepunkt in der EU-Geschichte **Seite 10**
- TTIP** Trotz der Vorteile gibt es ein tiefes Misstrauen gegen das Abkommen **Seite 13**
- »Lügenpresse«** Die Geschichte eines Kampfbegriffes **Seite 15**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Wie Eis in der Sonne

VERTRAUEN Die Basis von Demokratie und Marktwirtschaft schmilzt. Sie zu retten, ist unsere Pflicht

Dass der Kapitalismus den Hang hat sich selbst den Boden unter den Füßen wegzuschlagen, das wussten wir. Immer wieder kommt es in Boom-Zeiten zu gewaltigen Übertreibungen, die dann eine Krise nach sich ziehen. Was würde diese Tendenz besser illustrieren als die Finanzkrise, die vor acht Jahren mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers ihren Anfang nahm und die Weltwirtschaft bis heute halbseitig lähmt. Neu ist, jedenfalls für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, dass die moderne Demokratie gleich mit in die Gefahr des Systemabsturzes gerät. Und das wohlgerichtet nicht, weil Feinde von außen angreifen. Es geschieht, weil viele Bürger so unzufrieden sind, dass sie auf demokratischem Wege Feinde eben dieser Demokratie an die Macht wählen könnten – oder jedenfalls so nahe dran, dass solche Undemokraten erheblichen Einfluss erzielen. So wie in Österreich, in Frankreich oder in den Vereinigten Staaten heute schon.

Diese Selbstdestruktion ist gefährlich. Damit sie überhaupt in Gang kommen kann, damit ein großer Teil der Gesellschaft sich mental ins Nationale und in die Abgrenzung von den „Anderen“ flüchtet, muss ein wenig zusammenkommen. Eine Finanzkrise allein reicht da nicht, selbst wenn in ihrem Verlauf von Staats wegen Banken und Vermögende gerettet werden und der kleine Mann hinterher auch noch mit Nullzinsen bestraft wird. Doch heute hat sich viel zusammengebraut. Die Ungleichheit hat in Teilen der westlichen Welt Ausmaße erreicht wie zuletzt vor 100 Jahren. Dabei ist es gar nicht die Tatsache per se, dass die Reichen soviel reicher geworden sind, die besonderes Unbehagen auslöst. Ungleich schlimmer ist, dass in der Mitte der Gesellschaft die Hoffnung auf ein ökonomisches Fortkommen verlischt. Wenn über Jahrzehnte der große Teil zusätzlichen Wohlstands von einem kleinen Teil der Bevölkerung absorbiert wird, herrscht bei vielen Familien wirtschaftliche Dauerstagnation. Ein höherer Lebensstandard ist dann immer gerade so außer Reichweite. Und irgendwann reicht es den Menschen.

Nur Downside, keine Upside, so würde man an der Börse zu einer solchen Situation sagen. Zu allem Überfluss rechnen uns Digital-Experten in Oxford und am Massachusetts Institute of Technology vor, dass fast die Hälfte aller Jobs von Robotern und Big-Data-Computern bedroht ist. Die Botschaft: Die digitale Revolution erzeugt zwar Wohlstand, aber erst mal nicht für viele Normalbürger. Nicht für uns – dieses Gefühl wird auf die Weise noch einmal verstärkt.

Ungleiche Vermögen Die Bürger in Deutschland sind von dieser Emotion nicht frei, obwohl es hierzulande zuletzt recht fair zugeht: Die Ungleichheit der Einkommen hat vor zehn Jahren aufgehört zu wachsen. Mit vielen Jobs hat die deutsche Arbeitsmarktwende die Verteilung dessen, was aufs Konto fließt, stabilisiert. Das ändert aber nichts daran, dass die Vermögen zwischen Oden und Rhein besonders ungleich verteilt sind. In Deutschland haben die obersten zehn Prozent der Bürger rund 60 Prozent von allem, während die Reichen in den Industrieländern insgesamt „nur“ auf 50 Prozent kommen. Hinzu kommt das Thema der Zuwanderung. Rund eine Million Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland, und auch wenn es vielfach irrational ist, so verstärkt das ein Gefühl latenter existenzieller Bedrohung. Zur Wahrnehmung, dass sich die Zusammensetzung der Gesellschaft verändert, gehört aber noch eine andere Zuwanderung, die von innerhalb der EU. Seit der Finanzkrise ist dieser Strom jährlich um rund 100.000 Menschen angewachsen, so



Wenn das Eis schmilzt, schmeckt wenigstens die Waffel noch. Was aber bleibt unserer Gesellschaft ohne Vertrauen?

© picture-alliance/Foodcollection

dass auf dem Höhepunkt im Jahr 2014 rund 800.000 kamen. So soll es im europäischen Binnenmarkt ja auch sein: Doch subjektiv gesprochen kommen da auch Jobkonkurrenten ins Land. Gleichzeitig fühlen sich deutsche Sparer verhöhnt, wenn ihnen Vertreter der Europäischen Zentralbank triumphierend sagen, es gebe kein Menschenrecht auf Rendite. Zwar hat die Zentralbankpolitik des superbilligen Geldes die Häuser- und Aktienpreise in die Höhe getrieben. Aber davon profitiert nur eine Minderheit. Lediglich 15 Prozent der Bundesdeutschen haben Aktien, rund 40 Prozent eigene Immobilien. Unzufriedenheit entsteht in jedem Land etwas anders, aber fast überall nimmt sie heute zu. Beschleunigt wird der Empörungprozess noch von den sozialen Medien des Internets. Twitter, Facebook und Co. bringen eben nicht nur Menschen zusammen, sondern erlauben es ihnen auch, sich ganz schnell von

anderen zu distanzieren, Wir-und-Ihr-Gefühle zu schaffen. **Beispiel USA** All das führt zu einem Ergebnis: Das Vertrauen, diese Basis, die Demokratie und Wirtschaft gemeinsam haben, schwindet wie Speiseeis in der Sonne. Es geht um Vertrauen auf eine bessere Zukunft und um das Vertrauen in wirtschaftliche und politische Institutionen.

In den Vereinigten Staaten hat vor allem das Ansehen der zentralen politischen Einrichtungen gelitten. Nationalen Umfragen zufolge vertrauen nur noch acht Prozent dem Washingtoner Kongress. Kaum mehr Menschen vertrauen dem Obersten Gerichtshof, der fast nur noch den Parteilinien entlang entscheidet. Da zeigt sich ein Grund, warum ein erheblicher Teil der Bevölkerung einem Hassprediger wie Donald Trump das Heft in die Hand reichen will. Er soll Schluss machen mit einem System, das den meisten Amerikanern als korrupt und selbstbefriedigend vorkommt.

In Deutschland haben die Parteien sich den Konzernen auf dem Weg nach unten angeschlossen. Beiden vertrauen nicht einmal mehr 20 Prozent der Bevölkerung. Her muss eine offene und nicht allzu weltanschauliche Debatte darüber, welche Antworten möglich sind und welche in Bezug auf das, was die Menschen wollen oder brauchen, auch wirksam sind. Geht es darum, mehr Verteilungsgerechtigkeit über Steuern zu schaffen – oder nicht doch eher bei den Sozialabgaben, die für Wohlhabende gedeckelt sind? Oder: Müssten wir in der Bildung vor allem auf inhaltliche Exzellenz achten – oder doch eher auf Mentorenprogramme für benachteiligte Jugendliche? Manchmal wird aus dem „oder“ auch ein „und“, wie etwa in der Flüchtlingspolitik, wo mehr Entschiedenheit und Integration im Inland wohl genauso gefragt sind wie neue Hilfen für die Herkunftsländer. Es gibt viel zu ergründen und dann noch mehr zu tun, um neues Vertrauen zu schaffen. *Uwe Jean Heuser*

tät entsteht: wir gegen die. Diese Gedankenlage macht sich vor allem an nationalen Grenzen fest, aber sie zeigt sich auch innerhalb der Gesellschaft. In dieser Atmosphäre wird es für Politiker fast schon gefährlich, sich als Internationalisten zu outen. Handelsabkommen? Zu riskant. Mehr Solidarität in Europa? Wird ausgenutzt.

Die Misstrauensfälle Es zählen mehr die Unterschiede (etwa zwischen den ökonomischen Kulturen an Mittelmeer und Nordsee) als die Gemeinsamkeiten (das Streben nach Frieden und Wohlstand).

Und mit jedem Ereignis, das in diese Richtung weist, dem Brexit-Votum etwa, fühlen sich die Nullsummen-Denker bestätigt. Wie kommen wir aus dieser Misstrauensfalle wieder heraus? Klar ist, dass das Vertrauen in Demokratie und Marktwirtschaft verteidigt und neu erkämpft werden muss. Politiker und Wirtschaftlenker, Medienmacher und Vordenker stehen in einer historischen Pflicht. Unklar ist, was genau von ihnen zu erwarten ist. In einer solchen Situation neigen manche zur Flucht in die Arbeitsgruppe. Aber her muss ein Diskurs über die Disziplinen hinweg. Her muss eine offene und nicht allzu weltanschauliche Debatte darüber, welche Antworten möglich sind und welche in Bezug auf das, was die Menschen wollen oder brauchen, auch wirksam sind. Geht es darum, mehr Verteilungsgerechtigkeit über Steuern zu schaffen – oder nicht doch eher bei den Sozialabgaben, die für Wohlhabende gedeckelt sind? Oder: Müssten wir in der Bildung vor allem auf inhaltliche Exzellenz achten – oder doch eher auf Mentorenprogramme für benachteiligte Jugendliche? Manchmal wird aus dem „oder“ auch ein „und“, wie etwa in der Flüchtlingspolitik, wo mehr Entschiedenheit und Integration im Inland wohl genauso gefragt sind wie neue Hilfen für die Herkunftsländer. Es gibt viel zu ergründen und dann noch mehr zu tun, um neues Vertrauen zu schaffen. *Uwe Jean Heuser*

hen in einer historischen Pflicht. Unklar ist, was genau von ihnen zu erwarten ist. In einer solchen Situation neigen manche zur Flucht in die Arbeitsgruppe. Aber her muss ein Diskurs über die Disziplinen hinweg. Her muss eine offene und nicht allzu weltanschauliche Debatte darüber, welche Antworten möglich sind und welche in Bezug auf das, was die Menschen wollen oder brauchen, auch wirksam sind. Geht es darum, mehr Verteilungsgerechtigkeit über Steuern zu schaffen – oder nicht doch eher bei den Sozialabgaben, die für Wohlhabende gedeckelt sind? Oder: Müssten wir in der Bildung vor allem auf inhaltliche Exzellenz achten – oder doch eher auf Mentorenprogramme für benachteiligte Jugendliche? Manchmal wird aus dem „oder“ auch ein „und“, wie etwa in der Flüchtlingspolitik, wo mehr Entschiedenheit und Integration im Inland wohl genauso gefragt sind wie neue Hilfen für die Herkunftsländer. Es gibt viel zu ergründen und dann noch mehr zu tun, um neues Vertrauen zu schaffen. *Uwe Jean Heuser*

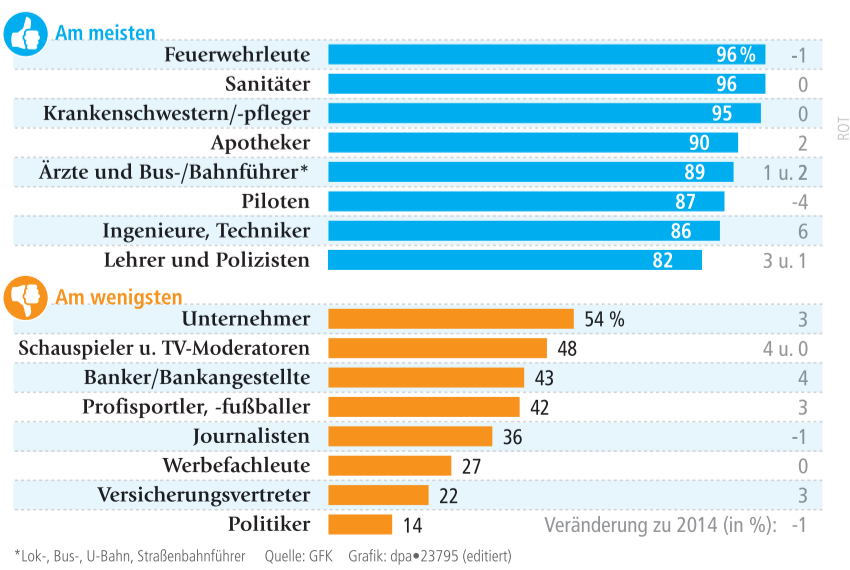
Der Autor leitet das Wirtschaftsressort der Wochenzeitung „Die Zeit“.

In der Mitte der Gesellschaft stagniert die Hoffnung auf einen Aufstieg.

Was wir brauchen, ist ein Diskurs über die Disziplinen hinweg.

Wem die Deutschen vertrauen

2016 vertrauen so viel Prozent der Bundesbürger diesen Berufsgruppen (Anteil in Prozent)



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



EDITORIAL Populär und falsch

VON JÖRG BIALLAS

In der Politik werden Fehler gemacht. In jedem anderen Berufsfeld auch. Manchmal passieren diese Fehler aus Unachtsamkeit, manchmal sind sie das Ergebnis falsch eingeschätzten Handelns. Besonders letztere werden in der Öffentlichkeit mit Empörung quittiert. Nicht immer, aber oft ist das nachvollziehbar. Lässt sich der Missstand an einer Person festmachen, fordern die politischen Gegner im Namen der Wähler die Höchststrafe: den Rücktritt. Viel ist dann die Rede von Vertrauen, das missbraucht worden sei. Das lässt sich aushalten, sofern dieses Urteil begründbar ist und auf den Einzelfall begrenzt bleibt. Schwierig wird es, wenn Allgemeingültigkeit bemüht wird. „Die Politiker“, heißt es dann, seien ohnehin korrupt oder faul oder verlogen oder alles zusammen. Das ist zwar keine besonders intelligente Argumentation. Aber eine, die durchaus populär ist. Weil es ja so einfach ist, die Ursachen für die eigenen Probleme und Sorgen pauschal in der Politik zu verorten. Dieses Handlungsmuster ist nicht neu. Neu ist hingegen, dass diese Haltung den Weg aus den Stammisch-Hinterzimmern der Kneipen auf die Straßen gefunden hat. Die Unzufriedenen haben sich artikuliert und organisiert. So lange die freiheitlich-demokratischen Spielregeln dabei nicht verletzt werden, ist das legitim. Es ist Sache derer, die eben nicht glauben, dass unser System verkommen und Gegenstand organisierter Desinformation durch eine von wem auch immer konformierte Medienvelt ist, mit Argumenten dagegenzuhalten. Umgekehrt könnte es mitunter nicht schaden, wenn politische Macht wieder stärker als geliebt empfunden würde. Prominenz erhöht die Eigenwahrnehmung und schürt die Gefahr, den Dienst am Volk zugunsten der persönlichen Karriere zu vernachlässigen. Im Übrigen entsteht Vertrauen durch Glaubwürdigkeit. Vermutlich wären Wähler sogar in einem größeren Maß bereit, menschliche Schwächen in der Politik zu verzeihen, wenn damit von den Betroffenen ehrlicher umgegangen würde. Vertrauen in die Politik darf in einer Demokratie hinterfragt, kritisch begleitet und punktuell abgesprochen werden. Wer aber den Eindruck erweckt, dieser Staat sei grundsätzlich nicht vertrauenswürdig, versucht die Menschen im Land zum eigenen Vorteil zu täuschen.

GASTKOMMENTARE

ZERFRISST UNS DAS MISSTRAUEN?

Giftiger Verdacht

PRO



Daniel Goffart, »Focus«

Es fällt schwer, Zuversicht zu zeigen, wenn alle Umfragen beweisen, wie tief sich das Misstrauen bereits in unsere Gesellschaft hineingefressen hat...

Stabil genug

CONTRA



Eckart Lohse, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Auch Menschen, die nicht tagen, tagaus über Politik und die Institutionen der Gesellschaft sprechen, weil sie diesen grundsätzlich trauen...

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 16. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Haselmann, eine repräsentative Demokratie lebt vom Vertrauen zwischen dem Volk und den gewählten Volksvertretern...

Ich glaube, dass es um das Vertrauen in die politischen Akteure derzeit nicht gut bestellt ist. Das zeigen Befragungen, wie angesehen oder respektiert Politiker bei den Bürgern sind...

Als Indiz für Politikverdrossenheit werden die sinkende Wahlbeteiligung oder die Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien genannt...

Das sehe ich nicht so. Alle demokratischen Parteien sind gehalten, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Bürger motivieren kann...

Sie haben das individuelle Fehlverhalten von Politikern angesprochen. Sind die Maßstäbe, die die Bürger anlegen, zu hoch oder brauchen wir einen strengeren Verhaltenskodex für Abgeordnete?

Jeder Mensch ist fehlbar, das gilt auch für Politiker. Wenn jemand einen Fehler macht, muss er dazu stehen und die Verantwortung übernehmen...

Was antworten Sie einem Bürger, wenn er Sie fragt, warum er Ihnen vertrauen soll?

Das ist eine schwierige Frage, denn ich kann den Bürgern diese Entscheidung nicht abnehmen. Ich kann nur um ihr Vertrauen werben...

Schauen sich die Bürger ihre Abgeordneten denn so differenziert an oder lassen sie sich doch eher vom gängigen Politiker-Bild leiten?

Es ist sicherlich schwer, als Bundestagsabgeordnete in Berlin den direkten Kontakt zu vielen Menschen im Wahlkreis aufzu-

»Jede Stimme zählt«

BRITTA HASSELMANN Die Parlamentarische Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen plädiert für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Politik



© picture-alliance/dpa

bauen und zu halten. In meiner zehnjährigen Zeit als Kommunalpolitikerin war das deutlich einfacher. Deshalb muss ich jede Gelegenheit nutzen, auf die Menschen zuzugehen und den Dialog zu führen.

Demokratie erfordert aber nicht nur eine Bringschuld der Politiker, sondern auch eine Holschuld der Bürger.

Natürlich wünsche ich mir, dass die Bürgerinnen und Bürger stärker politisch mitwirken und den Kontakt zu den Abgeordneten suchen und sich ihr eigenes Bild machen

als dies im Augenblick vielleicht der Fall ist. Aber das lässt sich nicht erzwingen.

Misstrauen wird nicht nur Politikern entgegen gebracht, sondern auch den Medien. Leidet die Gesellschaft unter einem allgemeinen Vertrauensverlust?

Nein, das glaube ich nicht. Aber es ist eine gewisse Verrohung zu beobachten, vor allem in den Sozialen Netzwerken. Wüste Beschimpfungen, die jeder Faktenlage entbehren, sind schnell ausgesprochen in der Anonymität des Internets. Zudem wird oft sug-

geriert, dass es auf komplizierte Fragen einfache Antworten gibt. Auf die hochkomplexen Herausforderungen in einer globalisierten Welt gibt es aber keine einfachen Antworten...

Sie fordern mehr Bürgerbeteiligung. Die Beteiligung an Volksabstimmungen in den Bundesländern fällt mitunter aber kaum höher aus als bei Wahlen.

Die Beteiligung fällt höchst unterschiedlich aus und es ist schwer zu sagen, warum Bürger im konkreten Fall keinen Gebrauch von der Möglichkeit dieser Mitbestimmung machen...

Würden Sie eine Volksabstimmung über einen deutschen EU-Austritt befürworten?

Nein. Für mich ist das auf keinen Fall eine Frage, über die man bei uns abstimmen können sollte.

Großes Misstrauen herrscht auch beim Freihandelsabkommen TTIP. Die Grünen erheben den Vorwurf, die Verhandlungen zwischen der EU und den USA seien zu intransparent. Wird dadurch nicht zusätzlich Misstrauen geschürt? Immerhin hat das Europäische Parlament ein Mandat für die Verhandlungen erteilt.

Wir haben uns sehr genau überlegt, an welchen Punkten die Mitwirkungsrechte des Bundestages bei den Freihandelsabkommen TTIP und CETA klar definiert sein müssen. Und wir wollen auch nicht die Rolle des Europäischen Parlaments an diesem Punkt diskreditieren...

Das Interview führte Alexander Weinlein. ||

Britta Haselmann zog 2005 erstmals für Bündnis 90/Die Grünen in den Bundestag ein. Seit 2013 ist sie Erste Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Michael Grosse-Brömer: Der Vermittler

Bedingungslos Vertrauen? Für Michael Grosse-Brömer ist der Fall klar. „Meiner Familie vertraue ich bedingungslos, aber auch dem ein oder anderen sehr guten Freund“...



»Die Zusammenarbeit auch über Fraktionsgrenzen hinweg ist oft wesentlich besser als es in der Bevölkerung manchmal vermutet wird.«

wird, ohne dass man die öffentliche Wirkung der Redebeiträge ständig im Blick haben muss, sagt er. Schließlich werde im Plenum öffentlich zu den Themen debattiert.

fraktion ein möglichst einheitliches Bild bei den Abstimmungen abgibt. „Chief Whip“ – Chefpeitsche bezeichnet man seinen Job im angloamerikanischen Raum...

DasParlament

Publication details including publisher, contact information, subscription rates, and editorial board members.

Logo of the German Press Syndicate (VdZ) and related information.



27. April 1972: Nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD, stehend rechts) gratuliert Unions-Kanzlerkandidat Rainer Barzel (CDU) im Bundestag dem Regierungschef.

© picture-alliance/AGK

Wer wann wem vertraute

GESCHICHTE Vertrauensfragen und Misstrauensanträge im Bundestag. Ein Rückblick auf Schlüsselmomente des Parlaments

Es war eine der spannendsten Abstimmungen in der Geschichte des Bundestages: die Entscheidung vom April 1972 über den CDU/CSU-Antrag, Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) das Misstrauen auszusprechen und Unions-Fraktionschef Rainer Barzel (CDU) zu seinem Nachfolger zu wählen.

Damals drohte die sozialliberale Koalition im Streit um die Ostverträge ihre Mehrheit durch Übertritte von SPD- und FDP-Abgeordneten zu verlieren. Als schließlich 249 stimmberechtigten Abgeordneten der Koalition 247 der Opposition gegenüberstanden, griff der CDU-Vorsitzende Barzel erstmals in der Geschichte zum Instrument des konstruktiven Misstrauensvotums, um Brandt abzulösen. Aufgrund entsprechender Zusicherungen setzte die Union darauf, dass auch zwei FDP-Abgeordnete dem Misstrauensantrag zustimmen und so zur erforderlichen Mehrheit von 249 Stimmen verhelfen. Um 10 Uhr eröffnete Altkanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) am 27. April im Parlament die Redeschlacht, warnte vor einer Gefährdung „der Wiederherstellung der Einheit des deutschen Volkes“ durch die neue Ostpolitik. Im Gegenzug hielt Außenminister Walter Scheel (FDP) der Union vor, sie wolle „eine Veränderung politischer Mehrheitsverhältnisse ohne Wählerentscheid“.

Kurz vor 12 Uhr machte sich das Gefühl breit, dass Barzel den Sieg in der Tasche hat, wie am nächsten Tag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu lesen war: „Die Zahl 248, die mancher CDU-Mann zuvor mit vorzaghafter Hoffnung traurigen Augen nur auszusprechen wagte, wurde jetzt mit stolzer Geste dahingewischt: 250, 251, das waren jetzt die Gebote“; prominente SPD-Politiker „äußerten Ergrimmtes darüber, dass zwei, drei (...) Abgeordneten ihnen ihre schöne Regierung nun kaputt gemacht hätten“. Dann Abstimmung, Auszählung: „Plötzlich unbeschreiblicher Jubel, Umarmungen. Manche reiben sich die Augen, wollen nicht glauben, dass sich der Freudenausbruch bei der eben noch totesagten Koalition abspielt. (...) Barzel sitzt still, ganz still zwischen seinen Freunden.“ 247 Abgeordnete stimmten für den Antrag, zwei Stimmen fehlten Barzel, Brandt blieb Kanzler. Später gab der CDU-Mann Julius Steiner an, er habe für Brandt gestimmt und dafür 50.000 D-Mark vom Parlamentarischen SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand erhalten – was dieser bestritt. In den 1990er Jahren dann enthüllte Ex-DDR-

Spyonagechef Markus Wolf, dass Steiner 50.000 D-Mark von der Stasi erhalten hatte – über deren Kanzleramtsspion Günter Guillaume dann Willy Brandt 1974 stürzte. Erst in diesem Jahrhundert schließlich erhärtete sich der Verdacht, dass auch der seinerzeitige CSU-Abgeordnete Leo Wagner von der Stasi bestochen worden war.

Zwei Instrumente Das Misstrauensvotum, das die Verfassung dem Parlament ermöglicht, ist „konstruktiv“, weil der Bundestag laut Grundgesetz-Artikel 67 „dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen (kann), dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt“. Das soll vermeiden, dass der Staat in einer Krise ohne handlungsfähige Regierung ist. Der Stärkung der Regierung soll auch der Artikel 68 zur Vertrauensfrage dienen. Danach kann der Bundespräsident den Bundestag auf Vorschlag des Kanzlers auflösen, wenn dessen Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, im Parlament keine Mehrheit findet. Zwei Mal wurde bislang ein konstruktives Misstrauensvotum beantragt; fünf Mal stellte Kanzler die Vertrauensfrage. Eigentlich als Disziplinierungsinstrument des Kanzlers gedacht, um in schwierigen Situationen die eigenen Reihen zu schließen und Abweichter hinter sich zu zwingen, wurde die Vertrauensfrage in drei der fünf Fälle als Vehikel genutzt, um durch eine willentliche Niederlage eine Auflösung des Bundestages und Neuwahlen zu erreichen.

Patt im Bundestag Den Anfang machte Brandt. Nach dem versuchten Misstrauensvotum lehnte der Bundestag seinen Etat mit 247 zu 247 Stimmen ab: ein Patt zwischen Koalition und Opposition. Als Brandt am 20. September 1972 im Bundestag seine Vertrauensfrage begründete, räumte er ein, dass der Artikel 68 „an sich anderen verfassungspolitischen Zielen dienlich“ sollte. Dennoch habe er diesen Weg gewählt, weil das Grundgesetz „weder die Selbstauflösung des Parlaments noch die Auflösung durch die Regierung kennt“. Zwei Tage später fand sein Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, im Bundestag keine Mehrheit – Brandt hatte angekündigt, dass seine Minister nicht an der Abstimmung teilnehmen. Die Neuwahl beschiederte der SPD ihr bislang bestes Wahlergebnis und Brandts zweite Kanzlerschaft. Hatten sowohl Misstrauensvotum wie Vertrauensfrage 1972 ihre Premiere, kam es 1982 gleich drei Mal zu ihrer Anwendung. Der – auch innerparteiliche – Streit um den von Brandt-Nachfolger Helmut

Schmidt (SPD) initiierten Nato-Doppelbeschluss sowie um die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ließ die sozialliberale Koalition zunehmend erodieren. Daher stellte der Kanzler die Vertrauensfrage, um, wie er im Bundestag am 5. Februar 1982 sagte, „ein Signal der Klarheit zu geben“. Mit Erfolg, wie es schien: Alle Koalitionsabgeordneten sprachen ihm ihr Vertrauen aus.

Kanzlersturz Die Koalition war trotzdem am Ende. Am 17. September traten die vier FDP-Minister zurück, am 20. September einigten sich die Spitzen von Union und FDP, Schmidt am 1. Oktober per konstruktivem Misstrauensvotum durch CDU-Chef Helmut Kohl zu ersetzen und Neuwahlen am 6. März 1983 anzustreben. Durch die FDP ging ein tiefer Riss: Bei einer Probeabstimmung votierten 34 ihrer Abgeordneten für und 18 gegen Kohl. Im Bundestag warf Schmidt der FDP-Spitze einen „Vertrauensbruch“ vor und die Liberale Hildegard Hamm-Brücher warnte, dass „der Weg über das Misstrauensvotum zwar neue Mehrheiten, aber kein neues Vertrauen in diese Mehrheiten schafft“. Am Ende stimmten 256 von 495 Abgeordneten für den Antrag von Union und FDP: Kohl war Kanzler. Er bekräftigte in seiner Regierungserklärung Mitte Oktober, dass es im März Neuwahlen geben sollte, und stellte zwei Monate danach die Vertrauensfrage mit dem Ziel der absichtlichen Niederlage und Auflösung des Bundestages. Nachdem die neue Koalition „das Dringendste getan“ habe, sei es „geboten, sich dem Votum des Wählers zu stellen“, argumentierte er am 17. Dezember in der Debatte über die Vertrauensfrage und zeigte sich überzeugt, „dass der von mir eingeschlagene Weg im Einklang mit dem Grundgesetz steht“. Das sahen nicht alle so. Zwar „verlor“ Kohl die Vertrauensfrage und Bundespräsident Karl Carstens folgte seinem Vorschlag, den Bundestag neu zu wählen, doch landete die Sache beim Bundesverfassungsgericht. Gegen Carstens' Anordnungen gab es eine Verfassungsbeschwerde, Abgeordnete reichten Organklage ein, doch die Richter wiesen diese Vorstöße zurück. Am 6. März 1983 bestätigten die Wähler Kohls Koalition.

Neue Zerreißprobe Nach seiner 18-jährigen Kanzlerschaft kam 1998 Rot-Grün mit Gerhard Schröder (SPD) als Regierungschef. Der stellte seine Koalition 2001 vor eine Zerreißprobe, als er nach den Anschlägen vom 11. September die Abstimmung über den Anti-Terror-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan mit der Vertrauensfrage verband. Er wollte so eine eigene Mehrheit für den von der Opposition befürworteten, in der Koalition selbst aber heftig umstrittenen Einsatz erzwingen. Zuvor hatten bereits acht Grünen-Abgeordnete den

Einsatz abgelehnt, auch von Neinsagern der SPD war zu lesen, andere legten sich nicht fest. Durch die Verknüpfung mit der Vertrauensfrage ging es nun aber auch um den Bestand der rot-grünen Bundesregierung. 341 Stimmen hatte die Koalition; um ihr Ende abzuwenden, mussten mindestens 334 zustimmen – ein enormer Druck auf jene, die Rot-Grün wollten, aber nicht den Einsatz. Einen Tag vor der Abstimmung am 16. November trat Christa Löcher aus der SPD-Fraktion aus, eine der Neinsagerinnen. Schließlich rettete eine Absprache der acht Grünen die Koalition: Vier stimmten mit Nein, vier mit Ja. 336 Stimmen bekam Schröder so zusammen, und FDP-Fraktionschef Wolfgang Gerhardt

lästerte in der Aussprache, wie folgsam die Grünen nach Anwendung dieses „pädagogischen Rohrstocks“ seien.

Aus für Rot-Grün Am Ende besiegelte dann doch eine Vertrauensfrage – die bislang letzte – das Aus für Rot-Grün. Als nach den Hartz-IV-Reformen im Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen auch die damals letzte rot-grüne Landesregierung abgewählt wurde, ließ Schröder verkünden, vorzeitige Bundtagswahlen anzustreben. Dazu folgte er dem Beispiel von Brandt und Kohl und stellte die Vertrauensfrage mit der erklärten Absicht, keine Mehrheit zu erhalten – eine „fingierte“ Vertrauensfrage, schimpfte Werner Schulz (Grüne) in der

Aussprache am 1. Juli. Zwar hätten die Grünen, wie ihr Außenamtschef Joschka Fischer deutlich machte, die Wahlperiode gerne bis zum regulären Ende 2006 fortgeführt, doch enthielten sich letztlich 148 Koalitionsabgeordnete bei der Abstimmung, und auf Schröders Vorschlag hin löste Bundespräsident Horst Köhler den Bundestag auf. Eine Organklage von Schulz und der SPD-Abgeordneten Jelena Hoffmann scheiterte vor dem Verfassungsgericht, Schröder dagegen bei der vorgezogenen Bundtagswahl vom 18. September 2005, die die Union knapp vor der SPD gewann und mit ihr eine Große Koalition bildete – mit Angela Merkel (CDU) als neuer Kanzlerin. *Helmut Stoltenberg* ||

»Riskante Vorleistung«

PHILOSOPHIE Ideengeschichte des Vertrauens im politischen Denken

Ohne Vertrauen ist kein Staat zu machen, jedenfalls kein moderner: Zu diesem Schluss kommt, wer sich die Geschichte des Begriffs im politischen Bereich und die neuzeitlichen Demokratien anschaut. In den modernen Verfassungsstaaten ist Vertrauen Politikwissenschaftlern wie Gary S. Schaaf zufolge die „Mikrofundierung jeder Gesellschaft“; sie ist die „diffuse Unterstützung“ der Bürger, die es für den Bestand von Demokratien braucht.

Das war nicht immer so: Im Mittelalter gründete politische Herrschaft auf Gott, sie wurde als gegeben hingenommen und nicht hinterfragt. Schon damals ging es nicht ohne Vertrauen: Auf den himmlischen Vater, der die Welt so eingerichtet hatte, wie sie war. Auch im Absolutismus gab es in Sachen politischer Herrschaft keine Wahl – dem Monarchen zu vertrauen, war keine freie Entscheidung, da es zu ihm ohnehin keine Alternative gab.

Ende des Absolutismus Doch mit dem Ende des Absolutismus gewannen die Bürger mehr und mehr Autonomie auch im politischen Bereich – und das Vertrauen in die politische Herrschaft musste Gestalt annehmen. Die ersten politikwissenschaftlichen Ideen dazu kamen aus England, wo der Absolutismus in der „Glorreichen Revolution“ zuerst beendet wurde. So entwarf der Staatstheoretiker und Philosoph Thomas Hobbes die Idee eines „Naturzustandes“: Eines gesellschaftlichen Daseins, in dem der Mensch des Menschen Wolf ist und in Angst, Misstrauen und Furcht lebt. Dieser Zustand, so Hobbes, könne nur überwunden werden durch die Übertragung der Macht auf einen Souverän, der die Menschen dafür im Gegenzug voreinander schützt. Der Übergang vom Naturzustand zum Staat basiert auf Vertrauen,



Portrait des Staatstheoretikers und Philosophen Thomas Hobbes (1588 – 1679)

der nach dem Soziologen Niklas Luhmann „riskanten Vorleistung“, von einem anderen Gutes zu erwarten, ohne sich dessen sicher sein zu können.

Auf Zeit verliehen Weiterentwickelt wurden diese Gedanken von John Locke, dem geistigen Vater des Liberalismus. Er skizzierte einen Staat, der auf legitimer Herrschaft beruhen sollte und in dem Volk und Regierung einen Gesellschaftsvertrag schließen. In ihm vertrauen die Bürger darauf, dass die Regierung ihre Macht nicht missbraucht, während die Regierung darauf vertraut, vom Volk unterstützt zu werden. Politische Macht wird damit zu einer Sache, die im guten Glauben auf Zeit verliehen wird – und wieder entzogen werden kann. Denn Locke sprach einerseits dem Staat die Befugnis zu, Recht zu setzen und Verstöße dagegen zu sanktionieren. Andererseits hatte ihm zufolge das Volk auch

ein Recht auf Widerstand, wenn der Staat seiner Pflicht, die Rechte seiner Bürger zu schützen, nicht nachkommt. Das Vertrauen wandelte sich damit in der politischen Sphäre von einem individuellen Verhältnis zwischen zwei Menschen hin zu einem Akt, der gegenüber Kollektiven und Institutionen aufgebracht werden musste. Vertrauen manifestierte sich schließlich in den Verfassungen moderner Staaten – und ging mit geänderten Tugendanforderungen einher: Würde früher von den Menschen ein tugendhaftes Leben verlangt, galt es nun als staatliche Pflicht, moralisch und rechtlich einwandfrei zu handeln. Zugleich sollten die Bürger nicht in Vertrauenseligkeit verharren, sondern ihre Regierung kontrollieren. Diesen Ausgleich zwischen „Check and Balances“ schrieben etwa im 18. Jahrhundert die „Federalist Papers“, fest, die Grundlage der föderalen Ordnung der USA. Damit war die Grundlage der Regierung Vertrauen, ihr Korrektiv bildete die Kontrolle durch das Wahlrecht. Dabei erhalten in einer repräsentativen Demokratie wie der Bundesrepublik die gewählten Volksvertreter einen Vertrauensvorsprung auf Zeit, in der sie quasi stellvertretend für die (übrigen) Bürger diese Kontrollfunktion gegenüber der Regierung ausüben – die wiederum vom Vertrauen der Volksvertretung abhängig ist (siehe Beitrag oben). *Susanne Kailitz* ||

Die Autorin lebt als freie Journalistin in Dresden.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Die fetten Jahre sind vorbei

PARTEIEN Weniger Mitglieder, sinkende Wahlbeteiligungen und die Erfolge einer Anti-Parteien-Partei setzen den Etablierten zu

Seit den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt im März 2016 ist sie wieder in aller Munde: die Parteienkrise. Erstmals haben die beiden Volksparteien SPD und CDU nicht mehr genügend Stimmen erzielt, um gemeinsam zu regieren – die „Große Koalition“ verdient ihren Namen nicht mehr. Zweistellige Ergebnisse fuhr dagegen die Anti-Partei AfD ein. Der Befund ist eindeutig: Die etablierten Parteien schrumpfen, sind überaltert und können immer weniger Wähler mobilisieren.

Interessensvertretung Angesichts der zentralen Stellung, die Parteien der parlamentarischen Demokratie einnehmen, ist ihre Krise keine Kleinigkeit. Parteien sind schließlich dazu da, gesellschaftliche Interessen zu bündeln und zu repräsentieren. Wenn die Bürger ihnen das nicht mehr zutrauen, sie sich also nicht mehr von Parteien vertreten fühlen, fehlt dem politischen System die Basis. Für Politikwissenschaftler ist die Problemlage allerdings alles andere als neu. Bibliotheksregale sind gefüllt mit Studien, die Parteienverdrossenheit analysieren und untersuchen, ob Volksparteien aussterben oder sich nur gesellschaftlichen Veränderungen anpassen. Gibt es sie also überhaupt, die akute Parteienkrise?

»Die Wähler reagieren demokratischer als ihnen unterstellt wird.«

Oskar Niedermayer, Parteienforscher

Ja, sagt der der Politologe Frank Decker: „Wir haben es mit einer Vertrauens- und Repräsentationskrise zu tun.“ Es gebe zwar keine allgemeine Demokratieverdrossenheit, wohl aber Parteienverdrossenheit. Die Leute seien durchaus noch politisch interessiert. Sie hätten aber immer mehr den Eindruck, dass nicht mehr in ihrem Interesse regiert werde, sagt der Bonner Universitätsprofessor. Die Hauptursache liegt seiner Meinung nach in der wirtschaftlichen Entwicklung seit den 1970er Jahren. „Wir haben heute Gewinner und Verlierer. Mit Verlierern meine ich beispielsweise Menschen, die für sehr geringe Löhne arbeiten müssen. Das ist ein wachsender Teil der Bevölkerung, der nicht glaubt, dass sich durch Wahlentscheidungen etwas an der persönlichen Lebenssituation ändert“, sagt Decker. Deswegen würden in den Umfragen zu Institutionenvertrauen die Organisationen schlecht abschneiden, die mit politischem Wettbewerb und Interessensartikulation verbunden werden. In diesen

Rankings liegen Parteien seit Jahrzehnten abgeschlagen auf dem letzten Platz, hinter der Bundesregierung, Bundeswehr und Polizei. Laut Daten von Infratest dimap schenken aktuell 29 Prozent der Bevölkerung den Parteien sehr großes oder großes Vertrauen, sogar die skandalgeschüttelten Geheimdienste stehen mit 38 Prozent besser da.

Der Berliner Parteienforscher Oskar Niedermayer lehnt die Diagnose „Vertrauenskrise“ hingegen entschieden ab. Aus sinkender Wahlbeteiligung sowie abnehmenden Mitgliederzahlen könne man nicht automatisch auf Parteienverdrossenheit oder gar Vertrauensverlust schließen. Denn Vertrauen sei keine Verhaltensweise, sondern eine Einstellung – und eine schwer messbare obendrein. Und die Rankings? Diese Art, das Vertrauen zu messen, ist Niedermayers Einschätzung nach ein „Riesenproblem“. Wenn man nach Vertrauen in die Parteien fragt, sei unklar, woran die Befragten denken: An eine oder mehrere konkrete Parteien oder an die abstrakte Institution im politischen System? Außerdem zwingt man ihnen ein Pauschalurteil auf. Niedermayer verlässt sich stattdessen auf die Daten der Forschungsgruppe Wahlen, welche die Einstellung gegenüber den im Bundestag vertretenen Parteien erhebt. Sein Fazit ist klar: In der Bevölkerung gibt es wenig Verdrossene, die alle Parteien negativ beurteilen. Die Gruppe schwankte in den letzten 20 Jahren seinen Berechnungen zufolge zwischen drei und höchstens sechs Prozent. „Die Bevölkerung reagiert viel demokratischer als einige meiner Kollegen und viele Medien ihnen unterstellen“, sagt der Politikprofessor. Unumstritten ist, dass der Mitglieder-schwund den Parteien zu schaffen macht, besonders den Volksparteien CDU und SPD: Seit 1990 hat sich ihre Basis halbiert. Auch die anderen Parteien sind betroffen. Allein 2015 verloren die etablierten Parteien gegenüber dem Vorjahr drei Prozent ihrer Mitglieder. Das liegt nicht nur an Austritten, sondern auch an der Überalterung der Parteien. „Jährlich sterben den Parteien eineinhalb bis zwei Prozent der Mitglieder weg“, sagt Niedermayer.

Mitgliederschwund Dass sich immer weniger Menschen für ein Parteibuch entscheiden, ist nicht zwangsläufig Ausdruck ihrer Unzufriedenheit mit politischen Inhalten. Es gibt auch langfristige soziale Ursachen: Abschwächung alter gesellschaftlicher Konfliktlinien, erodierende soziale Milieus und Individualisierung sind die Schlagworte, mit denen die Politikwissenschaft sie beschreibt. Außerdem gibt es auch außerhalb der Parteien immer mehr Möglichkeiten, sich punktuell politisch zu engagieren. Parteien müssen immer stärker um eine kleine Gruppe konkurrieren, die sich politisch beteiligen möchte. Können die geschrumpften Parteien überhaupt noch für sich beanspruchen, die Gesellschaft in ihrer Breite zu repräsentieren? Tatsächlich ist es vor



Spöttischer Protest in der Wahlkabine: Dieser Stimmzettel wurde ungünstig gemacht und mit dem Foto eines Mädchens versehen, das die Zunge herausstreckt. © picture-alliance/ZB

druck ihrer Unzufriedenheit mit politischen Inhalten. Es gibt auch langfristige soziale Ursachen: Abschwächung alter gesellschaftlicher Konfliktlinien, erodierende soziale Milieus und Individualisierung sind die Schlagworte, mit denen die Politikwissenschaft sie beschreibt. Außerdem gibt es auch außerhalb der Parteien immer mehr Möglichkeiten, sich punktuell politisch zu engagieren. Parteien müssen immer stärker um eine kleine Gruppe konkurrieren, die sich politisch beteiligen möchte. Können die geschrumpften Parteien überhaupt noch für sich beanspruchen, die Gesellschaft in ihrer Breite zu repräsentieren? Tatsächlich ist es vor

allen die Ober- und Mittelschicht, die ihre Interessen artikuliert, während die Armen und Abgehängten zuhause bleiben. „Die Parteien haben sich von der Lebenswirklichkeit eines Teils des Gesellschaft abgekoppelt“, kritisiert Decker. „Sie müssen vernachlässigte Wähler-schichten integrieren“. Allerdings gibt es auch hier einen Gegentrend: Bei den Landtagswahlen im März haben auch frühere Nichtwähler in großer Zahl für die AfD gestimmt. Offenbar ist das Parteiensystem nicht als Ganzes in der Krise, sondern erlebt eine Umwälzung. Niedermayer ist deshalb gelassen: „Wenn Repräsentationslücken im Parteiensystem ent-

stehen, wird dies durch Neugründungen aufgefangen.“ Die weitere Entwicklung wird allerdings erst zeigen, ob die Präsenz der AfD in den Parlamenten das Parteiensystem breiter gesellschaftlich verankert oder nur den allgemeinen Parteienfrust nährt. **Reformansätze** Und wie wollen die etablierten Parteien wieder an Boden gewinnen? Von CSU bis zur Linken – überall herrscht weitgehende Ratlosigkeit, worüber umfangreiche Konzepte kaum hinwegtäuschen können. Mal wird das Heilmittel in der „Digitalisierung“ gesehen, mal in der Öffnung der Parteien gegen-

über Nichtmitgliedern. Online-Befragungen könnten mehr Menschen an Entscheidungen beteiligen, Partei-Sympathisanten könnten bei der Auswahl des Spitzenpersonals mitentscheiden. Die Parteien sind reformbühmt, findet Niedermayer. „Trotzdem glaube ich aufgrund des gesellschaftlichen Wandels nicht, dass wir noch einmal ein goldenes Zeitalter der Mitgliederpartei erleben werden.“ Organisationsreformen können nur einen Beitrag leisten, der Schlüssel liegt im Programm, sagt Decker. „Parteien müssen Lösungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt anbieten und sich dafür stärker gegenüber der Gesellschaft öffnen.“ Eva Bräth II

Glasnost im Bundestag

TRANSPARENZ Das Parlament selbst und Gerichtsurteile haben für mehr Offenheit gesorgt

Die Frage, wie gläsern der Bundestag und seine Abgeordneten sein sollen, ist seit langem ein Streitthema. Seit den 1970er Jahren hat das Parlament Regelungen eingeführt, die seine Arbeit transparenter und Interessenkonflikte von Abgeordneten sichtbar machen sollen. Nichtregierungsorganisationen fordern aber mehr Offenheit, auch Gerichte haben den Bundestag schon zu mehr Transparenz verpflichtet. Eine Schwierigkeit dabei: Das Transparenzgebot darf das grundgesetzlich garantierte freie Mandat und die Parlamentsautonomie nicht einschränken. Ein Überblick über die wichtigsten Diskussionspunkte:

»Lobbyismus vollzieht sich immer noch weitgehend im Dunkeln.«

Timo Lange, LobbyControl

Gläserne Taschen Ein klassisches Instrument, um mögliche Interessensverknüpfungen von Abgeordneten anzuzeigen, ist die Offenlegungspflicht von Nebeneinkünften. Genauso wie Unternehmensbeteiligungen und Ehrenämter müssen Nebentätigkeiten gegenüber dem Bundestagspräsidenten angegeben werden. Das sehen die Verhaltensregeln für Abgeordnete vor, die Teil der Geschäftsordnung des Bundestags sind. Wieviel die Parlamentarier dazuerzielen, müssen sie seit 2013 auf einer zehnstufigen Skala angeben. Die unterste Stufe umfasst den Bereich von 1.000 bis 3.500 Euro brutto monatlich, die höchste Stufe Einnahmen ab 250.000 Euro. Wer weniger als 1.000 im Monat oder 10.000 Euro im Jahr

dazuverdient, ist nicht berichtspflichtig. Bei Verstößen kann das Bundestagspräsidium Geldstrafen verhängen. Der Bundestag veröffentlicht die Informationen im Amtlichen Handbuch und verlinkt sie mit den Abgeordnetenbiografien auf seiner Webseite. Die Nichtregierungsorganisation Abgeordnetenwatch wertet die Daten aus. Laut ihren neuesten Berechnungen hat ein Viertel der Abgeordneten einen Nebenjob, mindestens 18 Millionen Euro haben die Mandatsträger seit der Wahl 2013 dazuverdient. Nach Ansicht lobbykritischer Organisationen reicht die geltende Rechtslage nicht aus. Ein Kritikpunkt ist die Ungenauigkeit der Stufenregelung: „Dass viele Millionen Euro im Dunkeln bleiben, ist nicht hinnehmbar. Die Abgeordneten müssen endlich sämtliche Nebeneinkünfte offenlegen, und zwar vom ersten Euro bis zum letzten Cent“, fordert Abgeordnetenwatch.de-Geschäftsführer Gregor Hackmack. Darüber hinaus bemängeln die Organisationen, dass die Selbständigen und Freiberufler unter den Abgeordneten ihre Vertragspartner oder Mandanten nicht öffentlich machen müssen.

Lobbyregister Ein weiterer Zankapfel ist die Forderung nach einem verbindlichen Register für alle Lobbyisten, die gegenüber dem Bundestag Interessen vertreten möchten. Derzeit gibt es nur eine freiwillige Variante – die 1972 eingeführte Verbände-Liste. Eintragen lassen können sich dort ausschließlich Verbände, nicht aber Unternehmen, Kanzleien oder Think Tanks. Auch Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts und deren Dachorganisationen werden nicht aufgenommen. Der Eintrag in der Liste ist Vo-

raussetzung dafür, bis zu zwei Hausausweise für das Parlamentsgebäude zu bekommen. Vertreter von unregistrierten Organisationen erhalten seit Februar 2016 keinen Dauerzugang mehr, sondern nur noch Tagesausweise. Zuvor war das möglich, wenn sie die Unterschrift vom parlamentarischen Geschäftsführer einer Fraktion vorweisen konnten. Zuletzt forderten im Juni Grüne und Linke in zwei Anträgen (18/3920 und 18/3842), durch ein verpflichtendes Register die Lobbytätigkeit für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Auftragnehmer, Interessensgebiet und Finanzen der Lobbyisten sollen nach dem Willen der Oppositionsfraktionen dort erfasst werden. Die Koalitionsfraktionen lehnten das ab – auch mit Verweis darauf, dass das freie Mandat immer mehr reglementiert werde. Nichtregierungsorganisationen fordern darüber hinaus auch ein Lobbyregister für die Regierung, da insbesondere Ministerien die Adressaten von Interessensvertretern sind. „Lobbyismus vollzieht sich in Deutschland immer noch weitgehend im Dunkeln“, bemängelte Timo Lange von LobbyControl.

Wissenschaftliche Gutachten Mehr Transparenz hat die parlamentarische Arbeit auch dadurch bekommen, dass seit Februar 2016 die Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes öffentlich verfügbar sind. Zuvor hatten nur die Abgeordneten Zugang, die den Wissenschaftlichen Dienst beauftragt hatten. Dagegen hat ein Journalist geklagt und vom Bundesverwaltungsgericht Recht bekommen. Begründung: Das Informationsfreiheitsgesetz, das Verwaltungshandeln offenlegen soll. Der Deutsche Bundestag ist, soweit es um Gutachten und sonstige Zuarbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geht, eine informationspflichtige Behörde, urteilte das Gericht. Gegenargument des Bundestags war, dass die Unterlagen Teil der Mandatsausübung seien. eb II

Mach doch, was ich will

NUDGING Sanfte Stupser sollen Bürger in die richtige Richtung lenken

Für Eltern, die ihren Nachwuchs vor lauter Internet-Konsum an Frischluft-Mangel leiden sahen, ist das Smartphone-Spiel Pokémon Go ein Segen: Wie durch Zaubermagie leitet die digitale Jagd auf kleine Monster, die via Smartphone-Bildschirm in der echten Welt zu finden sind, an die frische Luft. Für Datenschützer, die den selbstbestimmten Konsumenten predigen, ist Pokémon Go das nackte Grausen: Wie die Lemmings lenkt das Spiel die Jäger der digitalen Monster in all jenen Geschäfte, die vorher dafür bezahlt haben, dass in ihren Räumen kleine Monster zu finden sind. Aus digitalen Jägern werden reale Konsumenten; willenslos angezogen durch den Sog des digitalen Reizes. So einen Stups, wie ihn Pokémon Go derzeit hunderten Millionen Spielern gibt, kann eben immer in zwei Richtungen wirken: eine richtige und eine weniger richtige. Und deshalb ist der Stups („Nudge“) genannte Anreiz, Menschen in eine bestimmte Richtung zu lenken, nicht nur ein Pokémon-Phänomen, sondern auch ein gleichermaßen wirkungsmächtiges wie umstrittenes Instrument von Verhaltensökonomien und Regierenden. Im Bundeskanzleramt etwa arbeitet seit eineinhalb Jahren eine Nudging-Einheit: Verhaltensökonomien sollen Wege finden, wie die Regierung durch das Setzen richtiger Anreize statt harter Verbote den Menschen ein „gutes Leben“ bescheren kann. Wie Pokémon-Jünger ans richtige Ziel sollen Bürger so zum richtigen Verhalten gelotet werden. Ganz sanft, scheinbar freiwillig. Nur, erfüllt das Nudging diese Ansprüche?

Leitplanken Bruno Frey, Verhaltensökonom, emeritierter Professor der Universität Zürich und überzeugter Liberaler, sagt: „Ich glaube nicht, dass Regierungen ihre Bürger direkt zum Glück führen sollten. Sie sollten eher die Möglichkeiten schaffen, dass die Bürger glücklich werden könnten.“ Er nennt zwei Prämissen: eine dezentrale Steuerung

des Landes; und staatliche Leitplanken, die immaterielle Freuden den materiellen vorziehen. Erstere zielt darauf ab, dass der Mensch glücklicher ist, wenn er das Gefühl hat, Dinge in seinem unmittelbaren Einzugsbereich selbstbestimmt regeln zu können. Zweitens: Glück ist relativ, weswegen materieller Gewinn nur bedingt glücksfördernd ist. Frey hat das am Beispiel der Pendler erforscht: Menschen träumen vom Haus im Grünen. Die Glücksökonomie aber zeigt: Arbeitnehmer werden mit steigender Pendel-Zeit unglücklicher, ihnen fehlt Zeit für Freunde, Freizeit. Dabei wird das Pendeln auch noch steuerlich gefördert. „Das abzuschaffen“, sagt Frey, „wäre eine dieser Leitplanken, wie Politik indirekt für Glück sorgen kann.“ Es wäre ein Stupser, in die Stadt zu ziehen, aber eben kein Zwang. Wer Stupser statt Zwang anwenden will, beruft sich meistens auf den Psychologie-Nobelpreisträger Daniel Kahneman. Auf dessen Ideen basiert Nudging-Politik. „Die Entscheidungen, die Menschen für sich selber treffen, lassen sich durchaus zutreffend als Fehlentscheidungen bezeichnen“, schreibt Kahneman in seinem Bestseller „Schnelles Denken, langsames Denken“. Zwei unterschiedliche kognitive Systeme würden Entscheidungen von Menschen steuern. System 1 ist unser Autopilot: das impulsive, emotionale, spontane Selbst. Es arbeitet schnell und intuitiv. System 2 ist das abwägende, planerische, kontrollierende Ich. In der Regel sind beide Systeme gleichzeitig aktiv, aber manchmal ist System 1 schneller. Die Konsequenz: Selbsttäuschung und Denkfehler. Da sollen Stupser helfen. Das beliebteste Beispiel für die Wirksamkeit der Stups-Strategie: die Fliege im Män-

nepissoir. 1999 wurden am Flughafen Amsterdam Fliegenmotive in die Urinale der Herrentoilette geklebt. System 1 im Mann uriniert gerne auf ein Ziel, so die Annahme. Und tatsächlich: Die Verschmutzung auf dem Boden sei anschließend um 80 Prozent gesunken, berichten Cass Sunstein und Richard Thaler in ihrem Buch „Nudge“. Ist das nun moderne Führung statt obrigkeitstaatlicher Law-and-Order-Politik alter Prägung – oder der Eintritt in den Nanny-Staat, der seine Bürger nicht mehr offen drängelt, dafür aber hinterhältig manipuliert? Vor allem liberale Ökonomen und Verhaltensforscher gehen davon aus, dass Denkfehler durch Training abstellbar seien – es also keiner verdeckten Operationen des Staates bedürfte. Insbesondere der deutsche Bildungsforscher Gerd Gigerenzer gehört zu den Kritikern. Laut ihm sind die sanften Stupser weit weniger erfolgreich als angenommen. So berichteten Manager des Amsterdamer Flughafens nach Cass' Veröffentlichung, die Verschmutzung der Herrentoiletten sei nach kurzer Zeit wieder fast auf altem Niveau gewesen. In der Bundespolitik bemüht man sich um einen Balanceakt: Zwar sagen alle in Berlin: „Politik ist nicht für individuelles Glück zuständig.“ Niemand möchte mehr eine Veggie-Day-Debatte wie im letzten Wahlkampf, als die Grünen einen fleischlosen Tag für Kantinen diskutierten. Ganz aufgeben möchte man den Ansatz aber nicht. Schon allein, weil das „Gute Leben“ ohne sanfte Stupser kaum zu erreichen ist. Sven Prange II

»Regierungen sollten Bürger nicht direkt zum Glück führen.«

Bruno Frey, Verhaltensökonom

Der Autor ist Mitglied der Chefredaktion der „Wirtschaftswoche“.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Für die Verfechter der direkten Demokratie war der 23. Juni 2016 kein guter Tag. Mit knapper Mehrheit entschieden sich die Briten in einem Referendum dafür, die Europäische Union zu verlassen. Die Gegner von Volksentscheiden in Deutschland fühlten sich bestätigt.

Die vier Mütter und 61 Väter des Grundgesetzes haben sich 1948/49 im Parlamentarischen Rat für eine starke repräsentative Demokratie entschieden. Der Artikel 20, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von diesem „in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“ wird, ist Ausdruck dessen. Die direkte Mitwirkung der Bürger ist nur für zwei Fälle vorgesehen. So muss eine Neugliederung des Bundesgebietes durch einen Volksentscheid bestätigt werden. Der Artikel 29 fand zweimal Anwendung, im Fall Baden-Württemberg 1951 mit Erfolg, bei Berlin und Brandenburg 1996 dagegen nicht. Schließlich legt Artikel 146 fest, dass das Grundgesetz seine Gültigkeit verliert, wenn das Volk eine neue Verfassung beschließt.

Erfolgreiche Vorstöße Versuche, dem Volk im Bund mehr Mitsprache einzuräumen, gab es viele. SPD, Grüne, Linke und FDP versuchten seit 1992 mehrfach erfolglos, das Grundgesetz für Plebiszite zu öffnen. Auch die CSU gehört im Gegensatz zur CDU zu den Befürwortern. Im Bundestag gäbe es wohl eine Mehrheit für mehr Volksentscheide im Bund, aber keine Zweidrittel-Majorität für eine Änderung des Grundgesetzes.

Nach dem Brexit-Votum wagte CSU-Chef Horst Seehofer einen neuen Vorstoß. Er bezeichnete Referenden als „Kern moderner Politik“. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hingegen hält sie für ein Mittel von Politikern, schwierige Entscheidungen auf die Bürger abzuwälzen, als Versuch von Minderheiten, Einzelinteressen durchzusetzen, und als Plattform für Vereinfacher. Nach dem Brexit glaubt Lammert, einen Ermüchtungsprozess bei den Befürwortern von Volksentscheiden im Bund zu erkennen. „Zweifel an der behaupteten größeren demokratischen Legitimation von Plebisziten sind also angebracht“, sagte Lammert Anfang Juli der „Welt am Sonntag“. Tatsächlich äußerten sich Politiker von SPD und Grünen nach dem Briten-Votum zurückhaltend. Grundsätzlich sollten Volksentscheide möglich sein, seien aber derzeit nicht aktuell, lautete der Tenor.

In Bundespräsident Joachim Gauck fand Lammert prominente Unterstützung. Früher sei er ein Anhänger von Volksentscheiden gewesen, sagte das Staatsoberhaupt im Sommer der „Bild“-Zeitung. Heute sehe er die Dinge differenzierter. Bei vielen Themen reichten einfache Antworten wie Ja oder Nein nicht aus. „Oft müssen schwierige Kompromisse gefunden werden, die mit Volksentscheiden nicht möglich sind“, befand Gauck. Den Bürgern fehle bei komplexen Fragen der Sachverstand und die emotionale Distanz, argumentieren die Skeptiker von Volksentscheiden weiter. Basisdemokratische Abstimmungen seien missbrauchsanfällig durch Populisten und schwächten Parlamente sowie Parteien, denen das Grundgesetz eine wesentliche Rolle bei der „politischen Willensbildung des Volkes“ beizubringen ist. Doch auch die Befürworter führen gewichtige Argumente ins Feld. Sie kritisieren, dass die Bürger für vier bis fünf Jahre von der politischen Mitbestimmung ausgenommen sind. Die Wahl eines Politikers in ein Parlament ist ein auf Jahre angelegter Vertrauensvorschuss. Die Anhänger von Plebisziten setzen ferner darauf, dass so Lobbyismus

Votum des Volkes

PLEBISZIT Viele Volksbegehren belegen den Gestaltungsanspruch der Bürger. Auf Bundesebene bleibt die Einführung von Referenden gleichwohl umstritten



Ein aufblasbares Grundgesetzbuch vor dem Brandenburger Tor. Mit der Aktion warb der Verein „Mehr Demokratie“ für bundesweite Volksentscheide.

© picture-alliance/dpa

eingedämmt und Blockaden zwischen Bundestag und Bundesrat umgangen werden können. Schließlich könnten die Initiativen an sich schon ein Umdenken oder Einlenken in der Politik bewirken, wenn sie sich einem ein Thema stellen muss. Die Erfahrungen mit deutschlandweiten Volksentscheiden sind rar. Die Weimarer Reichsverfassung ermöglichte die direkte Einflussnahme der Bürger auf die Gesetzgebung. Drei erfolglose Anläufe für Volksentscheide gab es. Die KPD scheiterte 1926

und 1928 mit Initiativen zur Enteignung der 1918 entmachteten Fürsten und gegen den Panzerkreuzerbau. Erfolglos waren 1929 zudem rechte Parteien mit dem Volksentscheid gegen den Young-Plan, der Deutschland auf Basis des Versailler Vertrags Reparationen auferlegte.

Neue Balance Die ermüchternde Bilanz der Macht des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, der mit Notverordnungen die Grundlagen der Weimarer Republik aus-

höhle, führte dazu, dass im Grundgesetz eine neue Balance aus einem starken Parlament und einem weitgehend auf Repräsentationspflichten beschränkten Bundespräsidenten etabliert wurde. Das müssen auch jene bedenken, die sich für die Direktwahl des Staatsoberhauptes stark machen. Wollte man es direkt wählen, was 70 Prozent der Bürger befürworten, müsste es wohl auch mehr Kompetenzen erhalten. Auf Landes- und kommunaler Ebene sind dagegen Volksabstimmungen gang und gä-

be. Nach Angaben des Vereins „Mehr Demokratie“ gab es in den Bundesländern bislang 25 obligatorische Referenden und 316 Anträge auf Volksbegehren. Sie führten in 91 Fällen zum Volksbegehren als zweiter Stufe und zu 23 Volksentscheiden. Die meisten gab es Hamburg mit sieben, Berlin mit sechs und Bayern mit fünf Abstimmungen. Im Volksbegehrensbericht 2015 bescheinigt der Verein den Ländern deutliche Reformbemühungen, die aber unterschiedlich ausfielen. In einer Rangliste be-

kam nur Hamburg ein „gut“, Bremen und Bayern ein „befriedigend“, zehn Länder wurden mit „ausreichend“ und drei mit „mangelhaft“ bewertet. Schlusslicht war Baden-Württemberg, der Landtag hat aber im November die Hürden für Volksabstimmungen gesenkt.

Aktuell laufen 16 Verfahren in acht Bundesländern. In Mecklenburg-Vorpommern sind gleich sechs und in Berlin vier Vorstöße am Start. Die Hauptstadt zeigt auch, dass die Bürgerbegehren an sich schon die Politik zum Handeln zwingen kann. So wurde im Februar ein Volksentscheid zu bezahlbarem Wohnraum abgeblasen, nachdem der Berliner Senat eine Reihe von Forderungen des Bündnisses in ein neues Mietengesetz aufnahm. In Hamburg war eine Initiative gegen Großunterkünfte für Flüchtlinge vom Tisch, nachdem der dortige Senat einlenkte.

Als wirkungslos hat sich dagegen die Europäische Bürgerinitiative (EBI) erwiesen. Seit dem Vertrag von Lissabon können Unions-Bürger verlangen, dass sich die EU-Kommission mit einem Thema befasst, wenn dies eine Million Unterstützer aus einem Viertel der EU-Länder wollen. Allein im Mai 2012, dem Monat nach Inkraftsetzung des Vertrages, starteten neun Initiativen, 55 waren es bis heute. Nur drei – zum Stopp von Tierversuchen, zur Förderung der Stammzellforschung und gegen die Privatisierung der Wasserversorgung – bekamen genug Unterschriften, umgesetzt wurde keine. 3,3 Millionen Unterstützer fand eine 2014 gestartete Initiative gegen die Freihandelsverträge TTIP und CETA. Allerdings lehnte die EU-Kommission schon die Registrierung der Initiative ab. Die EBI gilt als zu bürokratisch und ist nicht mehr als ein Appell in Richtung Brüssel.

Gestaltungswillen Die lokalen und landesweiten Volksbegehren belegen, dass sich viele Bürger nicht von einem Gestaltungsanspruch verabschieden, nur weil das Vertrauen in die Parteien schwindet. Die vielzitierte Politikverdrossenheit, schon 1992 zum Wort des Jahres erkoren, ist in Teilen eher eine Parteienverdrossenheit. Die Bindungskraft der Parteien hat gelitten, seit 1990 hat sich der Anteil ihrer Mitglieder an der Bevölkerung auf 1,8 Prozent halbiert. Der Parteienforscher Oskar Niedermayer sprach schon 2008 statt von Volksparteien von einem fluiden Fünfteilparteiensystem, wobei sich 2016 die Frage stellt, ob die AfD dauerhaft als sechste Partei hinzukommt.

Mit der Demokratie sind die Deutschen eigentlich zufrieden, immer weniger aber mit der Politik. Das zeigen auch gesunkene Wahlbeteiligungen. Bei den Bundestagswahlen 2013 und 2009 lag sie nur noch leicht über 70 Prozent, bei Landtagswahlen schwankte sie zuletzt zwischen 48 und 73 Prozent. An Kommunal- und Europawahlen beteiligt sich oft nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten. Vor allem für Menschen mit wenig Bildung und sozial Schwächere ist das Wählen oft keine Bürgerpflicht, von einer „sozial gespaltenen Demokratie“ sprach die Bertelsmann Stiftung schon 2013. Offenbar ist die Kommunikation gestört, vor allem zwischen den Politikern und den Menschen, die nicht zu den Eliten zählen.

Als sich die Generalsekretäre und Bundesgeschäftsführer der Bundestagsparteien im April trafen, war man sich erstaunlich einig, dass es Veränderungs- und Öffnungsbedarf gibt, etwa durch mehr Onlinepartizipation, Mitgliederentscheide und basisdemokratische Spitzenkandidatenwahlen. Zunächst könnten die Parteien bei sich selbst beginnen, mehr Basisdemokratie zu wagen.

Stefan Uhlmann
Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

Schlapphüte in der Vertrauenskrise

NACHRICHTENDIENSTE Die Skandale um die NSU-Mordserie und die NSA-Abhörpraxis haben das Ansehen von Verfassungsschutz und BND erschüttert

Den Sicherheitsbehörden „vertraue ich nach wie vor“, meint Clemens Binninger (CDU). Doch das könne er nur, wenn er sie auch wirkungsvoll kontrolliere, betont der Vorsitzende des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses, der sich erneut mit dem Versagen von Verfassungsschutz und Polizei bei der dem NSU-Trio zugerechneten Mordserie herumschlägt. Petra Pau, Sprecherin der Linken in beiden NSU-Ausschüssen, sieht bei den Hinterbliebenen der Opfer „das Vertrauen in den Rechtsstaat tief erschüttert“.

Als Grünen-Obmann im NSA-Untersuchungsausschuss, der das Ausspähen des Datenverkehrs deutscher Bürger durch den US-Geheimdienst und die Verwicklung des Bundesnachrichtendienstes (BND) in diese Affäre erhellen soll, kritisiert Konstantin von Notz eine „massive Schwächung des Vertrauens in unseren Rechtsstaat“ als Folge unzureichender Aufklärung durch die Regierung.

Die Geheimdienste sind in einer Vertrauenskrise. Zum einen konnten die Sicherheitsbehörden die dem NSU angelasteten Attentate nicht unterbinden. Zum anderen blieben Bürger, Unternehmen und selbst die Kanzlerin dem Auskundschaffen durch die NSA schutzlos ausgeliefert. Fragwürdig mutet dabei die Rolle des BND an, der so-

gar die EU und Regierungen von Partnerländern abhören ließ sowie auf unklare Weise mit der NSA kooperierte.

Bei Bürgern und Wirtschaft, sagt Hans-Christian Ströbele (Grüne), belasteten die NSA-Enthüllungen „das Vertrauen in die Infrastruktur Internet“. Aus Sicht Christian Fliseks, SPD-Obmann im NSA-Ausschuss, wird auch das Vertrauen zwischen Legislative und Exekutive wegen des restriktiven Verhaltens der Regierung bei den Aufklärungsbemühungen der Abgeordneten auf eine harte Probe gestellt.

Protest im Internet Als Indiz für den Vertrauensverlust können die Proteststürme in sozialen Internetnetzen gegen die Schlapphüte gelten. In seinem Wahlkreis hat Flisek indes beobachtet, dass sich 80 Prozent der Leute kaum für die Krise der Geheimdienste interessieren. 20 Prozent beschäftigen sich hingegen sehr mit diesem Problem, von denen wiederum die Hälfte in der Kritik an Nachrichtendiensten „ihr Thema schlechthin gefunden hat“. Zentral für Flisek ist die Erneuerung des Vertrauens in BND und Verfassungsschutz. Dreh- und Angelpunkt sind für Koalition wie Opposition „Ausweitung und Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle“, so André Hahn (Linke). Je mehr Rechte die



Protest gegen Überwachung durch Geheimdienste

© picture-alliance/dpa/Peter Steffen

Dienste erhielten, betont Flisek, „desto effizienter muss die parlamentarische Aufsicht werden“.

Zwei neue Gesetzesvorhaben (18/9040; 18/9041) sollen es richten. Das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) erhält einen Bevollmächtigten, der diese Kommission schlagkräftiger machen soll. Zum anderen soll ein mit drei hohen Juristen besetztes Gremium die Auslandsaufklärung des BND stärker überwachen. Zudem soll das Ausspähen des internationalen Daten-

verkehrs oder das Ausforschen von EU-Staaten und EU-Institutionen eingegrenzt, durch eine Rechtsgrundlage aber formell legitimiert werden.

Die Koalition hofft, so wieder Vertrauen in die Nachrichtendienste zu schaffen. Deren Arbeitsfähigkeit bleibe gewahrt, meint der CSU-Abgeordnete Stephan Mayer, man werde sich fortan „auf rechtlich sicherem Grund“. Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) spricht von der „bedeutendsten Reform seit Jahrzehnten“.

Der Opposition gehen die Änderungen hingegen nicht weit genug. Die Hürden für das Ausspähen in der EU etwa seien „lächerlich gering“, moniert Hahn. Die Grünen beklagen, dass weite Bereiche geheimdienstlicher Tätigkeit dem PKG entzogen würden. Überdies kritisiert die Opposition, dass Reformansätze etwa durch die Ausweitung des Datenaustauschs mit Diensten im Ausland konterkariert würden.

Binninger unterstreicht im Übrigen das Ziel, im zweiten NSU-Ausschuss endlich alles zur Mordserie ans Tageslicht zu bringen: Er wolle nicht, dass noch über „Jahre Zweifel wachem“. Mythen können in der Tat das Vertrauen in Geheimdienste dauerhaft untergraben. Irene Mihalic, Grünen-Obfrau im zweiten NSU-Gremium, bezeichnet den Auftrag von Untersuchungsausschüssen als „Aufklärung, um verlorenes Vertrauen wiederherzustellen“.

Karl-Otto Sattler

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Berlin.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Deutscher Bundestag
4. September 2016
Tag der Ein- und Ausblicke

Das Parlament öffnet seine Türen am 4. September 2016, 9 bis 19 Uhr

www.bundestag.de/tea

Nation im digitalen Wettlauf

SMARTPHONES Vertrauen wir ihnen zu sehr? Was geschieht mit unseren Fähigkeiten, wenn wir immer mehr Aufgaben an sie delegieren?

Florian Schumacher ist ein Pionier der so genannten Selftracking-Bewegung. Schon vor Jahren hat der Münchner begonnen, seine Gesundheitswerte mit Hilfe von tragbaren digitalen Geräten, Fitnessarmbändern oder Smartwatches zu erheben. „Ich möchte meine Leistungsfähigkeit optimieren, also die Voraussetzungen für das Schaffen, was ich in meinem Leben erreichen möchte“, erklärt Schumacher. „Das tue ich, indem ich mich um körperliche Gesundheit, also um Fitness bemühe. Durch Bewegung, Ernährung und durch Schlaf.“ Laut Umfrage des Digitalverbands Bitkom nutzen etwa 30 Prozent aller Smartphone-Besitzer ihr Gerät, um ihre Gesundheitswerte zu überwachen. Auch andere tragbare Geräte, so genannte „Wearables“, liegen schwer im Trend. Sie messen Körpertemperatur, Bewegung, Puls, den Blutdruck und laden die Daten je nach Bedarf ins Internet, damit sie mit Daten anderer oder mit Empfehlungen von Medizinern verglichen werden können. Für Florian Schumacher sind solche Statistiken eine wertvolle Hilfe: „Ich habe mit dem Feedback der Geräte gelernt, was es bedeutet, mich im Alltag gesund zu bewegen.“ Der Ingenieur hat den deutschen Ableger von „Quantified Self“ gegründet, eine Bewegung von Menschen, die sich mit digitalen Hilfsmitteln vermessen und optimieren.

Wir nutzen das Smartphone, um zu kommunizieren, zu lernen, unsere Welt zu vermessen, sie zu organisieren und zu opti-

mieren. Information, Kommunikation und Terminplanung – alles läuft über Apps. Digitale Anwendungen überweisen Geld, sie zeigen an, ob ein Regenschauer das geplante Picknick vermissen wird, ob man zu einem bestimmten Partner passt. Sie übernehmen immer mehr Aufgaben. Aber verlieren wir damit nicht auch grundlegende Fähigkeiten? Geht unsere Phantasie, unsere Intuition, unser Körpergefühl verloren? So wie in dem Blondinenwitz, in dem der Arzt die Patientin auffordert, gefälligst den Kopfhörer abzulegen, ihn am Ende herunterzieht und die Patientin zusammensackt? Aus dem Kopfhörer wispernd die Aufforderung: „Einatmen, ausatmen, einatmen, ausatmen.“ Wer die App „Deep Sleep“ herunterlädt, fühlt sich frapperend an den Witz erinnert. „Einatmen, ausatmen“, spricht eine sonore Männerstimme. Sie soll beim Entspannen helfen.

Medienkompetenz bei Kindern Entsperren mit dem Smartphone – das gilt längst als unaufhebbarer Widerspruch. Psychologen, Mediziner, Eltern, Lehrer, Gewerkschaften – sie alle warnen vor zu viel Stress durch das Smartphone. Der Medizin-Nobelpreisträger und Hirnforscher Thomas Südhof erklärte kürzlich, die ständige Kommunikation und Erreichbarkeit führe zum Burn-out. Bei Kindern müsse eine besondere Vorsicht beim Umgang mit dem Smartphone gelten. Für mehr Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen setzt sich Stefanie Rack



Viele Jogger hören nicht einfach nur Musik beim Sport, sondern überwachen ihre Gesundheitswerte wie Blutdruck oder Körpertemperatur.

© picture-alliance/Cultura

von der EU-Initiative Klicksafe ein. „Wenn Schüler das Gefühl haben, immer online sein zu müssen, kann das zu enormem Stress führen“, sagt Rack. „Wir alle sollten uns fragen, wie abhängig wir bereits von unserem Handy sind.“ Klicksafe entwickelt Unterrichtsmaterial, das Jugendliche anleiten soll, ihren Smartphone-Gebrauch besser zu kontrollieren und ihre Handys sinnvoller zu nutzen. Darin wird beispielsweise zum „Handyfasten“ aufgerufen. Das Smartphone darf hierbei eine Woche lang nur in absoluten Ausnahmefällen benutzt werden, anschließend sollen die Schüler ihre Erfahrung mit anderen diskutieren. Warnungen und nochmals Warnungen – wo aber bleiben die Vorteile der Digitali-



Mit der Wetter-App zum Picknick

© picture-alliance/zerb

sierung? Haben wir vor lauter Skepsis vergessen, wie nützlich die Smartphone-Apps sind? Sie gewähren Zugriff auf Informationen sekundenschnell. Sie ermöglichen, Dienstleistungen jederzeit und an jedem Ort in Anspruch zu nehmen. Bahnreisende verfügen über einen mobilen Fahrplan, der stets auf dem aktuellen Stand ist, sie laden ihr Ticket einfach auf das Smartphone. Autofahrer, Radler und Wanderer planen ihre Routen per Navi-App und wissen jederzeit, wo sie sich befinden. Dies dient nicht nur der Orientierung, sondern auch der persönlichen Sicherheit. Geschäftsreisende stehen über das Smartphone in stetigem Kontakt mit ihrem Unternehmen und der Familie zu Hause. Sie buchen ihr Hotel mit dem Smartphone und lassen sich von einer App das nächstgelegene Restaurant empfehlen. Patienten, die auf dem Land leben, lassen ihre Gesundheitswerte von einem Arzt in der Stadt kontrollieren. Im Notfall ruft die App um Hilfe.

Kein Zweifel: Apps verbessern das Leben – wenn man sie richtig nutzt. Voraussetzung dafür ist das Wissen darüber, wie sie technisch funktionieren und welche mentalen Mechanismen am Werk sind. Wer etwa seine persönlichen Daten besinnungslos ins Internet hochlädt, beweist Vertrauen nicht nur in die Geräte, sondern in die Verschwiegenheit der IT-Konzerne. Seit kurzem belohnt die Versicherung Generali ihre Kunden, wenn sie ihre Gesundheitsdaten übermitteln. Wer einen gesunden Lebensstil pflegt, erhält Prämien und einen günstigeren Tarif. Während die einen die

Individualisierung des Risikos begrüßen, sehen andere darin einen Angriff auf das solidarische Gesundheitssystem.

Wie in einer Spielbank Ebenso kontrovers wird derzeit die Frage diskutiert, wie Apps unser soziales Leben verändern und wie sie unsere Wahrnehmung beeinflussen. Die Erwartungen sind riesig: Beauty-Apps sollen uns schöner machen, Sport-Apps gesünder, Kommunikations-Apps interessanter. Der Informatiker Alexander Markowetz hat herausgefunden, dass der durchschnittliche Smartphone-Nutzer sein Gerät zweieinhalb Stunden am Tag nutzt. Sieben Minuten davon telefoniert er. 53 Mal entsperrt er es, um Nachrichten-Apps, Soziale Medien und Spiele zu nutzen. Snapchat, Instagram, Facebook, Twitter – in den sozialen Medien läuft ein Wettrennen um Aufmerksamkeit. Psychologen weisen darauf, dass der ständige Vergleich mit anderen bis in die Depression führen kann. Oder in die Sucht. Der ehemalige Google-Produktmanager Tristan Harris verglich die sozialen Medien im Magazin „Spiegel“ mit einer Spielbank: Die digitale Welt suggeriere, dass es da draußen immer noch etwas Besseres gebe, sagte er.

Doch lässt sich die reale Welt von der digitalen Welt überhaupt trennen? Unbedingt,

sagt der Soziologe Hartmut Rosa, der sich in seinem aktuellen Buch „Resonanz“ an der Definition des erfüllten Lebens versucht. „Menschen, die ein gelingendes Leben führen, haben eine lebendige Verbindung etwa zu anderen Menschen, zur Natur, zu ihrer Arbeit“, sagt Rosa. Soziale Medien aber würden echte Resonanz nur vortäuschen. „Gerade deswegen sind sie so attraktiv“, stellt er fest. Die Geräte rauben uns also die Zeit, die wir in der Wirklichkeit zubringen könnten? Was aber ist mit den Möglichkeiten zur Entschleunigung, die Apps auch bieten, etwa Meditations-Apps? Auch sie dienen nur der Optimierung, indem sie einen leichten Zugang zur Muße vorgaukeln. Wirkliche Muße hingegen stelle sich ein, „wenn das Tagwerk vollbracht ist und alle legitimen Erwartungen an einen selbst, und die man an die Welt hat, erfüllt sind“, so Rosa.

Alle Erwartungen erfüllt – das wäre der Zeitpunkt, an dem das Smartphone theoretisch auch abschalten könnte. Jetzt müsste man es nur noch tun. Das werden wir User wohl noch lernen müssen: zu unterscheiden, wann und zu welchem Zweck die digitalen Geräte nützlich sind. Und, dass es auch mal ohne sie geht.

Mirko Heinemann

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

»Der ständige Vergleich mit anderen kann in die Depression führen. Oder in die Sucht.«

Vertrauen entsteht langsam – und verschwindet schnell

INTERVIEW Der Psychologe Martin Schweer über das Vertrauen in uns selbst, unsere sozialen Systeme und in neue technische Möglichkeiten

Herr Schweer, als das Jahr 2015 zu Ende ging, war von einem unglaublichen Krisenjahr die Rede. Dieses Jahr ist nicht viel anders. Wie kann man dennoch zuversichtlich bleiben, ohne abzustumpfen? In der Tat werden wir immer konkreter mit Bedrohungen konfrontiert, die wir bislang nur aus den Medien kannten. Zuversicht können wir aus der Erfahrung schöpfen, dass unsere sozialen Systeme äußerst funktionsfähig und sehr vielen Anforderungen gewachsen sind. Gerade dieser Aspekt wird in der Berichterstattung oftmals jedoch vernachlässigt. Deshalb sollten wir stets Empathie für die Notlagen derjenigen Menschen zeigen, die von solchen Krisen unmittelbar betroffen sind.

Sind Ängste also etwas Gefährliches? Ängste sind auf mögliche Ereignisse in der Zukunft ausgerichtet, nicht auf konkrete Bedrohungen im Augenblick. Sie sind daher oftmals vage und führen zu einer selektiven Form der Informationsverarbeitung, die die negativen Emotionen verstärken.

Oft sind Menschen dann rationalen Argumenten gegenüber nicht mehr zugänglich. Dieser Prozess wird durch soziale Netzwerke oftmals noch verstärkt, ein Umstand, den sich manche politische Bewegungen durchaus zu Nutze machen.

Welche Rolle spielt dabei das Vertrauen in sich selbst?

Dieses Vertrauen geht mit der subjektiven Überzeugung einher, über Strategien zu verfügen, um die Kontrolle über die eigene Lebenssituation zu behalten. Bedrohlich werden Situationen für uns ja gerade aufgrund der Wahrnehmung, solche Strategien eben nicht zu besitzen. Die Konsequenz ist, Vertrauen an andere Personen oder Institutionen abgeben zu müssen. Dies aber wird umso unangenehmer erlebt werden, je weniger wir von deren Funktionen überzeugt bin sind. Auch diesen Mechanismus können politische Bewegungen dadurch nutzen, dass sie vor allem versuchen, Vertrauen in soziale Systeme zu erschüttern, ohne selber konstruktive Wege der Problemlösung aufzuzeigen.

Ein zentrales Versprechen unserer Gesellschaft ist das der Sicherheit. Was kann die Politik tun, damit dieses Grundgefühl nicht zerstört wird? Reichen mehr Polizisten auf den Straßen aus?

Eine solche Präsenz kann durchaus Positives bewirken. Die Tatsache, dass Deutschland vor Terroranschlägen bis zu diesem Sommer relativ verschont geblieben ist, hängt sicherlich auch damit zusammen, dass vieles im Vorfeld verhindert werden konnte. Dennoch wird sich unsere Gesellschaft darauf einstellen müssen, bestimmte Gefahren nicht grundsätzlich beseitigen zu können. Das ist ein schwieriger Lernprozess, dem wir uns alle stellen müssen.

Wie entwickelt ein Mensch eigentlich Vertrauen?

Vertrauen basiert auf der subjektiven Sicherheit, sich in die Hand anderer Menschen oder auch Systeme begeben zu können. Wir wissen aus der Forschung, dass in dieser Hinsicht spezifische Merkmale oftmals vertrauenswürdig wirken. Dazu gehören Verlässlichkeit, Authentizität, Ehrlichkeit und Kompetenz. Je stärker wir also solche vertrauensstiftenden Merkmale erkennen, umso eher sind wir bereit, das Wagnis des Vertrauens einzugehen.

Welche Rolle spielt die frühkindliche Prägung dabei?

Die grundlegende Bereitschaft zum Vertrauen wird bereits von unseren Erfahrungen in der frühen Kindheit mitbestimmt. Kinder mit hoher Bindungssicherheit haben in dieser Hinsicht positive Vorausset-

zungen, da die notwendige Abhängigkeit von den engen Bezugspersonen nicht enttäuscht wird. Grundsätzlich lassen uns negative Erfahrungen, die wir mit der Investition des Vertrauens in einem konkreten Lebensbereich machen, vorsichtiger und auch teilweise misstrauischer werden.

Was muss passieren, damit ich Vertrauen verliere? Nicht jedes negative Erlebnis zerstört gleich das grundsätzliche Vertrauen.



Martin Schweer

Entscheidend ist der Schädigungsfaktor, also die Konsequenz, die sich aus einem negativen Ereignis subjektiv ergibt. Im Falle des Misstrauens begeben sich Menschen eben nicht (mehr) in die Hand anderer, weil sie denken, dass dies vermutlich zu ihrem Nachteil sein wird. Diese Überzeugung setzt eigene oder vermittelte Erfahrungen in der Vergangenheit voraus, so etwa das Weitertragen sehr vertraulicher Informationen, die mit gravierenden beruflichen Nachteilen für die eigene Person verbunden gewesen ist.

Wie wirken sich große Skandale wie der BSE- oder VW-Standal auf das Vertrauen von Konsumenten aus?

Große Skandale erschüttern bei vielen Menschen Vertrauen in erheblichem Maße. So sind zum Beispiel nach dem ADAC-Skandal oder den Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche die Austrittszahlen signifikant gestiegen.

Wie kann verloren gegangenes Vertrauen wieder hergestellt werden?

Vertrauen kommt zu Fuß und geht im Galopp, lautet ein Sprichwort, das den Sachverhalt sehr gut beschreibt: Während also die Entwicklung von Vertrauen über viele kleine Schritte langsam voranschreitet, reichen ganz wenige kritische Ereignisse aus, um es zu verlieren. Meist kann dann das ur-

sprüngliche Maß an Vertrauen nicht wiederhergestellt werden, irgendetwas bleibt also immer hängen. Der Umgang mit Vertrauenskrisen ist dabei oftmals kein konstruktiver. So legen Organisationen in Krisensituationen häufig nicht die Karten unmittelbar und vollständig auf den Tisch, vielmehr suchen sie nach Stündenböcken. Nicht selten erschüttert der Umgang mit einem Skandal Vertrauen mehr als der Skandal selber.

Immer mehr Menschen vertrauen der Technik eher als ihrer eigenen Beobachtungsgabe. Stichwort: Gesundheits-Apps.

Zweifelsohne machen bestimmte technische Geräte unser Leben einfacher. Gleichzeitig können sie uns aber auch daran hindern, eigene Kompetenzen zu nutzen. Gerade im Zuge der stärker werdenden Optionen durch Medien und Technik sollten die damit verbundenen Möglichkeiten stets Mittel zum Zweck sein, ohne dass Menschen in schleichenden Prozessen zum Sklaven dieser Möglichkeiten werden.

Das Interview führte Claudia Heine.

Martin Schweer ist Professor für Pädagogische Psychologie an der Universität Vechta und Leiter des dortigen Zentrums für Vertrauensforschung (ZfV).



Der Fels in der Brandung

FAMILIE Ihr Bild und ihre Aufgaben haben sich gewandelt. Ihre Bedeutung für unser Wohlbefinden bleibt groß

Sie wurde schon oft totgesagt und denkt doch gar nicht daran, sich kleinkriegen zu lassen – die Familie ist eine Institution, die unser aller Leben prägt. Wahr ist aber auch: Ihr Gesicht hat sich verändert.

Dass unser heutiges Konzept von Familie so gut wie nichts mehr mit dem Ursprung des Begriffs zu tun hat, zeigt schon ein Blick auf die Wortbedeutung. Der lateinische Begriff „familia“ steht für die Hausgemeinschaft und leitet sich von dem Wort „famulus“ ab – das bedeutet „der Hausklave“. Ursprünglich bezeichnete Familie also den Besitz eines Mannes: Weib, Kinder, Sklaven und Vieh. „Familia“ und „pater familias“ benannten nicht die Beziehungen miteinander verwandter Menschen, sondern waren Herrschaftsbeziehungen.

Mit der Sprache veränderte sich auch der Inhalt dessen, was wir unter einer „typischen“ Familie verstehen, die auch gern als „Keimzelle der Gesellschaft“ bezeichnet wird. In der Antike meinte „Familie“ eine Rechtsform, in der Verwandte verschiedener Generationen mit ihren Sklaven unter dem Schutz eines Hausherrn zusammenlebten, der über alle Belange entschied. Die „Große Haushaltsfamilie“ des Mittelalters stellte sich ähnlich dar. Erst in der Vor- und Frühneuzeit entstand die „bürgerliche“ Familie: Anders als bei Handwerkern oder Bauern gehörten hier Dienstboten und Gesinde nicht mehr zum inneren Kern, zu ihnen wurde zunehmend Distanz gewahrt. Stärker als bei Kaufleuten und ähnlich gut gebildeten Menschen waren im Milieu der Handwerker- und Bauernfamilien der vorindustriellen Zeit Familien vor allem Wirtschaftsgemeinschaften: Produktion, Konsum und Familienleben waren kaum voneinander getrennt.

Mehr als 80 Prozent der 20- bis 39-Jährigen wünschen sich eine Familie mit Kindern.

Entstehung der »Kernfamilie« Erst im Zuge der Industrialisierung bildete sich die „Kernfamilie“ heraus, wie wir sie heute kennen: Ehegatten mit Kindern, die gemeinsam ein privates Gegenstück zur Arbeitswelt bilden. Hier kam es erstmals zu einer ausgesprochen scharfen Trennung der Zuständigkeiten beider Geschlechter: Während die Väter für das Geldverdienen in einer zumeist männlichen Arbeitswelt zuständig waren, kümmerten sich die Frauen um den Haushalt und die Erziehung der Kinder. Mit einer wachsenden sozialen

Mobilität, der steigenden Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben und sich verändernden sozialen Normen weichte diese strikte Trennung zunehmend auf: Soziologen sprechen dabei von „Individualisierungsschüben“ und einer „Enttraditionalisierung der Lebensformen“.

Stehengeblieben ist der Wandel der Familie damit jedoch nicht: Forscher arbeiten heute mit dem Begriff der „postmodernen Familie“, in der die Eltern in einer Familie nicht mehr zwangsläufig miteinander verheiratet sind und Wohngemeinschaften, Partnerschaften, Eineltern-Familien, Regenbogen- und Patchwork-Familien gleichermaßen unter ein Dach gebracht werden. Die kürzeste Familiendefinition lieferte der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder, der seine Regierungserklärung im Frühjahr 2002 unter dem Titel stellte: „Familie ist, wo Kinder sind.“

Akzeptanz anderer Modelle Die Familie erfreut sich bei aller Wandelbarkeit stetiger Beliebtheit; kaum einer Institution bringen die Menschen mehr Vertrauen entgegen. Das belegen Erhebungen immer wieder aufs Neue. So sagen laut dem Familienreport des Familienministeriums aus dem Jahr 2014 mehr als 80 Prozent der 20- bis 39-Jährigen in Deutschland, dass es ihnen wichtig ist, eine eigene Familie mit Kindern zu haben. Familie bedeutet für die meisten Menschen Vertrauen. Sie stellt einen Rückzugsort da, ist Quelle des Glücks und der Erholung. Erst in diesem Frühjahr ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest, dass 92,8 Prozent der Deutschen ihren unmittelbaren Familienangehörigen vertrauen.

Dabei gibt es einen deutlichen Wandel, wie insbesondere Eltern mit Kindern zusammenleben: Nach dem Datenreport des Statistischen Bundesamts für 2016 wurden im Jahr 2004 noch 6,7 Millionen Ehepaare mit minderjährigen Kindern gezählt. 2014 war ihre Zahl um 17 Prozent auf nur noch 5,6 Millionen gesunken. Gleichzeitig ist seit 2004 die Zahl der Alleinerziehenden um vier Prozent auf 1,6 Millionen angestiegen. Dennoch wachsen bis heute rund drei Viertel aller Kinder bei Eltern auf, die miteinander verheiratet sind. Die Ehe hat als Erfolgsmodell also längst nicht ausgedient, auch wenn andere Familienformen gesellschaftlich immer stärker akzeptiert werden. Die Ehe heute ist schlicht nicht



Mehrere Generationen unter einem Dach: Das war für viele Jahrhunderte Familienalltag und ist heute eher die Ausnahme.

© picture-alliance/ZB

mehr, was sie noch vor 50 Jahren war: Sie wurde von einer auf Schutz basierenden Sozialform, die unter starker sozialer Normierung stand, zu einer individuell gestaltbaren Partnerschaft. Gleiches gilt für die innerfamiliären Strukturen: Machtgefüge, in der ein männlicher Haushaltsvorstand die Entscheidungen trifft, sind selten geworden.

Norbert Schneider, der Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, konstatiert, dass sich trotz aller Veränderungen „das ausgeprägte Bestreben der Menschen, in einer Partnerschaft zu leben und nicht etwa allein oder polygam“ nicht verändert habe. Auch die hohe Bedeutung, „die das Familienleben für das

allgemein empfindende Lebensglück der Menschen hat“, sei bemerkenswert stabil: „Nicht etwa Erfolg im Beruf, Spaß in der Freizeit oder intensive Konsummöglichkeiten werden für das subjektive Wohlbefinden am höchsten bewertet, sondern eine gute Partnerschaft und ein glückliches Familienleben.“ Dieser Befund sei „ein wichtiger Beleg für die fortbestehende hohe Wertschätzung der Familie in unserer Gesellschaft“, so Schneider.

Prägender Einfluss Versuche, die Familie abzuschaffen, wie im kommunistischen Russland Anfang des 20. Jahrhunderts oder in den israelischen Kibbuzim, scheiterten komplett. „Blut ist dicker als Wasser“, so

laut der alte Spruch, der auf die besondere Bedeutung familiärer Beziehungen abhebt. Denn Familie prägt, hier erhalten Menschen ihre Sozialisation. Erhebungen wie die Life-Studie, eine Längsschnittstudie der Universitäten Potsdam, Zürich und Konstanz, sehen eindeutig enge Zusammenhänge zwischen der Herkunftsfamilie und den Einstellungen der Menschen. Neben ihren Genen reichen Eltern auch Einstellungen, Verhaltensweisen oder Lebenschancen an ihre Kinder weiter. Experten nennen das Transmission. Der familiäre Alltag mit seinen Abläufen, Ritualen und Gewohnheiten macht aus uns, wer wir sind. Allein aufgrund der Fülle der Aufgaben, die sie übernimmt, ist eine Welt ohne

Familie für die meisten Menschen nicht denkbar. Denn sie ist auch der Ort, an dem Vertrauen überhaupt entsteht. Neurologen zufolge entwickeln Menschen in ihren ersten Lebensmonaten die Fähigkeit, anderen zu vertrauen. Nur über diese emotionale Sicherheit sei es möglich, Selbstsicherheit und die Fähigkeit, zu lieben zu entwickeln. Die Fähigkeit zu vertrauen ist mithin abhängig von der verlässlichen und liebevollen Zuwendung von „Dauerpflegepersonen“ – meist der Eltern: Familie ist also auch, was sicher macht. Egal, wie sie aussieht.

Susanne Kailitz ||
Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.

Glaube als Geschenk

RELIGION Was es bedeutet, Gottvertrauen zu haben

Eigentlich hat sich die französische Republik hat sich einer strengen Laizität verschrieben: Staat und Kirche sind seit Anfang des 20. Jahrhunderts strikt getrennt. Für Philippe Etienne, Botschafter Frankreichs in der deutschen Hauptstadt, lag es nach dem Attentat von Nizza mit über 80 Toten Mitte Juli selbstverständlich trotzdem am Herzen, den ökumenischen Gedenkgottesdienst im Berliner Dom zu besuchen. Dort hörte er, als erstes namentlich begrüßt vom katholischen Weihbischof des Berliner Erzbistums, Matthias Heinrich, vor allem eines: Eine Antwort auf das Blutbad an der Côte d'Azur sei nur in einem zu finden – im Gottvertrauen.

Gottvertrauen, das ist ein seltsames Wort geworden. Es ragt hinüber aus alten Zeiten, in denen es vielleicht noch öfter zu finden war. Aber in einer zunehmend säkularisierten Welt ist es nur noch für wenige etwas, was trägt. Das gilt auch für die rund 46 Millionen Christinnen und Christen, die in der Bundesrepublik noch Mitglieder der großen Volkskirchen sind: Wer von ihnen hat wirklich Gottvertrauen? Und was ist das überhaupt? Vielleicht, etwas flapsig ausgedrückt, so etwas wie der Glaube des überforderten, aber frohgemuteten indischen Managers in der britischen Filmkomödie „Best Exotic Marigold Hotel“ aus dem Jahre 2011. Der sagt bei jeder Gelegenheit: „Am Ende wird alles in Ordnung sein. Und wenn es nicht in Ordnung ist, ist es noch nicht das Ende.“

Gottvertrauen, das ist wohl am ehesten das: Das Vertrauen, das dank Gottes Hilfe am Ende alles gut sein wird – aber dieser Satz ist schwierig, denn was heißt „Gottes Hilfe“, wie zeigt sie sich, welche Rolle spielen dabei Menschen und wie ist die erkennbar? Was heißt „am Ende“: am Ende des Ereignisses, nach einem Jahr, nach Jahrzehnten? Und was heißt „gut“? Das, was wir Menschen für „gut“ befinden? Oder das, was „gut“ auf eine Art und Wei-

se ist, die wir nicht immer erkennen können, weil wir spätestens nach Kant wissen, dass unsere Sinne und unser Denken nur einen Teil der Realität erfassen können. Ähnlich drückt es die Volksfrömmigkeit aus, wenn sie lehrt: Gott schreibt auch auf krummen Zeilen gerade.

Phasenweise geschenkt So ist Gottvertrauen eine sehr ambivalente, flüchtige Angelegenheit, die man nie sicher hat, sondern allenfalls phasenweise geschenkt bekommt. Ähnlich wie es Paulus sagt: Der Glaube ist ein Geschenk. Gottvertrauen ist es auch. Es gibt fromme Menschen, die wenig Gottvertrauen, und Ungläubige, die sehr viel davon mitbringen, ohne dies so zu benennen. Gottvertrauen hat weniger mit Glauben zu tun als mit einem grundsätzlichen Optimismus, der sich nicht auf Naivität gründen sollte, sondern auf dem Vertrauen, dass Gott seine Schöpfung gut, ja „sehr gut“ gemacht hat, wie das Buch Genesis sagt. Und dass er seine Schöpfung und die Menschen nie allein lässt.

Aber ist das einfach so zu glauben – angesichts der Katastrophen, die vor allem das 20. Jahrhundert gebracht haben? Wo war Gott in Auschwitz? Wo im Gulag? Wo auf den Schlachtfeldern des Ersten und Zweiten Weltkriegs? Wie viele der Menschen, die dort gestorben sind, haben voller Gottvertrauen gebetet, der Höchste möge sie erretten von aller Not? Vielleicht ist das Wort und die Haltung des Gottvertrauens uns Heutigen so schal geworden, weil wir, unsere Eltern und Großeltern es am eigenen Leibe erlebt haben, wie wenig schlichtes Gottvertrauen am Ende hilft. Die Theodizee-Frage: „Wie kann ein gerechter und guter Gott dies zulassen?“ ist der Fels des Atheismus, wie ein bekannter Spruch lautet – und die Theologie hat bis heute darauf keine befriedigende Antwort gefunden.

Für so manchen, der es ernst meint, ist Gottvertrauen im 21. Jahrhundert schwer



Abschlussgottesdienst des Katholikentages in Leipzig im Mai

© picture-alliance/dpa

geworden. Auf die Theodizee-Frage, wie üblich, nur zu antworten: Die meisten Toten seien eben Opfer von Menschen, denen Gott die Freiheit gegeben hat, das Gute zu tun oder eben das Böse – ist ein wenig billig. Denn was hilft mir das Vertrauen in einen Gott, der das größte Unrecht zulässt, nur weil er die Freiheit des Menschen zulässt?

Die Solidarität Gottes So ist Gottvertrauen wohl eine individuelle Gabe, Dinge hinzunehmen, die sonst unerträglich wären. Im Christentum gibt es immerhin den Glauben, dass selbst Jesus sein Gottvertrauen verloren hat – oder fast verloren hat, nämlich am Kreuz, wenn der langsam und

qualvoll zu Tode Gefolterte am Ende dem Evangelium zufolge ausruft: „Mein Gott, warum hast du mich verlassen?“ Was danach geschah, ist Sache des Glaubens. Einen Beweis, dass Gott Jesus noch im Tode nicht allein gelassen hat und er gar auferstanden ist, haben wir nicht. Aber dass Gott sich nach dem christlichen Glauben selbst in das tiefste Leid der Menschen gebigt – diese Solidarität oder Liebe Gottes ist ja auch etwas, was Vertrauen, eben Gottvertrauen begründen kann.

Philipp Gessler ||

Der Autor ist Redakteur beim Deutschlandradio Kultur und bei der „taz“.

Der Papst als Verbündeter

MISSBRAUCHSSKANDAL Kirche wirbt für neues Vertrauen

Anfang Juni diesen Jahres wurde ein Apostolisches Schreiben von Papst Franziskus öffentlich, ein „Motu proprio“. Ein Papier, das der Papst ohne Ersuchen durch seine Kardinäle oder Berater aufgesetzt hat. In diesem Schreiben verordnet er eine Änderung des Kirchenrechts. Es legt fest, dass nicht nur Handlungen, sondern auch Unterlassungen im Zusammenhang mit Päpophilie zur Amtsenthebung führen können, auch wenn die Geistlichen selbst keine „schwere moralische Schuld“ tragen. Die Schuld müsse zwar eindeutig beweisbar sein, so Franziskus, aber die für den jeweiligen Bischof zuständige Kongregation kann künftig eine Untersuchung gegen einen Bischof einleiten, wenn es Hinweise auf Nachlässigkeit im Umgang mit Missbrauchsvorfällen gibt. Die endgültige Entscheidung steht jedoch dem Papst zu.

Am 5. September 2016 tritt die Regelung in Kraft. Und Franziskus gibt an, er wolle lediglich präzisieren, dass zu jetzt schon im Kirchenrecht behandelten gravierenden Fällen – etwa dem Besitz von kinderpornografischem Material – zusätzlich die Vertuschung einer Tat mitgerechnet werde. Dies ist eine weitreichende Maßnahme. Sie gehört zu einer Reihe von Unternehmungen der katholischen Kirche, mit denen auf die jahrzehntelange Verheimlichung und oft auch verharmlosten Fälle von sexuellem Missbrauch reagiert wird. So ist seit 2010 Stephan Ackermann, Bischof in Trier, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für alle Fragen im Zusammenhang des sexuellen Missbrauchs Minderjähriger im kirchlichen Bereich. Bereits seit 2002 gibt es „Leitlinien“ zum Vorgehen bei sexuellem Missbrauch, 2010 wurden sie überarbeitet und um einen Katalog mit Präventionsmaßnahmen erweitert. Das sind Versuche, das Vertrauen in die Institution Kirche zu erneuern, und das mag durch solche Schritte langfristig gelingen, wenn sie denn tatsächlich weiteren sexuel-

len Missbrauch verhindern. Aber das Vertrauen des einzelnen Gläubigen in seine Kirche – und zu seinem Gott, der derlei duldet – lässt sich auf diese Weise nicht wiedergewinnen. Vertrauen, so der Luzerner Philosoph Martin Hartmann in seiner wegweisenden Studie „Praxis des Vertrauens“, lebe davon, dass es Wege der Informationsbeschaffung abkürze: Als Vertrauende verzichten wir darauf, noch mehr über andere in Erfahrung zu bringen. Wer alles immer in Frage stellt, wer immer noch mehr und anderes wissen will, wird zum Vertrauen nicht kommen. Ohne dieses Vertrauen kann es aber weder Gottglauben noch Kirche geben.

Argwohn Dass der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki kürzlich ausdrücklich um Entschuldigung gebeten hat, ist deshalb als Bitte zu verstehen, die Informationsbeschaffung abzukürzen: Man möge die Entschuldigung annehmen, um gemeinsam wieder Vertrauen zu fassen. Das setzt jedoch voraus, dass es nichts zu vertuschen und künftig keinen sexuellen Missbrauch durch Priester gibt. Der Papst scheint dies bezüglich skeptisch zu sein, andernfalls hätte er sich nicht genötigt gesehen, sein Apostolisches Schreiben zu verfassen. Womöglich schafft jedoch gerade diese Skepsis neues Vertrauen in die katholische Kirche: Er macht sich zum Verbündeten all jener vielen Gläubigen, die aus guten Gründen und schlechten Erfahrungen heraus, den kirchlichen Institutionen mit Argwohn gegenüberstehen.

Dirk Pilz ||

Der Autor ist Publizist und Professor an der Universität der Künste in Berlin.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Vertrauen Sie mir?

ABSEITS DER POLITIK Im Revier, in der Bankfiliale oder am Krankenbett – das Zwischenmenschliche zählt



Polizei-Oberkommissar Heiko Höpner (53)

© Rüscher



Vorstandsvorsitzende Eva Wunsch-Weber (52)

© Frankfurter Volksbank



Dr. Thomas-Peter Ranke (55), Asklepios Orthopädische Klinik Hohwald

© Asklepios

Der Polizist

AUF STREIFE Heiko Höpner sucht den Kontakt zum Bürger

Mein schlimmster Moment als Polizist war, als ich gesehen habe, wie sich ein Mann selbst erschossen hat. Er saß an einer Straßenecke im Auto. Irgendwas war daran seltsam. Mein Kollege und ich haben ihn angesprochen. Da zog er eine Waffe und hielt sie sich an den Kopf. Er sagte: „Das gilt nicht euch“ – und drückte ab. Die Kugel ging durchs Dach, nur knapp an mir vorbei.

So etwas ist mir nie wieder passiert. Seit 1989 bin ich Polizist, davor war ich beim Bundesgrenzschutz, und habe auch öfter eine Waffe in der Hand gehabt. Abgefeuert habe ich sie zum Glück nie. Von Anfang an habe ich im Polizeikommissariat 16 in der „Schanze“, dem Hamburger Schanzenviertel, gearbeitet. In dieser Gegend bin ich teilweise aufgewachsen, mein Vater war Hausmeister an der Schule nebenan. Ich habe mich da sofort wohlfühlt.

Heute bin ich Polizei-Oberkommissar und seit acht Jahren „BünaBe“, also Bürgernaher Beamter – so hieß das zumindest früher. Das ist ein besonderer Fußstreifenjob, den man erst ab 40 machen darf. Wir leisten Präventionsarbeit in Schulen und sind Ansprechpartner für die Menschen im Viertel. Man kennt sich, trinkt auch mal einen Kaffee zusammen. Unsere Aufgabe ist es, Vertrauen zu schaffen. Wir zeigen den Bürgern, dass die Polizei nicht nur ein Verwaltungsapparat ist, sondern dass dort Menschen arbeiten. Das ist eine wirklich schöne Aufgabe, die Leute erzählen uns viel, gerade die Älteren fassen Vertrauen zu uns. Man könnte sagen, ich habe die angenehmere Seite des Jobs erreicht. Da die Polizei chronisch unterbesetzt ist, kommt es allerdings zu Situationen, wo wir im Streifenwagen zu Einsätzen mitfahren müssen. Das bringt uns in der Vertrauensfrage in eine schwierige Situation. Plötzlich müssen wir da durchgreifen, wo wir sonst Kaffee trinken. Zum Glück ist das aber selten.

Früher war das anders, da war ich Zivilfahnder auf dem Hamburger Dom und gehört zu den szenekundigen Beamten vom FC St. Pauli. In dieser Szene ist das Verhält-

»Wir zeigen den Bürgern, dass die Polizei nicht nur ein Verwaltungsapparat ist.«

nis zur Polizei nicht so gut. Bei normalen Fans waren wir gern gesehen und hatten gute Kontakte, aber bei den Hooligans natürlich nicht. Heute sind die Krawall-Fans von damals erwachsen, viele haben selbst Kinder, und manchmal trifft man sich wieder – dann ist es schon witzig, sich zu unterhalten.

Anfang der 1990er-Jahre war ich bei der zivilen Truppe, war für die „Rote Flora“ zuständig, die linke Szene. Wir hatten damals Zwölf-Stunden-Dienste und waren gerade bei Großveranstaltungen, Demos und auch Hausbesetzungen im Einsatz. Auch beim Schanzfest war ich in zivil im Einsatz. Heute bin ich nur tagtäglich da, sehe nach dem Rechten und unterhalte mich. Wenn am Abend die Stimmung umschlägt, stehen die Einsatztrupps schon bereit. Die Situation in der Schanze ist schon besonders, bis heute. Aber als Konflikt mit den Bürgern dort würde ich es nicht bezeichnen. Der Hass kommt nicht aus dem Viertel, wenn es Krawalle gibt, sind viele gar nicht von dort. Klar, für einige Leute ist der Polizist einfach das Feindbild, aber das ist mein Beruf, das gehört dazu. Man muss einfach damit leben, dass die Menschen immer nur schlechte Erlebnisse und Erfahrungen mit der Polizei erzählen. Kaum einer lobt eine positive Begegnung. Wir sind die, die immer Schuld sind, auch bei jedem Strafzettel fürs Falschparken – obwohl wir die gar nicht verteilen.

Bei der Polizeiarbeit begegnen einem immer wieder schlimme Dinge, vor allem die Drogen-toten aus den Hochzeiten sind mir in Erinnerung geblieben. Da hat man den Dreck und das ganze Elend gesehen. Die guten Dinge sind nicht so ein-drucksvoll, sie sind mir aber besonders wichtig. Wenn man den Leuten helfen kann, sie einem Vertrauen schenken. Als „BünaBes“ machen wir manchmal die Arbeit von Sozialarbeitern. Wenn es um Einsparungen geht, wird häufig die Frage gestellt, ob das, was wir machen, überhaupt noch Polizeiarbeit ist. Aber das ist es, und es ist wichtig, dass wir da sind. Ich bin 53, sieben Jahre sind es noch bis zur Pensionsgrenze, und ich habe vor, die auf der Straße zu verbringen, um für die Menschen da zu sein. Am Schreibtisch sitzen kommt für mich nicht in Frage.

Aufgezeichnet von Mirjam Rüscher

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Hamburg.

Die Bankerin

GELDEXPERTIN Eva Wunsch-Weber setzt auf Werte

Vertrauen spielt im Wirtschaftsleben insgesamt eine immens große Rolle. Es ist für mich als Bankerin, die den Beruf von der Pike auf gelernt hat, die grundlegende Basis für die Antwort auf die Frage, mit wem ich zusammenarbeite, wem ich mein Geld anvertraue, wo und wie ich investiere, wie ich Dinge im Leben absichere.

Für uns als Bank ist Vertrauen noch wichtiger als in anderen Lebensbereichen, weil die Menschen uns ja nicht nur gefühlsmäßig vertrauen, sondern uns ihr Vermögen anvertrauen. Menschen wollen, dass wir mit ihrem Geld verantwortungsbewusst umgehen, sie wollen einen verlässlichen Partner an ihrer Seite wissen, der ihre finanziellen Entscheidungen begleitet.

Das ist wie in einer Lebenspartnerschaft: Auch hier bildet das Vertrauen eine, ja die wesentliche Grundlage. Vertrauen hat im Privaten wie im Geschäftlichen verschiedene Aspekte. Zum einen müssen sich die Partner erst einmal vergewissern, dass sie sich von denselben Werten leiten lassen. Zweitens muss jede Seite sicher sein, dass die jeweils andere verslässlich ist, zu ihrem Wort steht. Zum dritten ist eine offene und kommunikative Ebene wichtig für eine gesunde Vertrauensbasis. Das geht nicht von heute auf morgen, das baut man langfristig auf. Unser Haus ist fast 155 Jahre alt. Und wenn man sich die Beziehungen gerade zu den mittelständischen Kunden anschaut, dann arbeitet eine große Zahl von ihnen schon über Generationen mit uns zusammen.

Wir orientieren uns an dem Begriff des ehrbaren Kaufmanns. Das bedeutet, dass wir verantwortungsbewusst handeln. So verkaufen wir zum Beispiel keine Kundenforderungen an Dritte. Bei uns im Haus gibt es auch keine Einzelziele: Das heißt, wenn Sie heute als Kunde in unsere Bank kommen, dann wissen Sie, dass der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin unseres Hauses mit Ihnen als Kunde eine Beziehung, eine Partnerschaft aufbauen will, die auf Vertrauen basiert. Und daraus entwickeln sich dann die geschäftlichen Dinge, oft über Jahrzehnte und Generationen hinweg.

Orientierung nach Krise Die Finanzkrise hat das Vertrauen zu den Banken beschädigt. Mir steht es nicht an, über andere

»Für uns als Bank ist Vertrauen noch wichtiger als in anderen Lebensbereichen.«

Banken ein Urteil zu fällen, die durchaus komplexere Strukturen haben. Wir haben damals aber wahrgenommen, dass Kunden eine Orientierung suchen. Sie wollten wissen, ob ihre Bank in problematische Geschäfte auf den Geld- und Kapitalmärkten involviert war und ob sie solche Produkte angeboten oder verkauft hat. Heute sind diese Entwicklungen für unsere Kunden Vergangenheit, stattdessen stellen sie in Zeiten der Niedrigzinsen die Frage, was mit ihrem Vermögen passiert. Die Geldanlage wird schließlich immer schwieriger. Wird mein Vermögen das bleiben, was es ist? Wird es sich mehren? Das wollen die Kunden wissen. Hier muss ich meiner Bank vertrauen können.

Anfang des Jahrtausends lebte die Branche in dem Gefühl, dass es keine Grenzen bei der wirtschaftlichen Entwicklung gibt. Im Nachhinein betrachtet sagt jeder, man ist von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Dann gab es zwei klare Justierungen: Eine Bankenaufsicht, die sich international aufstellte und die Tatsache, dass jede Bank sich gefragt hat, welche Lehren sie aus der Entwicklung zieht – auch unser Haus. Die Volksbanken haben zwar die Finanzkrise nicht verursacht, sie waren an ihr nicht beteiligt und sie wurden durch diese deshalb auch nicht erschüttert. Doch wir haben trotzdem auch eine Lehre daraus gezogen: Man muss sich täglich seiner Werte rückvergewissern, um das Vertrauen der Menschen nicht zu verlieren.

Aufgezeichnet von Lukasz Galkowski

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Frankfurt am Main.

Biographisches Eva Wunsch-Weber ist die einzige Frau an der Spitze einer großen Genossenschaftsbank in Deutschland. Ihre Karriere begann mit einer Banklehre in Freiburg, danach absolvierte sie ein wirtschaftswissenschaftliches Studium in Mannheim. Nach einer Traineeausbildung hat sie sich entschieden, zur Frankfurter Volksbank zu wechseln. Sie hat dort in der Hauptfiliale im Firmenkundenbereich begonnen, 1997 die Leitung des Vorstandsstabes übernommen, ist 2008 in den Vorstand berufen worden und seit 2012 als Vorstandsvorsitzende tätig.

Der Arzt

GESUNDHEIT Thomas-Peter Ranke erlebt aktive Patienten

Ich bin seit mehr als 25 Jahren Arzt und seit neun Jahren ärztlicher Leiter meines Krankenhauses. Wir haben hier in Hohwald ein Endoprothetikzentrum der Maximalversorgung, insgesamt werden bei uns fast 4.000 Patienten im Jahr operiert.

Ich habe schon den Eindruck, dass sich das Vertrauensverhältnis zwischen Ärzten und Patienten in den vergangenen Jahren verändert hat. Es ist heute nicht mehr selbstverständlich, dass Patienten ihrem behandelnden Arzt von Anfang an uneingeschränkt vertrauen und das, was er sagt und tut, nicht in Zweifel ziehen. Die Zeiten der „Halbgötter in Weiß“ sind vorbei. Patienten haben heute eine ganz andere Haltung als früher: Sie empfinden sich als gleichberechtigt, wollen mitbestimmen und haben ein verstärktes Rechtsbewusstsein. Sie wollen ihre Behandlung und auch die Entscheidung darüber, was getan wird, aktiv beeinflussen – das betrifft dann auch schon mal die Frage, ob und wie operiert wird. Den Grund für diese Entwicklung sehe ich in einem tiefgreifenden sozialen Wandel: Den Menschen geht es gut, sie verdienen immer besser und haben Zugang zu Informationen. Das führt auch zu mehr Selbstbewusstsein und dem Wunsch, Einfluss auf wichtige Fragen zu nehmen. Gleichzeitig haben wir es aber im medizinischen Bereich mit einem immer höheren ökonomischen Druck zu tun: Die Zeit, die wir für jeden einzelnen Patienten aufwenden können, ist extrem limitiert. Das macht es häufig schwer. Denn die Patienten erwarten zu Recht, dass man mit ihnen ausführlich über ihre Behandlung spricht – dafür müssen wir Ärzte uns heute viel mehr Zeit nehmen als früher. Ich plädiere sehr dafür, dass wir gerade im Bereich der Beratung noch stark investieren, auch wenn nicht abgerechnet werden kann.

Meiner Meinung nach hat sich aber nicht nur das Vertrauen, dass Patienten ihrem Arzt entgegen bringen, verändert. Auch auf der Seite der Behandelnden hat sich viel verändert: Sie müssen heute ja viel stärker damit rechnen, verklagt zu werden als früher. In welche Richtung das läuft, kann man am Beispiel der USA beobachten – ich bin mir sicher, dass wir mit einer Verzögerung von etwa zehn bis 15 Jahren den gleichen Weg nehmen. Das führt dazu, dass wir Ärzte uns immer stärker schriftlich absichern müssen. Heute muss jedes Gespräch, das ich mit meinen Patienten füh-

»Ich plädiere sehr dafür, dass wir im Bereich der Beratung noch stark investieren.«

re, dokumentiert werden: Schließlich könnte alles juristisch relevant werden.

Auch die Zahl der Patienten, die skeptisch dem gegenüber sind, was ihre Ärzte ihnen sagen, wächst. Ich habe mindestens ein oder zwei Patienten pro Woche, die an dem zweifeln, was ihnen ein anderer Arzt gesagt hat. Diese Zweitmeinungs-Verfahren nehmen immens zu. Ich finde es grundsätzlich auch total in Ordnung, dass man sich bei so wichtigen Eingriffen den Rat mehrerer Experten einholt. Ich halte es aber nicht für gut, wie das in der Praxis läuft: dass nämlich derjenige, der sich neutral äußern sollte, unter Umständen auch derjenige ist, auf dessen OP-Tisch der Patient landet. Eigentlich bräuchten wir für diese Zweitmeinungs-Verfahren einen unparteiischen Dritten, der in keinem Fall davon profitiert, wie der Patient sich letztlich entscheidet.

Natürlich genießen Ärzte unabhängig von diesen Fragen immer auch einen gewissen Vertrauensbonus: Ein Mensch, dem es schlecht geht und der auf Hilfe angewiesen ist, tendiert eher dazu, seinem Gegenüber, dem er ja in gewisser Weise ausgeliefert ist, zu vertrauen und will glauben, in guten Händen zu sein. Das dürfen wir nicht enttäuschen. Für jedes Krankenhaus ist es überlebenswichtig, einen guten Ruf zu haben, dem auch Menschen vertrauen, die noch nicht selbst in Behandlung waren und keine eigenen Erfahrungen haben. Das kann man schnell durch Fehler ruinieren. Für uns ist es deshalb wichtig, dass die Qualität auf allen Ebenen stimmt und dass unsere Patienten sicher sein können, von allen Beteiligten – und das umfasst sowohl die ärztliche als auch die pflegerische Behandlung bis hin zur Verwaltung – fair und gut behandelt zu werden: ganz unabhängig von ihrem Versicherungsstatus.

Ich selbst habe es natürlich ein bisschen leichter, in Sachen Medizin zu vertrauen: Als Arzt habe ich den Vorteil, viele Kollegen zu kennen und von vornherein zu demjenigen zu gehen, bei dem ich ein gutes Gefühl habe. Grundsätzlich bin ich aber davon überzeugt, dass auch medizinische Laien in Deutschland den Ärzten im Allgemeinen mit gutem Gewissen vertrauen können.

Aufgezeichnet von Susanne Kailitz

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Dresden.



»Die EU verträgt keinen Hegemon«

JOSEF JANNING Deutschland trägt eine Mitschuld an der Vertrauenskrise in der EU, meint der Politikwissenschaftler. Er warnt: Wenn die Gemeinschaft keine Antworten auf wichtige Fragen findet, könnte das bald ihr Ende bedeuten

Herr Janning, die Briten wollen die Europäische Union verlassen, in weiteren Staaten wachsen die Rufe nach einem Austritt, europakritische Parteien sind überall im Aufwind. Wie schlecht steht es um das Vertrauen in der EU?

Das Misstrauen in die Politik ist insgesamt stark gewachsen, aber auf EU-Ebene ist es umso größer, da die Menschen diesen Apparat noch weniger überschauen und verstehen können. Das machen sich die europakritischen Bewegungen zunutze. Sie behaupten: Wenn wir die EU entmachten und die nationale Souveränität wieder herstellen, lösen wir unsere Probleme. Dabei vergessen sie, dass Zuständigkeiten einst auf die europäische Ebene übertragen wurden, weil die Staaten gemerkt haben, dass sie wichtige Ziele nicht allein, sondern nur gemeinsam erreichen können.

Die EU greift heute aber auch viel stärker in das Leben der Menschen ein als früher. Ist es nicht verständlich, dass dies vielen Sorgen bereitet?

Europapolitik ist keine „Lorbeerbaum-Angelegenheit“ mehr, sie berührt heute die unmittelbaren Interessen der Staaten. Es geht um zentrale Themen wie Währung, Beschäftigung und Einwanderung, alle bergen großen innenpolitischen Zündstoff. Die nationalen Regierungen haben darauf auch reagiert. Sie sagen den Menschen, sie müssten keine Angst vor Europa haben, denn sie selbst trafen die Entscheidungen im Europäischen Rat. Doch das ist ein Teufelskreis. Sie müssen sich nun den Vorwurf gefallen lassen, Teil des Systems zu sein. Der Versuch, die Bürger so zu beruhigen hat unter den Begleitbedingungen insgesamt schwindenden politischen Vertrauens und dem Getrommel der Populisten den Vertrauensverlust noch vergrößert.

Umfragen zufolge sind 80 Prozent der Bürger in den 28 Mitgliedstaaten mit ihrem Leben zufrieden, zwei Drittel bezeichnen ihre finanzielle Situation als gut. Trotzdem steht nur noch eine Minderheit der EU vertrauensvoll gegenüber. Wie ist das zu erklären?

Die Menschen setzen das eine nicht direkt mit dem anderen in Beziehung. Viele sagen: Uns geht es zwar gut, aber in der EU und der Welt gibt es so viele Probleme, es könnte uns bald schlechter gehen. Die Konsequenz daraus sind Forderungen nach einem Austritt aus der EU. Es ist schon erstaunlich, dass ein insgesamt so erfolgreicher Prozess wie die europäische Integration ausgerechnet von denen, die am meisten von ihm profitieren, als so schäbig angesehen wird.

Was sind die Gründe dafür?

Ein Grund ist, dass die größten Vorzüge, wie Frieden, Wohlstand und freier Handel, zu Selbstverständlichkeiten geworden sind. Wir beobachten das auch in anderen Lebensbereichen. Den Menschen fällt es sehr leicht, sich an eine größere Wohnung zu gewöhnen, aber davon wieder ein Zimmer abgeben zu müssen, ist für viele unvorstell-

bar. Das heißt, Erträge sind schnell konsumiert, aber sie generieren dauerhaft kein hohes Maß an Zustimmung. Wir nennen diesen Effekt das „sozialpolitische Missgeschick der Integration“.

Gerade in Südeuropa geht es aber vielen tatsächlich sehr schlecht, die Jugend Arbeitslosigkeit ist erschreckend hoch.

Das stimmt, doch es greift viel zu kurz, dafür die EU oder die Regeln der Währungsunion verantwortlich zu machen. Etliche EU-Staaten brauchen eine erhebliche Verbesserung ihrer Regeln und ihrer Regierungsqualität, um diese Krise zu überwinden. Dies kann nicht durch Brüssel „ver-

ordnet“ werden, sondern muss vor Ort geschehen.

In Ihren Worten: Warum sollten die Menschen der Europäischen Union und ihren Institutionen vertrauen?

Die EU erlaubt es uns, so zu sein, wie wir früher waren: zergliedert in viele, in sich stimmige Räume mit eigenen Regierungen, eigener Kultur und Sprache, in denen wir heute in Frieden und Wohlstand leben können. Wir vernichten keine Menschenleben und keinen Wohlstand mehr, indem wir uns die Schädel einschlagen, wie wir es über viele Jahrhunderte gemacht haben.

Dennoch nimmt die Bereitschaft zur Zusammenarbeit massiv ab. So stößt die im September 2015 vereinbarte, verbindliche Quote zur Umverteilung von Flüchtlingen in Europa noch immer auf Widerstände, Ungarn will Anfang Oktober erst das Volk dazu befragen. Wie soll angesichts solcher Alleingänge das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten wieder wachsen?

Die Entscheidung, die Sie ansprechen, hat eine klassische europäische Genese. Es taucht ein Problem auf – die Flüchtlingskrise –, und die Kommission unterbreitet Vorschläge, wie es zu lösen ist. Früh zeichnete sich in diesem Fall ab, dass es eine bunte Gruppe von Staaten gibt, die keine Quote will. Es war daher aus meiner Sicht ein Zeichen fehlender Klugheit, dass die Kommission auf ihrer Linie geblieben ist. Denn es hätte Alternativen gegeben, etwa den Aufbau eines großen, handlungsfähigen EU-Flüchtlingsfonds. Damit hätten all



Josef Janning

© Marco Urban

jene Staaten unterstützt werden können, die Flüchtlinge aufnehmen. Die Gegner der Quote hätten das kaum ablehnen können, ohne ihr Gesicht zu verlieren.

Warum war das dann keine Option?

Deutschland hätte, obwohl es bereits viele Flüchtlinge aufgenommen hat, den größten Beitrag in den Fonds einzahlen müssen – etwa 20 Prozent. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hätte all ihren europapolitischen Mut zusammennehmen müssen, um den Bürgern das zu vermitteln. Zwar hätte Deutschland auch den Großteil der Zahlungen aus dem Fonds erhalten. Aber Geld war hier selbst auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise nie ein Problem. Es war die große Zahl der ankommenden Menschen. Und da wollten viele, auch Merkel, lieber ein Exempel statuieren: Wir möchten die Polen zwingen, Menschen aufzunehmen, weil wir ihnen zeigen wollen, dass wir die besseren Menschen, die besseren Europäer, sind. Das darf man in der europäischen Politik nie tun. Damit

schaft man kein Vertrauen, man untergräbt es.

Sie geben der Bundesregierung eine Mitschuld an der Krise der EU?

Ja, Deutschland hat großen Anteil daran. Auch in der Staatsschuldenkrise und beim Streit um das Dublin-System ist die Bundesregierung mit Positionen hervorgetreten, die stärker und dominanter wahrgenommen wurden als je zuvor. Kooperative Systeme funktionieren jedoch nicht gut mit einem Hegemon, selbst wenn dieser noch so wohlwollend ist.

Was bedeutet das für die künftige deutsche Europapolitik?

Deutschland sollte mehr in die Weiterentwicklung und Stärkung der politischen Mitte in der EU investieren. Damit meine ich nicht die Mitte zwischen Links und Rechts, sondern den Raum der integrationsbereiten Mitgliedstaaten. Das Schengen-System entstand einst aus einer Koalition der Gründerstaaten; solche Initiativen

brauchen wir heute wieder. Es sollte in dieser heterogenen Union eine Art Zentrum geben, aus dem heraus Ideen entstehen, die Europa voranbringen können.

Sie meinen eine Art Kerneuropa, wie Wolfgang Schäuble und Karl Lamers (beide CDU) es 1994 formuliert haben?

Ja, doch es muss flexibler gedacht werden. Schäuble und Lamers haben die Schengen-Staaten als den Kern gesetzt. Das Konzept der politischen Mitte hängt aber nicht davon ab, diesen Kern abschließend zu definieren. Es betont vielmehr die Notwendigkeit, Staaten in diese Zone zu holen. Europas Regierungen müssen außerdem wegkommen von der Fixierung darauf, Dinge zu verhindern. Es geht darum, zu gestalten! Die Flüchtlingskrise zeigt, dass selbst ein so dicker Fisch wie Deutschland ein solches Problem nicht dauerhaft allein bewältigen kann. Selbst Merkel kann Gefolgschaft nicht erzwingen, und sei Deutschland auch noch so groß und stark.

ZUR PERSON

Josef Janning (60) leitet das Berliner Büro des „European Council on Foreign Relations“ (ECFR), einer europaweiten Denkfabrik, die Analysen zu Themen europäischer Außenpolitik bereitstellt. Zuvor war der deutsche Politikwissenschaftler lange stellvertretender Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) der Universität München und Leiter des internationalen Bereichs der Bertelsmann Stiftung. Gerade erst hat er in einer Studie den Zusammenhalt in der EU erforscht (www.ecfr.eu/eucohesionmonitor).

Derzeit wird von vielen Seiten die Einführung von Referenden auf europäischer Ebene gefordert. Kann durch mehr Bürgerbeteiligung tatsächlich mehr Vertrauen entstehen?

Referenden erzeugen nicht mehr Vertrauen, sie institutionalisieren das Misstrauen. Sie entwerfen die repräsentative Demokratie. Das ist ein bisschen so, als wenn Sie sich erst mal den Piloten ansehen, bevor Sie mit dem Flugzeug fliegen. Sieht der müde aus, fühlt er sich wohl? Ein besseres Instrument zur Vertrauensbildung ist die Europäische Bürgerinitiative, die aber noch ziemlich unterentwickelt ist. Das Interessante daran ist, dass die Bürger damit nicht nur Gesetzesvorhaben korrigieren, sondern auch eine konkrete Gesetzgebung initiieren können.

Was schlagen Sie noch vor?

Europäer müssen mehr miteinander reden als übereinander. Wir müssen stärker fragen, was wir selbst tun können, statt Resolutionen dazu zu verabschieden, was andere sollen. Der European Council on Foreign Relations (ECFR) hat den europäischen Zusammenhalt in den EU-Staaten gemessen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Basis für gemeinsames Handeln auch in der Krise trägt, aber dass mehr Begegnung und Austausch unter den Menschen nötig ist. Die Europäer müssen die Dichte ihrer Verflechtung erleben können. Die klassischen intermediären Institutionen der Zivilgesellschaft, wie Gewerkschaften, Kirchen und Verbände, tun dazu noch zu wenig, und zugleich schwindet ihr Einfluss.

Wie sieht die EU Ihrer Meinung nach, sagen wir, im Jahr 2030 aus? Wird sie verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen können?

Ich könnte mir vorstellen, dass die EU 2030 nicht mehr existiert. Der Ausstieg der Briten könnte zur Keimzelle ähnlicher Schritte werden. Entscheidend ist, ob es gelingen wird, auf wichtige Fragen gemeinsame Antworten zu finden. Warum sollten die Staaten sonst weiter politisches Kapital, Loyalität und Vertrauen in diesen Prozess investieren? Ich setze allerdings mehr auf ein europäisches Momentum, das ein zweites Szenario wahrscheinlicher macht. Danach wird es 2030 eine flexiblere EU geben, in deren Mitte einige Staaten mehr in die Integration investieren. Wünschenswert wäre zum Beispiel, dass sie auch nach außen stärker auftritt. So könnte sie eigene Flüchtlingslager in Jordanien und dem Libanon aufbauen, anstatt den Vereinten Nationen Geld dafür zu geben. Solche Dinge erwarte ich in Zukunft von der EU.

Das Gespräch führte
Johanna Metz.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Es war die erste Rede von Theresa May als neue Premierministerin, wenige Minuten, nachdem Königin Elizabeth II. die konservative Politikerin Mitte Juli um die Amtsübernahme gebeten hatte. „Wenn man aus einer ganz normalen Arbeiterfamilie stammt, dann ist das Leben viel härter als viele Leute in Westminster realisieren“, sagte May vor ihrem Amtssitz in der Downing Street, gelegen mitten im besagten Westminster, dem Londoner Regierungsviertel. Die neue Premierministerin stellte eines klar: „Die Regierung, die ich führen werde, wird nicht von den Interessen der privilegierten Wenigen, sondern von denen der ganzen Nation geleitet werden.“

Jener Julitag ist eine Zäsur in der jüngsten politischen Geschichte des Königreichs. Er stellt den vorläufigen Abschluss eines der rasantesten Kapitel in der britische Historie dar, eines Kapitels, an das sich das Land und ganz Europa noch lange Zeit erinnern werden. Die Entscheidung von 52 Prozent der britischen Wähler am 23. Juni für den Austritt aus der Europäischen Union war der ultimative Beweis des Misstrauens, das die Bürger gegen die Politik im eigenen Land und darüber hinaus hegen.

Abgestrafte Elite Ob Mays Vorgänger David Cameron, der das Brexit-Votum mit dem Ende seiner politischen Karriere und einem unruhlichen Platz in den Geschichtsbüchern bezahlte, die EU-Granden in Brüssel oder die deutsche Kanzlerin – alle wurden, das sollte die anschließende Analyse der Politikforscher ergeben, dafür bestraft, dass sie in den Augen von Millionen Menschen nicht mehr zuhören. Sie haben das Vertrauen der Bürger verloren, weil jene, die sie repräsentieren sollen, sich missverstanden, zurückgelassen fühlen. Die Folge ist, dass viele nun den Rat der Politik vollständig ignorieren.

Das Meinungsinstitut YouGov veröffentlichte wenige Tage vor dem Referendum eine Umfrage unter Brexit-Anhängern zu der Frage, wie viel Vertrauen sie in Politiker, Medien und Akademiker haben. Die Resultate waren erschreckend. 81 Prozent sagten, sie vertrauten keinem einzigen britischen Politiker. 76 Prozent schenkten Journalisten keinerlei Glauben. Und selbst Experten renommierter Think Tanks wollten nur 13 Prozent ihr Vertrauen geben.

Die Folgen dieses Abwendens von der „politischen und akademischen Klasse“ brachen in den Morgenstunden des 24. Juni brutal über die Regierung Cameron herein. Gegen alle Warnungen und Ratschläge der konservativen Regierung, von fast allen Parteien, Wirtschaftsfachleuten und internationalen Vertretern hatte die Mehrzahl der Menschen in England und Wales für den Brexit gestimmt. Sie hatten lieber den Sprung ins Unbekannte gewagt, als weiter mit dem zu leben, was man ihnen im fernen London als die vermeintlich beste Option angeboten hatte.

Verschwundene Konstanten Denn diese vermeintliche beste Option hat sich für eine wachsende Zahl der Briten in den vergangenen Jahren als eine Minusrechnung herausgestellt. Was „London“ als Vorteile von Globalisierung und Zuwanderung preist, das empfinden immer mehr Bürger als Kontrollverlust. Sicher gebliebene Konstanten sind verschwunden: die moderate, aber regelmäßige Einkommenssteigerung, der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, die Versorgung mit öffentlichen Diensten – vom steuerfinanzierten und für jeden zugänglichen Gesundheitssystem NHS, über den Zugang zu Schulen oder die Garantie der öffentlichen Sicherheit durch die Polizei.

Das Gefühl von Millionen Briten, dass die eigene Lebensqualität trotz der angeblich

Sprung ins Unbekannte

GROSSBRITANNIEN Viele Briten haben in den vergangenen Jahren einen bis dahin nicht gekannten Absturz erlebt und sich von der Politik enttäuscht abgewendet. Ihre Hoffnungen ruhen nun auf dem Brexit



Versteigerung eines Wohnhauses in London. Vor allem Familien haben kaum Ersparnis, um im Falle eines Jobverlustes ihre Hypothek weiter bedienen zu können.

positiven Effekte einer globalisierten Welt sinkt statt steigt, lässt sich mit konkreten Zahlen untermauern. „Seit der weltweiten Finanzkrise haben die Reallöhne von Arbeitern und ihren Familien und der damit einhergehende Lebensstandard einen in der modernen Geschichte bisher nicht gekannten Absturz erlebt“, analysiert der Ökonomieprofessor Stephen Machin. Er hat errechnet, dass die Reallöhne in beinahe allen Branchen seit 2008 um zehn Prozent gefallen sind. Diese Entwicklung seit dem Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise folgt einer fast 20-jährigen Periode, in denen die Einkommen ständig, wenn auch moderat gewachsen waren. Gleichzeitig ist die „Lohn- Ungerechtigkeit“ („wage inequality“), also der Abstand zwischen besonders gut und besonders gering Verdienenden, immer größer geworden.

Angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in Großbritannien bringen die fallenden Löhne für die betroffenen Arbeitnehmer und ihre Familien eine riesige Unsicherheit mit sich. Das hat eine Studie von

„Shelter“, einer Organisation mit dem Fokus auf Obdachlosigkeit, jüngst mit erschreckenden Zahlen verdeutlicht. 37 Prozent der Befragten gaben an, dass sie ihre Hypothek nicht länger als einen zusätzlichen Monat finanzieren könnten, würden sie morgen ihren Arbeitsplatz verlieren. 23 Prozent sagten sogar, dass sie nicht einmal einen Monat weiter ihr Eigentum abbezahlen könnten. Da das gesamte Einkommen in die alltäglichen Kosten gehe und die Leute kaum Ersparnis hätten, stünden „sehr viele Familien ständig vor dem Absturz“, wie eine Sprecherin der Organisation erklärte. Besonders die jungen und geringverdienenden Briten verfügen anderen Studien zufolge über so gut wie gar kein Ersparnis, das sie im Notfall einsetzen könnten.

Tiefe Verunsicherung In dieses Gefühl tiefer Verunsicherung stoßen Parteien wie die Anti-EU-Partei Ukip. Dass sie bei den Parlamentswahlen 2015 fast 13 Prozent der Stimmen erreichte und sich nach dem

Brexit-Votum als historischer Gewinner feiern ließ, hatte beileibe nicht nur mit der verbreiteten Aversion gegen Brüssel zu tun. Eine große Rolle spielten auch die unermüdete Angriffe von Ukip-Chef Nigel Farage gegen das so genannte Establishment: die politische Elite in London und Brüssel, die in einer „bubble“ (Blase) lebe, vom „wirklichen Leben“ keine Ahnung habe und mit den Medien gemeinsame Sache mache. Aus Sicht der neuen britischen Regierung ist es darum nicht nur logisch, sondern auch existenziell, dass die Trennung von der Europäischen Union jetzt ganz oben auf der Agenda steht. Mit welchem Erfolg Premierministerin Theresa May genau diese Aufgabe gelingt, wird in Großbritannien in den nächsten Jahren maßgeblich darüber entscheiden, wie viel Vertrauen die Politik von den Bürgern zurückgewinnen kann. *Stefanie Bolzen*

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.

Angst vor dem Dominoeffekt

EU Das Vertrauen in die Gemeinschaft nimmt überall ab

Auch Wochen nach dem Brexit-Votum der Briten bleibt der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders euphorisch. Immer wieder kommt er auf das Thema EU-Austritt zurück – und lässt sich dabei auch von Zahlen über die negativen Folgen des Brexit für die niederländische Wirtschaft nicht schrecken. „Der Brexit ist ein Segen für die Briten und ein Nexit würde ein Fest für die die Niederlande sein“, antwortete Wilders im August auf Vorwürfe aus der linksliberalen D66-Partei, er spiele mit der wirtschaftlichen Zukunft der Niederlande. „Dass das kurzfristig zu Unsicherheit führt, mit entsprechenden Folgen für die Wirtschaft, ändert daran gar nichts“, führte er weiter aus. Die Kontrolle über das eigene Land, das eigene Geld und die eigenen Grenzen würden das Land auch ökonomisch stärker machen. Wilders ist fest entschlossen, den Briten aus der EU heraus zu folgen oder zumindest ein Referendum darüber abzuhalten, sollte er im kommenden Frühjahr 2017 die Wahlen gewinnen. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht, wie ein Blick auf die Umfragen in den Niederlanden zeigt.

Wird der Brexit also doch noch zum Initial für eine regelrechte Austrittswelle? Folgen nun Nexit, Auxit, Danexit, Czexit oder gar der Beneluxit – wie die „taz“ jüngst ironisch anmerkte? Fakt ist: Die Entfremdung der Bevölkerung vom Projekt der Europäischen Union ist kein britisches Phänomen. Überall in Europa werden die Stimmen der Kritiker lauter, mehr denn diejenigen, die sich am liebsten ganz aus der EU verabschieden würden.

Das „Pew Research Center“ befragte nach dem Brexit-Votum Bürger in zehn EU-Ländern. Das Ergebnis: Immer mehr Bürger wollen die Rolle der Nationalstaaten stärken. In Deutschland, Schweden, den Niederlanden, Ungarn, Italien, Frankreich, Polen und Spanien sprachen sich zwischen 35 und 47 Prozent dafür aus, in Großbritannien und Griechenland mehr als 60 Prozent. Nur eine knappe Mehrheit aller nicht-britischen Befragten – 51 Prozent – beurteilte die EU positiv, 47 Prozent erteilten ihr ein negatives Zeugnis.

Die Zunahme der ablehnenden Haltung korrespondiert mit den beiden großen Krisen der vergangenen Jahre: der Eurokrise und der Flüchtlingskrise, auf die die Europäische Union aus Sicht vieler Europäer keine überzeugende Antwort gegeben hat. Tatsache ist aber auch, dass es in vielen EU-Staaten schon vorher an Vertrauen in die EU gemangelt hat. Seit Jahren spielen euroskeptische Parteien etwa in den Niederlanden, Österreich, Frankreich, Schweden, Ungarn oder Tschechien eine wachsende Rolle. Die meisten eint die Ablehnung von Entwicklungen, die unter den Schlagwörtern Globalisierung, Liberalismus, Multikulti und Feminismus zusammengefasst werden können. Neben Wilders in den Niederlanden gehören zu dieser Gruppe der von Marine Le Pen geführte Front National in Frankreich ebenso wie die österreichische

FPÖ, die Schwedendemokraten oder die ungarische Fidesz-Partei von Viktor Orban. Es gibt aber auch auf der linken Seite EU-Gegner, vor allem in Skandinavien. Die schwedische Linkspartei oder die dänische Einheitsliste betrachten die EU als undemokratisches neoliberales System, das Arbeitnehmer- und Umweltinteressen vernachlässigt. Auch der französische Präsidentenanwärter der Linkspartei, Jean-Luc Mélenchon, gehört zu der Gruppe.

Der Wunsch, aus der EU auszutreten, ist in den verschiedenen Ländern aber sehr unterschiedlich ausgeprägt. So ist in den östlichen EU-Staaten, selbst im besonders EU-kritischen Tschechien, nicht damit zu rechnen, dass die Regierungen ein Referendum nach britischem Vorbild durchführen – sie können sich einen Austritt wirtschaftlich schlicht nicht leisten. Nicht einmal die rechtsextreme ungarische Oppositionspartei Jobbik fordert momentan einen Austritt. Die

»Ein Nexit würde ein Fest für die Niederlande sein.«

Geert Wilders, Rechtspopulist

„Osteuropäer“ dürften nach dem Brexit-Votum vielmehr versuchen, die EU von innen heraus zu verändern.

Weniger Kompetenzen Dänemark ähnelt Großbritannien in vielerlei Hinsicht. Das Land hat mehrfach in Referenden gegen eine starke Einbindung in die EU gestimmt. Es hat Ausnahmen von den Verträgen ausgehandelt und nimmt deshalb an vielen EU-Politiken nicht teil. Die rechte Dänische Volkspartei, im Parlament zweitstärkste Kraft, hat sich für ein Danexit-Referendum ausgesprochen. Dabei will die Partei grundsätzlich, dass Dänemark in der EU bleibt. Sie möchte vor allem deren Kompetenzen weiter bescheiden. Aufmerksam wird die Volkspartei deshalb beobachten, was für ein Modell die Briten für ihr zukünftiges Verhältnis zur EU finden (siehe Text unten).

Die Entfremdung von der Europäischen Union ist kein britisches Phänomen.

In Österreich haben sich sowohl FPÖ-Parteichef Christian Strache als auch Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer für ein „Auxit“-Referendum binnen Jahresfrist ausgesprochen. Allerdings nur unter zwei Bedingungen: wenn die EU sich als Reaktion auf den Brexit für mehr Zentralismus entscheidet oder Länder wie die Türkei tatsächlich die Möglichkeit eines EU-Beitritts einräumt.

Am größten aber wird die Gefahr eines Austritts derzeit in Frankreich gesehen. 40 Prozent wollen dort laut Umfragen bei der Präsidentschaftswahl im kommenden Frühjahr für einen der diversen Europa-Gegner stimmen. Marine Le Pen hat mehrfach versprochen, im Fall ihrer Wahl eine Volksabstimmung abzuhalten. Und auch der ehemalige Präsident Nicolas Sarkozy von den Republikanern hat ein Referendum in Aussicht gestellt. Dass die Franzosen dann wie schon 2005, als sie den EU-Verfassungsvertrag ablehnten, „Nein“ zur EU-Mitgliedschaft sagen, gilt als realistisch. Dann, so heißt es in den EU-Institutionen einhellig, müsse man sich über weitere Dominoeffekte keine Gedanken mehr machen. Dann wäre die EU am Ende. *hmk*

Scheidung mit Hindernissen

BREXIT Nach dem Austrittsvotum der Briten muss das Verhältnis des Landes zur EU von Grund auf neu justiert werden. Die Verhandlungen werden sich wohl Jahre hinziehen

Eigentlich waren alle gut vorbereitet auf das Votum der Briten für einen Austritt aus der Europäischen Union. Geschlossenheit wollten die Präsidenten der drei EU-Institutionen, Europaparlamentspräsident Martin Schulz (SPD), Ratspräsident Donald Tusk und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, demonstrieren, um jegliche Zweifel am Projekt EU im Keim zu ersticken. Zwei Tage funktionierte das gut. Dann brach zwischen Rat und Kommission ein Streit darüber aus, wer die Austrittsverhandlungen mit den Briten führen solle. Die Mitgliedstaaten nominierten den erfahrenen Belgier Didier Seeuws, die Kommission reagierte verschupft. Gerade noch konnte ein Grundsatzstreit vermieden und ein Kompromiss gefunden werden. Nun soll der ehemalige Kommissar Michel Barnier von Oktober an als Chefunterhändler die Austrittsverhandlungen vorbereiten und anschließend führen – und sich dabei eng mit Seeuws abstimmen.

Die Episode gibt einen Vorgeschmack darauf, wie schwierig sich die Verhandlungen mit den Briten gestalten dürften. Beide Seiten betreten mit den Verhandlungen Neuland, die Vorgaben aus den EU-Verträgen sind knapp bemessen.

Der Austritt eines Landes ist in Artikel 50 des Lissabonner Vertrags geregelt. Dort steht schlicht: „Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der EU auszutreten.“ Die Prozedur für den Austritt ist auf zwei Jahre begrenzt. Die Uhr fängt aber erst an zu ticken, wenn die Briten formell den Antrag auf einen Austritt gestellt haben. Wann das sein wird, ist nach wie vor offen. Die meisten Beobachter in Brüssel gehen davon aus, dass London um die Jahreswende aktiv wird. Sicher ist das aber keineswegs.

Der Austritt müsste dann spätestens Anfang 2019 vollzogen werden. Als realistisch wird das von kaum jemandem in Brüssel angesehen. „In zwei Jahren ist das schlicht nicht zu schaffen“, heißt es in der EU-Kommission ganz offen. Schon die Verhandlungen über den Austritt von Grönland Anfang der achtziger Jahre, wenn auch nicht ganz vergleichbar, zogen sich drei Jahre hin, obwohl es eigentlich nur um Fischereifragen ging. Die Liste der Fra-



Ex-Kommissar Michael Barnier soll ab Oktober als EU-Chefunterhändler die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich führen.

gen, die mit dem Vereinigten Königreich in dem anstehenden „Scheidungsverfahren mit Trennung der Gütergemeinschaft“ geklärt werden muss, ist ungleich länger. In beinahe jedem Politikgebiet muss das britisch-europäische Verhältnis neu justiert werden, von den bisher gemeinsamen Zusagen für den Klimaschutz bis zum Zugang der Briten zum EU-Binnenmarkt.

Vor allem um Geld wird es wohl viel Streit geben. So müssen die EU und das Vereinigte Königreich klären, was mit Projekten auf der Insel geschieht, die aus dem EU-Haushalt gefördert werden. Auch müssen beide Seiten festlegen, wie Großbritannien für seinen Anteil an den Pensionsverpflichtungen für die EU-Beamten aufkommt. Hier geht es um insgesamt 60 Milliarden Euro.

Nicht zuletzt müssen sie die heikle Frage klären, wie beide Seiten mit langfristig zugesagten Projekten umgehen. Deren Förderung haben die Briten vor dem Austritt mit beschlossen, die Zahlungen fallen aber oft erst Jahre später an. Die Kommission vertritt die Ansicht, dass die Briten in der Pflicht stehen. Aber ob die britische Regierung das so akzeptiert, ist mehr als fraglich. Zuletzt lag die Summe „offener Rechnungen“ bei 200 Milliarden Euro. Auf die Briten würden davon wohl mehr als 20 Milliarden Euro entfallen.

Gefragte Experten Leichter dürfte zu klären sein, was mit den rund 1.200 Briten unter den 33.000 Kommissionbeamten geschieht. Die Kommission könnte sie nach dem Austritt entlassen, wird das aber wohl nicht tun. Wie ihre Karriereaussichten in Brüssel nach einem Austritt ihres Heimatlands aussehen, ist ein andere Frage. Für viele bietet der Brexit jedoch auch eine Chance. Schließlich ist die britische Regierung für die Austrittsverhandlungen auf Fachleute angewiesen. Das gilt erst recht für die Handelspolitik, die seit Jahren fest in der Hand der Union ist und nun rationalisiert werden muss. Allein in diesem Feld suchen die Briten insgesamt tausend Experten.

In die Länge ziehen wird die Verhandlungen zudem, dass EU und Briten parallel zu den Gesprächen über die Trennung der Gütergemeinschaft Gespräche über ihr neues Verhältnis führen müssen. In der Theorie soll eines zwar auf das andere folgen. Praktisch ist das aber unmöglich. Schließlich ist es für eine saubere Scheidung nicht irrelevant, wie das neue Verhältnis beider Seiten aussieht, wie es ein Kommissionsmitglied auf den Punkt gebracht hat. Das Entscheidende dürfte dabei der Zugang zum Binnenmarkt sein. Die Briten wollen Güter und Dienstleistungen weiter möglichst ungehindert in der „Rest-EU“ anbieten, aber den Zuzug der Arbeitnehmer nach Großbritannien einschränken – was der Idee des EU-Binnenmarkts entgegensteht. So werden sich die Verhandlungen am Ende wohl länger als die vorgesehenen zwei Jahre hinziehen – vorausgesetzt, die Mitgliedstaaten tragen dies mit. Sie müssten der Verlängerung einstimmig zustimmen. Eine hohe Hürde, aber keine unüberwindbare. Schließlich liegt es im Interesse aller Beteiligten, dass der Brexit nicht im Chaos endet. *Hendrik Kafsack*

Der Autor ist EU-Korrespondent der FAZ in Brüssel.





Annäherungen im rechten Spektrum: Marine Le Pen, Vorsitzende des französischen Front National und Heinz-Christian Strache, Chef der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)

© picture-alliance/Alex Halada/picturedesk.com

Wissen, was der Nachbar macht

VERTRAUENSBIILDUNG Kein Frieden ohne Vertrauen: Auf diesem Grundsatz baut ein System von zahlreichen sogenannten Vertrauensbildenden Maßnahmen, denen sich die Mitgliedstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Vereinten Nationen (VN) angeschlossen haben. Im Kern geht es bei solchen Abmachungen darum, dass Staaten ihre militärischen Potentiale und Aktivitäten – also etwa Rüstung, Personalstärken, Manöver und Übungen – weitgehend offenlegen, um auf diese Weise das Risiko wechselseitiger Fehlwahrnehmungen und Missverständnisse in den Kommandostäben zu reduzieren. Wie schnell aus Manövern und Übungen gefährliche Situationen entstehen können, dafür gibt es zahlreiche Beispiele: 1983 etwa hielt Moskau die Nato-Kommandostabsübung „Able Archer“ zwar nicht als Tamung für einen unmittelbar bevorstehenden Nuklearangriff auf die Sowjetunion, so wie es häufiger dargestellt wurde. Dennoch wurden damals die sowjetischen Kampfflugzeuge bereits in den Alarmzustand versetzt. Aktuell sorgen Übungen und Aktionen russischer Kampfflugzeuge und russischer U-Boote im Ostseeraum immer wieder für Irritationen – was sich vor dem Hintergrund des politisch angespannten Beziehungen zwischen Moskau und westlichen Staaten seit der russischen Krim-Annexion durchaus schnell zu einer viel größeren Krise hochschaukeln könnte. Als wenig hilfreich erwies sich deshalb auch, dass eine der wichtigsten institutionalisierten Vertrauensbildende Maßnahmen – der Nato-Russland-Rat – zwischenzeitlich auf Wunsch der Nato-Staaten bis zum Frühjahr dieses Jahres auf Eis gelegt worden war.

OSZE Zu den wichtigsten Instrumenten der Vertrauensbildung im Rahmen der OSZE gehört der Vertrag über den Offenen Himmel. Sein Anwendungsgebiet umfasst die Hoheitsgebiete seiner 34 Vertragsstaaten und erstreckt sich von Vancouver bis Wladiwostok. Er ermöglicht den Staaten, wechselseitig Luftbilder voneinander auf definierten Routen zu erstellen. Im Wiener Dokument wiederum haben sich 57 OSZE-Staaten zur Möglichkeit gegenseitiger Besuche, Beobachtungen und zum regelmäßigen Informationsaustausch über Anzahl, Stationierung und Bewegung militärischer Truppen sowie über Organisation, Waffen und Flotten verständigt. Ein drittes Format wechselseitiger Kontrolle und Absprachen ist schließlich das OSZE-Forum für Sicherheitskooperation (FSK), das regelmäßig in Wien tagt.

UN Auch auf Ebene der Vereinten Nationen gibt es Vertrauensbildende Maßnahmen. Das UN-Waffenregister sammelt Informationen über die Ein- und Ausfuhr wichtiger Waffensysteme – etwa Kampfpanzer, Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe und Raketen-systeme. Außerdem sind die Staaten aufgerufen, den Vereinten Nationen jährlich über die Höhe der Militärausgaben des vorangegangenen Jahres zu berichten. Auch die in Zeiten des Kalten Kriegs und danach geschlossenen Abrüstungsverträge zwischen Washington und Moskau sind eine Art Vertrauensbildende Maßnahme, weil sie auf der Möglichkeit basieren, ihre Einhaltung wechselseitig zu verifizieren: Das gilt für den ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen genauso wie den wegweisenden INF-Vertrag zur Vernichtung von Flugwaffen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.000 Kilometern.

Profiteure des Misstrauens

EU Populisten am linken und rechten Rand gewinnen auf der europäischen Bühne an Einfluss

Wenn Pablo Iglesias von den Regierenden spricht, dann benützt der Vorsitzende der spanischen Linkspartei Podemos den Begriff „Kaste“. Wenn Marine Le Pen von den Regierenden spricht, dann sagt die Vorsitzende des rechten französischen Front National auch „Kaste“ und zählt Gewerkschaften, Arbeitgeber und Medien noch dazu. „Die Kaste“ steht bei beiden für ein diffuses „die da oben“, gegen die sie Politik machen. Populistische Parteien befinden sich in Europa im Aufwind. Ein Fünftel der europäischen Wähler entscheidet sich für Populisten am linken oder rechten Rand, rechnet die schwedische Denkfabrik Timbro vor. Im Mai 2014 wurde die populistische Welle erstmals in großem Umfang sichtbar, als Anti-Establishment-Parteien bei den Europa-Wahlen so viel Stimmen wie nie zuvor errangen. Frankreichs Präsident Francois Hollande sah das Wahlergebnis damals als Zeichen des „Misstrauens gegenüber Europa und den regierenden Parteien“. Dieses Misstrauen ist seitdem weiter gewachsen. Podemos hat zweieinhalb Jahre nach der Gründung bei den Parlamentswahlen in Spanien gemeinsam mit der Vereinigten Linken den dritten Platz erreicht. Meinungsumfragen sehen Le Pen bei den französischen Präsidentschaftswahlen im

Mai 2017 im ersten Wahlgang vorne, auch wenn ihr aktuell niemand zutraut, den zweiten Wahlgang zu gewinnen. Wie genau funktioniert Populismus? Der niederländische Politologe Cas Mudde definiert Populismus als Ideologie, die die Gesellschaft in zwei antagonistische Gruppen spaltet und dem „reinen Volk“ eine „korrupte Elite“ gegenüberstellt. Das Schema gilt sowohl auf nationaler, als auch auf der europäischen Ebene. Rechtspopulisten wie der Front National stehen dem europäischen Projekt skeptischer gegenüber, weil sie Integration und supra-nationale Institutionen wie die EU ablehnen. Le Pen plädiert für eine Abkehr vom Euro und eine Rückkehr zum französischen Franc. Sie verspricht den Wählern ein Referendum über einen Austritt des Landes aus der EU, falls sie Präsidentin werden sollte. Podemos plädiert dagegen nur für eine Reform der Eurozone und für eine stärkere Zusammenarbeit der Südeuropäer innerhalb der EU. Iglesias hat immer wieder den Schulterschluss mit Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras von Syriza gesucht. Weder linke noch rechte Populisten haben jedoch eine echte Achse in Europa formen können. Beim Thema Migration herrschen ebenfalls unterschiedliche Einschätzungen: Le Pen plädiert für strikte Kontrolle, Iglesias dagegen fordert mehr Rechte für Immigranten und eine großzügigere Zuzugspolitik. Beim Freihandel finden Rechts- und Linkspopu-

listen dagegen eine Schnittmenge: Sowohl Front National als auch Podemos lehnen das geplante transatlantische Abkommen (TTIP) mit den USA ab. Populisten profitieren von der Unzufriedenheit der Wähler, die in Europa nach den Krisen gewachsen ist. Die EU hat ihr Versprechen auf Wohlstand nicht halten können. In Spanien liegt die Arbeitslosenquote aktuell bei 19,9 Prozent, in Frankreich bei 9,9 Prozent. „Menschen wählen nicht populistische Parteien, weil sie glücklich sind“, sagt der Politologe Cas Mudde. Untersuchungen zeigen, dass sich in Spanien vor allem Jüngere, gut Ausgebildete sich für Podemos entscheiden. In Frankreich punktet der Front National ebenfalls bei jungen Wählern, aber auch in den sozial Schwachen und bei Landwirten.

Europaparlament Im Arbeitsalltag des Europäischen Parlaments spielen die Populisten eine erstaunlich geringe Rolle. Iglesias, von Mai 2014 bis Oktober 2015 Europa-Abgeordneter, wurde nur selten in Brüssel und Straßburg gesehen. „Sein Schwerpunkt war von Anfang an die nationale Arena“, sagt ein Europa-Abgeordneter. Le Pen, seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments, stellt zwar fleißig Anfragen und meldet sich im Plenum zu Wort, verfasst aber keine Berichte zu Gesetzesvorhaben, verzichtet also auf die inhaltliche Kernarbeit der EU-Volksvertreter.

Die beiden größten Parteien im Europäischen Parlament, Christdemokraten und Sozialdemokraten, haben zusammen eine absolute Mehrheit. Die gemeinsame Abwehr gegen die Populisten könnte allerdings nach hinten losgehen. „Langfristig könnte die Große Koalition die Frustration der Wähler verstärken“, schreiben Heather Grabbe und Stefan Lehne in einer Analyse der Denkfabrik Carnegie Europe. „Am Ende könnte die Strategie die Behauptung der Populisten stärken, dass das Establishment sich selbst schützt, statt auf die Wähler zu hören.“ Politologen gehen davon aus, dass populistische Parteien zunächst den größten Einfluss ausüben, in dem sie die etablierten

Parteien zu einer Neupositionierung zwingen, etwa beim Thema TTIP. Forscher weisen darauf hin, dass populistische Parteien durchaus von ihren extremen Positionen abkehren, wenn sie an Regierungen beteiligt sind. Podemos-Chef Iglesias weiß, dass auf seine Bewegung eine Herausforderung zukommt. „Wir beginnen eine Phase, in der wir uns in eine normale Partei verwandeln müssen und dies birgt enorme Risiken“, sagt der 37-Jährige. „Das wird nicht einfach sein und niemand kann garantieren, dass es gelingt.“

Silke Wettach

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

STICHWORT

EU-Kritiker im Europäischen Parlament

> Rechtes Spektrum In der Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ sammeln sich Parteien, die die EU weitgehend ablehnen, darunter der Front National, die Lega Nord und die FPÖ. Die meisten Vertreter der AfD wie auch die polnischen PiS-Partei sind Mitglieder der Fraktion „Europäische Konservative und Reforme“.

> Weitere Euroskeptiker sind auch in der Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ zu finden, etwa die Fünf-Sterne-Bewegung (Italien). Pablo Iglesias (Foto rechts) „Podemos“-Partei (Spanien) gehört zur „Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken“.



© picture-alliance/dpa

Weg von der Billigproduktion

CHINA Wie die Wirtschaftsmacht versucht, auf dem Weltmarkt Vertrauen für ihre Produkte zu gewinnen

Es war wieder einmal so weit. Im August kündigte die Shanghai Electric Group an, den deutschen Flugzeugbau-Zulieferer Broetje-Automation GmbH (BAW) für 170 Millionen Euro zu übernehmen. BAW liefert Komponenten ebenso wie Systemlösungen; zu den Kunden gehören die Branchenriesen Airbus und Boeing. Shanghai Electric erhofft sich von der Übernahme mehr Expertise sowie internationale Absatzkanäle. Automatisierung sei eines der wichtigsten Ziele seines Konzerns, sagte Shanghai Electric-Präsident Huang Dinan gegenüber Investoren. Kurz davor hatte er bereits den Maschinenbauer Manx AG übernommen, ein führendes Unternehmen im Bereich automatisierte Produktion. Solche Übernahmen werden im Westen oftmals skeptisch betrachtet. Für Chinas Unternehmen indes sind sie ein Weg, langfristig Vertrauen für ihre Produkte zu gewinnen. „Die meisten chinesischen Unternehmen sind bei Produktions- und Verarbeitungsqualität noch nicht ganz auf dem westlichen Standard“, sagt Thomas Heck, Leiter der China Business Group bei der Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers. „Zukäufe geben den Firmen Zugang zu Produktionsmethoden, die ihnen derzeit noch überlegen sind.“ Die eingekaufte Marke wird dabei meist erhalten.

Das chinesische Baumaschinenunternehmen Sany etwa führt die deutsche Marke Putzmeister für Betonpumpen seit der Übernahme weiter. Wenn Chinas Unternehmen von westlichen Technologien lernen, entwickeln sie diese oftmals selbst weiter, erklärt Heck. Das daraus entstandene Produkt bieten manche dann auf dem Weltmarkt an. China kaufte zum Beispiel Hochgeschwindigkeitszüge aus Japan, Deutschland und Frankreich und kombinierte deren Tech-



Chinas Schnellzüge sind Eigenentwicklungen

nik beim Aufbau einer eigenen Schnellzugproduktion. Heute bietet das Land weltweit mit um Projekte. Firmen, die auf lizenzierte Technologie plus eigene Innovation setzen, haben damit auch in Europa durchaus Erfolg – wie etwa Huawei oder Oppo mit ihren Smartphones. Dieser im Westen gern kritisierte Ansatz brachte zuvor auch Länder wie Japan oder Südkorea voran – und vor 150 Jahren auch Deutschland, das damals vieles von britischer Technologie lernte. Technologie ist Kern der „Made in China 2025“-Strategie zur Aufwertung der heimischen Produktion: Mehr Hightech, mehr Innovation, mehr Qualität. Strategische Sektoren werden gefördert, wie etwa die Automobilindustrie oder Erneuerbare Energien. China will weg von der Billigproduktion und dem miesen Image: Made in China ist im Westen in Verruf geraten – viele Produkte seien qualitativ schlecht, enthalten giftige Stoffe und werden zu miesen Bedingungen gefertigt, so das Klischee. Und wie jedes Klischee hat auch dieses einen wahren Kern. Elektronik- oder Lederfabriken haben viele Flüsse in Südkina vergiftet, manche Spielzeuge enthielten Weichmacher. Allerdings verschärft die Regierung seit Jahren die Gesetze. „Bei den Themen Umwelt und Soziales gibt es durchaus Fortschritte – vor allem für neue Investitionsprojekte“, sagt Heck.

Zum Beispiel dürfe heute keine Chemiefabrik außerhalb eigens angelegter Chemieparks mit strengen Umweltauflagen gebaut werden. Neue Gesetze zu Arbeitszeiten und Verträgen nähern sich ebenfalls westlichen Standards.

Überkapazitäten Unklar ist allerdings, wie gut die strengen Gesetze auch durchgedrückt werden. Auch der Rückbau alter, dreckiger Schwerindustriebetriebe – die Chinas Image schaden – gelingt nicht. „China hat den in der letzten Dekade begonnenen Abbau von Überkapazitäten nicht durchgehalten“, sagt Jörg Wuttke, Präsident der Europäischen Handelskammer in China. Die Europäische Union wirft China vor, Stahl aus solchen Überkapazitäten zu Dumpingpreisen zu exportieren und zögert, China den Status einer Marktwirtschaft zu gewähren. Es bleibt viel zu tun.

Christiane Kühl

Die Autorin berichtet als freie Journalistin in Peking.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Deutsche Europapolitik

Handbuch für Wissenschaft und Praxis



Handbuch zur deutschen Europapolitik
 Mit einem Vorwort von Michael Roth, Staatsminister für Europa
 Herausgegeben von Dr. Katrin Böttger und Prof. Dr. Mathias Jopp
 2016, 599 S., geb., 58,- €
 ISBN 978-3-8487-3030-8
 eISBN 978-3-8452-7412-6
 nomos-shop.de/27089

Das Handbuch zur deutschen Europapolitik befasst sich mit den Grundlinien und Konzepten deutscher Europapolitik in den wichtigsten EU-Politikbereichen, den innenpolitischen Bestimmungsfaktoren und den bilateralen Beziehungen Deutschlands. Es ist ein verlässlicher Begleiter für alle, die sich für deutsche Europapolitik interessieren.

Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Der 18. September 2015 wird vielleicht einmal den Anfang vom Ende eines Motors markieren, dessen Verfahren Rudolf Diesel 122 Jahre zuvor entwickelt hat. Für den Volkswagenkonzern war es ein schwarzer Tag in der nicht ganz so alten Firmengeschichte. An diesem Tag macht die US-Umweltbehörde öffentlich, dass VW bestimmte Dieselmotoren manipuliert hat, um zu hohe Stickoxidemissionen zu verschleiern. In den Tagen und Wochen danach gab es schlimmste Befürchtungen. Würde VW den Skandal überleben, würden andere deutsche Autohersteller mit in den Strudel gerissen und würde die Marke „Made in Germany“ geschädigt?

Ein knappes Jahr später steckt VW noch mitten in die Aufarbeitung der Affäre. Existenziell wird sie den Konzern wohl nicht bedrohen, aber über Jahre belasten. Die Geschäfte laufen aktuell passabel. Insbesondere das Image der Kernmarke VW hat aber gelitten, stark in den USA, etwas auch in Deutschland. Deutsche Autos bleiben weltweit gefragt. Das Vertrauen in den Dieselmotor hat jedoch derart gelitten, dass er zum Auslaufmodell werden dürfte.

Übergangstechnologie VW-Chef Matthias Müller hatte im Juni selbst über das Ende des Selbstzünders spekuliert. „Es wird sich die Frage stellen, ob wir ab einem gewissen Zeitpunkt noch viel Geld für die Weiterentwicklung des Diesels in die Hand nehmen sollen“, sagte Müller dem „Handelsblatt“. Auch BMW-Vorstandschef Harald Krüger hält den Diesel nur noch für eine Übergangstechnologie. Nur in Europa ist der Diesel stark. In Deutschland wird knapp ein Drittel aller Pkw mit einem Dieselmotor angetrieben, bei Neuzulassungen sind es 2016 sogar rund 47 Prozent.

In den USA waren Dieselaautos schon immer ein Nischenprodukt, VW warb hier mit „Clean Diesel“ für seine Wagen. Für den Motor vom Typ EA 189 hat VW den guten Ruf des „german engineering“ auf fatale Weise ausgelegt. Durch eine illegale Software hielten die Autos die Abgaswerte nur auf dem Prüfstand ein, nicht aber auf der Straße. 14,7 Milliarden Dollar für Rückrufe, Strafen und Entschädigungen kostet der Vergleich, den VW am 28. Juni in den USA mit Kunden und Behörden geschlossen hat, um Prozesse zu verhindern. In trockenen Tüchern ist der teure Deal noch nicht. Mehrere Bundesstaaten drohen zudem mit eigenen Klagen. Nun geriet die VW-Tochter Audi unter Druck. Bei einem Drei-Liter-Dieselmotor soll sich die Abgasreinigung kurz nach dem Messvorgang abschalten.

Verkauf eingebrochen In den USA hat VW stark an Vertrauen eingebüßt. Im ersten Halbjahr brachen die Verkäufe von Autos mit VW-Logo um 14,7 Prozent ein; die VW-Konzerntüchter Audi und Porsche konnten dagegen um 3,5 und 6,2 Prozent zulegen. Den Schaden der Affäre trägt offenbar vor allem die Kernmarke. In einer im April vorgestellten Umfrage der deutschen Botschaft in Washington gaben 46 Prozent von 1.500 Amerikanern an, den Glauben in die Marke VW verloren zu haben. 30 Prozent hätten generell kein Vertrauen mehr in deutsche Automarken. Die USA sind nicht nur ein wichtiger Absatzmarkt für die deutschen Autobauer. Sie sind hier auch wichtige Arbeitgeber. Rund 60.000 Menschen beschäftigt der Wolfsburger Konzern in den USA, VW war 2015 nach Angaben der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer GACC nach DHL, Siemens und ZF Friedrichshafen der vier-



Volkswagen hat vor allem in Amerika Vertrauen verspielt.

© picture-alliance/Frank May

Mitten in der Krise

DIESEL-SKANDAL Das Image der Wolfsburger hat durch die Affäre gelitten. Die Marke „Made in Germany“ scheint das aber nicht zu kratzen

größte deutsche Arbeitgeber. Bei den Umsatzten war Volkswagen nach Daimler mit 36,7 Milliarden Dollar sogar die Nummer zwei.

Und in Deutschland? Auch hier hat die Marke VW durch die Affäre Federn gelassen. Von Januar bis Juli stieg laut Kraftfahrt-Bundesamt die Zahl aller neu zugelassenen Pkw um 5,4 Prozent. Die Kernmarke VW verkaufte 3,2 Prozent weniger Autos. Andere Konzernmarken legten hingegen zu, am deutlichsten Audi mit einem Plus von 11,1 Prozent.

Die Lage an der Prozessfront ist noch unübersichtlich. Das Landgericht Braunschweig will Schadenersatzklagen im Umfang von rund vier Milliarden Euro in einem Musterverfahren bündeln, das Ende 2016 beginnen könnte. Die Braunschweiger Staatsanwaltschaft ermittelt gegen 21 VW-Manager wegen der Affäre und dazu gegen Ex-Vorstandschef Martin Winterkorn

und VW-Markenchef Herbert Diess wegen Marktmanipulation. Die Konzernspitze soll die Verfehlung und die möglichen Folgekosten zu spät publik gemacht haben, so lautet der Vorwurf. Eine entsprechende ad-hoc-Mitteilung kam am 22. September, also vier Tage nach der EPA-Veröffentlichung. Nun klagt auch noch Bayern gegen VW wegen entstandener Aktienkursverluste für den Pensionsfonds des Freistaats. Hessen und Baden-Württemberg prüfen ähnliche Schritte. Dass es für VW weltweit im ersten Halbjahr mit einem Verkaufsursturz von 1,5 Prozent auf 5,12 Millionen Fahrzeuge besser als erwartet lief, ist vor allem den Chinesen zu verdanken, wo die Abgasaffäre kaum Spuren hinterließ.

Kundenreaktionen Die unterschiedlichen Kundenreaktionen zeigen sich auch in einer Umfrage, die von der Kölner Managementberatung globeone im Monat nach

Bekanntwerden der Affäre bei Kunden in Deutschland, China und den USA durchführte. Mit 40 Prozent positivem Image lag VW demnach am Ende der Rangliste von 25 Automarken, die Mercedes und BMW anführen. Insbesondere in Deutschland (27 Prozent) und den USA (42 Prozent) sei das Markenvertrauen in VW gering, konstatiert globeone. Die konkrete Kaufbereitschaft der Deutschen sei davon aber deutlich geringer betroffen.

Auf gute Geschäfte von Volkswagen vertraut auch die 125.000-Einwohner-Stadt Wolfsburg. Am VW-Stammsitz arbeiten 60.000 Menschen. Jenseits des Mittellandkanals, an dem VW produziert, gibt es eine lange Dieselstraße, die Stadtverwaltung residiert in der Porschestraße. Wohl und Wehe der Stadt hängen an dem Konzern und seinen Steuern. Der diesjährige Haushalt könnte erst Mitte März verabschiedet werden, weil die Höhe der Ausfälle bei der Ge-

besteuer nicht abzuschätzen waren. Die Investitionen wurden um ein Drittel gekürzt, eine Reihe von Gebühren und Eintrittsgeldern erhöht. Den Fehlbetrag von knapp 45 Millionen Euro kann Wolfsburg aus Rücklagen aus besseren Jahren decken.

Straßentests Haben gesetzliche Regelungen die Affäre begünstigt? Dass die von den Herstellern angegebenen Verbrauchswerte selten der Realität entsprechen, weiß jeder Autofahrer. Dass dies auch für Abgaswerte gilt, wurde erst durch den VW-Skandal breit bekannt. Ab September 2017 sollen realistischere RDE-Straßentest (RDE steht für Real Driving Emissions) die Laborverfahren ablösen. Regelungsbedarf sieht Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) auch bei den sogenannten Thermofenstern. Unter bestimmten Bedingungen darf sich die Abgasreinigung abschalten, damit der Motor

keinen Schaden nimmt. Die Hersteller haben die als Ausnahme gedachte Regel aber intensiv genutzt, wie eine von Dobrindt berufene Untersuchungskommission herausfand. Empfehlungen für neue Regelungen soll auch der Untersuchungsausschuss des Bundestages geben, der sich am 7. Juli konstituierte und im September seine Sacharbeit aufnimmt. Dabei dürfte zum Beispiel eine Rolle spielen, ob die EU-Verordnung 715 von 2007, bei der es um die Typgenehmigungen von Kfz hinsichtlich der Abgasnormen Euro 5 und 6 geht und die bei Verstößen „wirksame, Verhältnismäßigkeit und abschreckende“ Sanktionen vorsieht, in Deutschland ausreichend umgesetzt wird. Auch Strukturfragen könnten untersucht werden, etwa die Rolle des dem Verkehrsministerium unterstellten Kraftfahrt-Bundesamtes.

Für den Autoexperten Ferdinand Dudenhöffer gehört auch der Steuervorteil von Diesel von 18 Cent je Liter gegenüber Benzin abgeschafft. Aus Sicht des Professors von der Universität Duisburg-Essen hat dieser Bonus die deutsche Industrie in eine Sackgasse laufen lassen und den Rückstand der Deutschen bei alternativen Antrieben begründet.

Blaue Plakette Wie heikel die Dieseldemokratie ist, zeigt sich aktuell an der Debatte über die Blaue Plakette. In zahlreichen deutschen Großstädten werden die EU-Grenzwerte für Stickoxide regelmäßig überschritten. Maßgeblich verantwortlich sind dafür Dieselfahrzeuge. Im April sprach sich die Umweltministerkonferenz für die Einführung einer Blauen Plakette für moderne Diesel mit Euro-Norm 6 aus. Es hätte das Innenstadt-Aus für rund 13 Millionen Diesel bedeutet. Nach Protesten, darunter aus der Wirtschaft und von Dobrindt, legte das Umweltministerium die Pläne nun auf Eis. Im Herbst soll über Alternativen beraten werden.

„Wir wissen, dass es um viel mehr geht als nur die Umrüstung von Motoren“, schreibt VW in seiner „Aktuellen Kundeninformation“ im Internet. Wo ein paar Hunderttausend US-Kunden jedoch Tausende Dollar Entschädigung und das Angebot zum Rückkauf des Schummel-Autos erhalten, bleibt Millionen deutschen VW-Kunden nur die Umrüstung.

Klar ist, Entschädigungen wie in den USA könnte den Konzern schnell überfordern. Allein mit dem Bekenntnis, Vertrauen durch „Gründlichkeit, Ehrlichkeit und Verlässlichkeit“ zurückzugewinnen zu wollen, wird VW einen langen Atem abfordern. Der Konzern braucht wohl eine neue Story. Das könnten Elektroautos sein. Sie sollen zu einem Markenzeichen von VW werden, hatte Vorstandschef Müller schon im April erklärt. Dazu passen Berichte über den Bau einer riesigen eigenen Batteriefabrik. Das kostet Milliarden, ebenso wie die Aufarbeitung der Sünden der Vergangenheit.

Der Marke „Made in Germany“, die sich vom Negativstempel der Briten Ende des 19. Jahrhunderts zum Gütesiegel wandelte, hat die VW-Affäre bisher kaum etwas anhaben können. 2015 legten die deutschen Exporte in die USA um 0,7 Prozent auf den Rekordwert von 124 Milliarden Dollar zu. „Made in Germany“ kommt in den USA derzeit gut an, erklärte die Germany Trade & Invest (GTAI), eine staatliche Außenwirtschaftsagentur, in einem Länderbericht. Im ersten Halbjahr stiegen die deutschen Ausfuhr um rund 1,4 Prozent an. Besonders stark war die Nachfrage laut Statistischem Bundesamt aus Großbritannien und den USA.

Stefan Uhlmann

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

Der ganz legale Etikettenschwindel

LEBENSMITTEL Irreführende Angaben auf Lebensmitteln zerstören das Vertrauen der Verbraucher

Ein Fruchtsaft „Aprikose-Kürbis“? Herr G. aus München griff zu. Beim Blick auf die Zutatenliste garte es dann allerdings in dem Verbraucher aus Bayern. Was vorn auf der Flasche in saftigstem Orange beworben wurde, machte nur den geringeren Teil ihres Inhalts aus. Genauer: Nicht mehr als 46 Prozent bestanden aus Aprikosen- und Kürbis-Püree. Mehr als die Hälfte dessen, was er als Schummel-Smoothie bezeichnet, setzt sich aus Apfelsaft, Apfelpüree und Orangensaft zusammen. Dafür hatte selbst das Handelsunternehmen keine Worte, aus dessen Regal die Flasche stammt. Rewe schweigt. Bis heute.

Verbraucherportal Der Saft gehört zu den 788 Produkten, die das Verbraucherportal „Lebensmittelklarheit.de“ seit 2011 digital angeprangert hat. Das vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft finanzierte und bei den Verbraucherzentralen betriebene Portal feierte zum fünfjährigen Jubiläum. Es ist ein Ventil für Verbraucher, die ihr Vertrauen in die Lebensmittel durch die Industrie beeinträchtigt sehen. Was Gesetzgeber und EU-Richtlinien

als zulässig deklarieren, empfinden viele Konsumenten bereits als „Etikettenschwindel“. Da gibt es angeblich „ungesüßten Cappuccino“ mit einem Zuckeranteil von 50 Prozent an der Gesamtmasse, die verführerische Mozzarella-Pizza, in der weit mehr Edamer als Mozzarella enthalten ist. Oder den Schwarzwälder Schinken, dessen fleischgebendes Schwein in Niedersachsen durch eine Mastanlage hoppelte. Im Schnitt machen 80.000 Verbraucher pro Monat ihrem Ärger und Misstrauen gegenüber der Lebensmittelindustrie dadurch Luft, dass sie die Seite „Lebensmittelklarheit.de“ besuchen. Pro Tag gehen dort im Durchschnitt drei Beschwerden über konkrete Produkte ein, von denen es rund 40 Prozent nach sorgfältiger Prüfung durch Fachredakteure und Juristen auf die Webseite schaffen; dabei bekommen auch die Lebensmittelhersteller regelmäßig die Gelegenheit, sich zu den Vorwürfen zu äußern. „Wir sehen uns als eine Diskussionsplattform“, sagt Projektleiterin Stephanie Wetzel. Zur Pressekonferenz aus Anlass des fünfjährigen Geburtstags schnellen Klickzahlen um 20 Prozent in die Höhe. Die Zahl der Beschwerden wuchs um das Vierfache.

Dass Lebensmittelkandale und der ganz legale Etikettenschwindel das Vertrauen der Verbraucher in die Lebensmittelindustrie grundsätzlich verringern, belegt das Edelman Trust Barometer, eine jährliche Befragung von 33.000 Menschen in 27 Ländern.

Danach schwindet das Vertrauen in die Wirtschaft, wie die Deutschland-Chefin Susanne Marell bei der Vorlage der Ergebnisse für 2015 sagte. Eine Mehrheit (72 Prozent) sei der Meinung, dass Unternehmen gleichzeitig ihre Gewinne erhöhen und die wirtschaftlichen und sozialen Lebensumstände verbessern könnten. Marell: „Damit dies gelingen kann, verlangen die Menschen nach

mehr Sorgfalt und mehr Transparenz. 57 Prozent der Befragten glauben, Produkte werden nicht ausreichend getestet, bevor sie auf den Markt kommen.“ Die Edelman-Chefin Marell fordert: „Unternehmen müssen aktiv zuhören und kommunizieren.“ Für den Bereich der Lebensmittelindustrie kritisieren Verbraucherschützer, dass irreführende Bezeichnungen an der Tagesord-

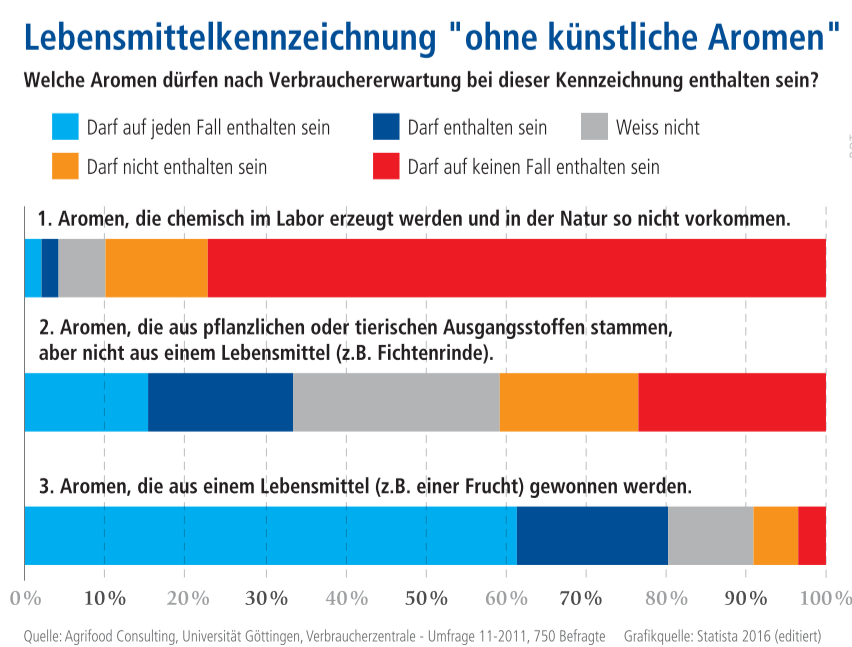
nung seien. So unterlag das Düsseldorf-Unternehmen Teekanne im vergangenen Dezember vor den Bundesgerichtshof, weil ihre Aufguss-Mischung „Felix Himbeer-Vanille-Abenteuer“ auf der Verpackung zwar die Früchte groß zeigte und in einem Satz „nur natürliche Zutaten“ auslobte, tatsächlich aber sowohl Himbeere als auch Vanille lediglich in Form industrieller Aromen vorhanden waren.

Wenig vertrauensbildend ist, was Politik und Industrie für den Bereich von Joghurt als zulässig miteinander ausgehandelt haben. Danach müssen laut den Verbraucherschützern in „Fruchtjoghurt“ lediglich sechs Prozent Früchte enthalten sein. Ein Kilogramm Erdbeeren reicht für 110 Joghurtbecher zu 150 Gramm. Handelt es sich um „Joghurt mit Fruchtzubereitung“ sinkt der Fruchtanteil auf 3,5 Prozent. Das Kilo Erdbeeren ergibt dann knapp 200 Becher. In „Joghurt mit Fruchtgeschmack“ muss keine einzige echte Erdbeere enthalten sein, künstliche Aromastoffe reichen. „Weil viele das schlicht nicht wissen, wollen wir den Interessen der Verbraucher bei der Wirtschaft und der Politik Gehör verschaffen“, sagt ein Sprecher der Initiative Foodwatch. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte sind der Einsatz gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA, die Kritik an viel zu süßen, zu fetigen und mit künstlichen Aromastoffen angereicherten Kindernahrungsmitteln und Mineralölspuren in Le-

bensmitteln. Foodwatch-Chef Thilo Bode hatte vor kurzem die eigene Erfolglosigkeit im Kampf um Verbraucherrechte beklagt. „Damit war gemeint, dass es manchmal sehr lange braucht, um vergleichsweise geringe Veränderungen und Einsichten zu bewirken“, erläutert sein Pressesprecher.

Geänderte Verpackungen Ähnliche Erfahrungen hat das Team von „Lebensklarheit.de“ gemacht. Die Zahl der Beschwerden nimmt nicht ab. Zugleich aber stellen die Verbraucherschützer im Rahmen einer Nachschau fest, dass immerhin bei der Hälfte der 2014 von ihnen kritisierten Produkte die Verpackungen geändert und irreführende Wörter oder Bilder ausgetauscht wurden. Künftig wollen sie sich zusätzlich mit dem Bereich der nachhaltigen Herstellung von Lebensmitteln intensiver befassen als bisher. Dabei sollen Fragen beantwortet werden wie „Woher kommen die Zutaten?“ oder „Würden die Lebensmittel zu fairen Bedingungen hergestellt?“ Laut dem Ernährungsreport 2016 aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zeigten sich 79 Prozent der Deutschen zufrieden mit der Qualität der Lebensmittel. Jedoch sprachen weniger als ein Drittel – 29 Prozent – der Lebensmittelindustrie ihr Vertrauen aus.

Dirk Neubauer
Der Autor ist freier Journalist in Düsseldorf.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



TTIP paradox

FREIHANDEL Trotz der offensichtlichen Vorteile hat sich bei den Deutschen ein tiefes Misstrauen gegen das Abkommen festgesetzt

Es ist schon paradox: Kein Land der Europäischen Union (EU) dürfte von dem geplanten Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten so stark profitieren wie die Exportnation Deutschland. In keinem Land der EU ist aber auch der Widerstand so groß. Nirgendwo sitzt das Misstrauen gegen die Transatlantische Handels und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP, so tief wie in Deutschland. Groß ist die Furcht, mit dem Abbau der Handelshemmnisse zwischen den beiden Kontinenten könnten auch soziale und ökologische Standards ausgehöhlt werden. Die Kritik, getragen von Gewerkschaftern, Umwelt- und Verbraucherschützern sowie Sozialverbänden und Teilen der Politik, entzündet sich aber nicht nur an den Inhalten der Verhandlungen, sondern auch daran, wie sie ablaufen: Denn die Gespräche zwischen Washington und Brüssel finden weitgehend hinter verschlossenen Türen statt.

Geheimdiplomatie Für die Kritiker ein Unding. „Geheimdiplomatie wie im 19. Jahrhundert“ werfen sie den Verhandlungspartnern vor, warnen gar von einem Untergraben von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Denn nicht nur einfache Bürger, auch Parlamentarier, die ja einmal über das Paket abstimmen sollen, haben Schwierigkeiten, an Informationen zum Verhandlungsstand zu kommen – geschweige denn, darauf Einfluss nehmen zu können.

Seit drei Jahren verhandeln die Europäer, vertreten durch die EU-Kommission, mit der US-Regierung. Die EU-Kommission hat vom Europäischen Rat das Mandat erhalten, mit den USA einen umfassenden Gesamtpakt auszuhandeln. Von Anfang an hielten sich beide Seiten bedeckt. Das Verhandlungsmandat wurde zunächst nicht offengelegt. Die Bevölkerung erfuhr von den geheimen Verhandlungspositionen nur über durchgesickerte Dokumente, klagten die Globalisierungskritiker von Attac. Parlamente bekommen den Vertrag erst nach Abschluss der Verhandlungen vorgelegt. Ändern können sie ihn dann nicht mehr, kritisiert Attac. So sei zu befürchten, „dass ein Pakt entsteht, in dem die Wunschliste der Konzerne als zukünftige internationale Wirtschaftspolitik festgeschrieben wird“.

Offenlegung Zu den Forderungen der Kritiker gehört deshalb, die Verhandlungsdokumente stets umgehend offenzulegen. Spätestens, nachdem die TTIP-Kritiker im Oktober 2015 mehr als 150.000 Demonstranten gegen die „Geheimverhandlungen“ in Berlin auf die Straße brachten, sind die Freihandelsbefürworter in Regierung und Wirtschaft aufgeschreckt – und mühen sich um mehr Transparenz. Ein schwieriger Spagat: Einerseits muss die Vertraulichkeit der Verhandlungen gewährleistet werden, auch um die eigene Verhandlungsposition nicht zu schwächen, andererseits die Öffentlichkeit soweit informiert werden, dass ihr Misstrauen nicht noch weiter wächst.

Nicht immer ist das möglich. Nach der Veröffentlichung vertraulicher Dokumente traf die EU-Kommission im August 2015 die Entscheidung, den vertraulichen Bericht über die zehnte Verhandlungsrunde in einem sicheren Leseraum auszulegen. „Dieser Bericht enthält auch taktische Überlegungen und unsere interne Bewertung von US-Positionen“, begründete dies damals Reinhard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Berlin. Bestimmte Enthaltungen schwächen die Verhandlungsposition der EU und machen es schwieriger, das beste Ergebnis im Interesse Europas und seiner Bürger zu erzielen. Noch deutlicher formulierte es der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Schabeddo: „Wenn man seine Verhandlungsposition offenlegen würde, wäre das wie nach dem Strip-Poker antreten.“ Bestimmte Dokumente, die rote Linien, Rückfallpositionen, Strategie und Taktik beschreiben, legt die Kommission daher nur den Regierungen der EU-Staaten und den EU-Parlamentariern vor.

Auch die Verhandlungspartner legen Wert auf Vertraulichkeit: Nur bei vertraulichen Gesprächen sei es möglich, die eigene Verhandlungsposition und -stärke zu schützen und gleichzeitig auch Themen auf den Tisch zu legen, die man sonst wohl nicht

ansprechen würde, argumentierte der US-Handelsbeauftragte Ron Kirk.

Doch mit steigendem öffentlichen Interesse wuchs der Druck auf die Verhandlungspartner, und die EU-Kommission begann die Öffentlichkeit stärker einzubeziehen. Sie veröffentlichte das lange Zeit geheim gehaltene Verhandlungsmandat – das allerdings schon längst durchgesickert war – und Informationen zum Verhandlungsstand. Jede Verhandlungsrunde wird im Vorfeld angekündigt und alle Interessengruppen werden dazu eingeladen, ihre Positionen dem Verhandlerteam zu unterbreiten. Es gibt Briefings durch die Chefverhandler, Pressekonferenzen nach den Runden, die Kommission veröffentlicht Dokumente zu ihren Verhandlungspositionen sowie Faktenblätter und Broschüren. Darüber hinaus gibt es einen TTIP-Beirat aus unabhängigen Experten, der monatlich zu Beratungen zusammenkommt. Vertrauliche Dokumente bekommen Bürger und Interessengruppen aber nach wie vor nicht zu sehen, sie dürfen nur von ausgewählten Regierungsmitgliedern und Parlamentariern eingesehen werden. Nach dem zunächst nur Regierungsmitglieder in der EU-Kommission in Brüssel und den US-Botschaften Einblick in die Verhandlungspositionen nehmen konnten, wurde im Februar 2016 nach vielen Protesten –

auch vom Ältestenrat des Bundestages – ein TTIP-Leseraum im Bundeswirtschaftsministerium eingerichtet. Dort können jetzt die Bundestagsabgeordneten sowie die Mitglieder des Bundesrates und Mitarbeiter der Regierung die so genannten konsolidierten Verhandlungstexte einsehen, die aus den Textvorschlägen der Europäer und US-Amerikaner bestehen – allerdings unter strengen Auflagen. Es dürfen keine Kopien gemacht werden, nur handschriftliche Notizen. Der Raum darf maximal zwei Stunden genutzt werden und über die Verhandlungstexte dürfen die Abgeordneten nicht sprechen – noch nicht einmal mit ihren Mitarbeitern. Die Kritiker sind mit diesem Verfahren nicht zufrieden. „Eine Farce“, sei das, erklärt Christoph Lieven, TTIP-Experte von Greenpeace. Greenpeace Niederlande hatte im Mai 250 Seiten geheime Verhandlungsdokumente zu TTIP veröffentlicht, die der Umweltorganisation von einer ungenannten Quelle zugespielt worden waren. „Wie kann man solche schwierigen Texte im Juristen-Englisch in zwei Stunden verstehen?“, fragt Lieven. „Und wie soll man sich eine Meinung bilden, wenn man nicht mit anderen darüber sprechen darf?“ „Absurd“ nennt auch die Grünen-Abgeordnete Bärbel Höhn, die als eine der ersten den Leseraum im Wirtschaftsministerium besuchte, diese Restriktionen: „Solche komplizierten Verträge muss man mit Handels- und Völkerrechtsexperten diskutieren, ansonsten passiert es schnell, dass man Sachverhalte übersieht.“ Andere Abgeordnete weisen diese

Kritik als Mäkelei zurück. „Da wird doch nur ein Popanz und künstliche Empörung aufgebaut, statt sich inhaltlich mit dem Thema auseinanderzusetzen“, kritisiert Joachim Pfeiffer (CDU), der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.

Noch nie so transparent Noch nie ist ein Handelsabkommen so transparent verhandelt worden wie TTIP – dennoch wächst das Misstrauen weiter. Nur noch 17 Prozent sind nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung für das Handelsabkommen, vor zwei Jahren war noch eine Mehrheit von 55 Prozent für TTIP. Die Kritik der TTIP-Gegner ist offenbar in der Öffentlichkeit angekommen: 30 Prozent der Deutschen fühlen sich nicht ausreichend über das Abkommen informiert, jeder zweite fürchtet negative Folgen durch TTIP für den Verbraucherschutz.

Nach der Sommerpause gehen die Verhandlungen in die nächste Runde. EU und USA wollen TTIP bis zum Jahresende fertig aushandeln. Im Oktober soll zudem CETA, das entsprechende Abkommen mit Kanada und so etwas wie eine Blaupause für TTIP, unterzeichnet werden. Aber auch die Gegner machen bereits mobil: Für den 17. September sind Großdemonstrationen in sieben deutschen Großstädten geplant. Die Organisatoren erwarten insgesamt weit mehr als 100.000 Menschen – Deutschland steht wohl vor einem heißen TTIP-Herbst.

Stefan von Borstel |

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.



Greenpeace machte einige zuvor geheim gehaltene TTIP-Verhandlungsdokumente in einem gläsernen Leseraum am Brandenburger Tor öffentlich.

© picture-alliance/dpa

»Da wird doch nur ein Popanz und künstliche Empörung aufgebaut.«

Joachim Pfeiffer (CDU)

Es gibt noch viel zu tun

KORRUPTION Die Politik hat im Kampf gegen Bestechung und Bestechlichkeit Fortschritte erzielt

Es war ein Skandal, der ein deutsches Weltunternehmen an den Rand des Abgrunds brachte: Im November 2006 durchsuchten Staatsanwälte die Zentrale des Elektronikonzerns Siemens in München und deckten in der Folge ein weitverzweigtes Korruptionssystem in dem Vorzeigeunternehmen auf. Dem Konzern drohte nicht nur ein enormer Ansehensverlust und Milliardenstrafen, sondern auch der Verlust öffentlicher Aufträge und wichtiger Auslandsmärkte. Selbst die Zerschlagung oder feindliche Übernahme des taumelnden Elektronikriesen schienen möglich. Siemens entschloss sich zur kompromisslosen Aufklärung, tauschte die Unternehmensspitze aus und installierte ein umfassendes Überwachungs- und Compliance-System – und überstand die Krise.

Der Fall Siemens löste „eine Schockwelle in den Vorstandsetagen deutscher Unternehmen aus“, konstatiert die Antikorruptionsorganisation Transparency International. In Folge von Siemens ist in den Unternehmen die Bereitschaft gewachsen, sich mit dem Thema Korruptionsprävention auseinanderzusetzen. Dabei ist Korruption ein vielschichtiges Phänomen: Sie kann nicht nur Wirtschaft und Politik, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche erfassen. Sie reicht von Beste-

chung und Bestechlichkeit im eigenen Land und im internationalen Geschäftsverkehr bis zur Käuflichkeit in der Politik. Während viele Großunternehmen mittlerweile ausgeklügelte interne Kontrollmechanismen installiert haben hinkt der Mittelstand beim Bewusstseinswandel noch hinterher. Dabei gilt der Mittelstand doch als Rückgrat der deutschen Wirtschaft und ist durch seine Export-Aktivitäten stark im Ausland vertreten – und damit auch anfällig für die Versuchung, im Ausland mit Schmiergeld und Bestechung an Aufträge zu kommen.

Lange hielt sich in der Wirtschaft die Meinung: „In manchen Ländern muss man bestechen, wenn man überhaupt Geschäfte machen will.“ In vielen Ländern ist Korruption tief in der Geschäftskultur verwurzelt. In Nigeria und Kenia halten 90 Prozent der Manager Korruption bei Geschäften für üblich, in Ägypten sind es sogar 100 Prozent, ergaben Umfragen. Auch in Deutschland sah man das lange Zeit so: Im Ausland gezahlte Schmiergelder waren sogar von der Steuer absetzbar. Erst 1999 wurde das Verbot der Auslandsbestechung eingeführt, 2002 noch einmal ausgeweitet. So richtig mitbekommen haben dieses Verbot wohl viele Unternehmer erst mit der Korruptionsaffäre bei Siemens.

„Ein systematisches und umfassendes Risiko-Management muss endlich Eingang in die gelebte Unternehmenskultur finden“, fordert Transparency International. Aber auch die Politik ist gefragt. Von ihr verlangt die Antikorruptionsorganisation unter anderem, ein Bundeszentralregister mit Auftragsperre für korruptionsverdächtige Unternehmen einzuführen. Außerdem müssten Hinweisgeber aus den Unternehmen, die sogenannten Whistleblower, gesetzlich geschützt werden. Bislang müssen sie rechtliche Konsequenzen bis hin zur Entlassung fürchten, wenn sie Missstände in ihrem Unternehmen aufdecken.

Fortschritte Dabei bescheinigt die Organisation der deutschen Politik durchaus, im Kampf gegen die Korruption Fortschritte erzielt zu haben. „Deutschland hat in den letzten zwei Jahren einige Hausaufgaben in Sachen Korruptionsbekämpfung gemacht“, lobt die Anti-Korruptionsorganisation. So wurde die UN-Konvention gegen Korruption ratifiziert und die Strafen für die Bestechung von Mandatsträgern wurden verschärft. Als Erfolg werten die Antikorruptionskämpfer auch, dass Karenzzeiten für Politiker in hohen Regierungskämtern gesetzlich festgelegt wurden. Minister, parlamentarische Staatssekretäre und selbst

die Kanzlerin dürfen seitdem nicht mehr nach Belieben aus dem Amt zu Unternehmen oder Verbänden wechseln, sondern müssen ihre Absicht anzeigen und durch ein Gremium prüfen lassen, das die Bundesregierung berät.

Zudem trat im November 2015 das Gesetz zur Bekämpfung der Korruption in Kraft. In diesem April beschloss der Bundestag das Gesetz zur Korruption im Gesundheitswesen, mit dem die Bestechung und Bestechlichkeit von Angehörigen der freien Berufe im Gesundheitswesen künftig geahndet werden.

In dem jährlichen Korruptionsranking von Transparency International, das 168 Länder umfasst, konnte sich Deutschland in diesem Jahr denn auch vom 12. auf den 10. Platz verbessern. Unter den 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländern der Welt belegt Deutschland gar hinter Kanada den zweiten Platz. Auf den letzten Plätzen liegen dagegen Somalia, Nordkorea und Afghanistan.

svb |

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige



Deutscher Bundestag



Deutsch-Französischer Parlamentspreis ausgeschrieben

Der Deutsche Bundestag und die Assemblée nationale verleihen alle zwei Jahre den Deutsch-Französischen Parlamentspreis für wissenschaftliche Arbeiten, die zu einer besseren gegenseitigen Kenntnis der beiden Länder beitragen.

Um die mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung können sich deutsche und französische Staatsbürgerinnen und -bürger bewerben, die ein juristisches, wirtschafts-, sozial-, politik- oder anderes geisteswissenschaftliches Werk verfasst haben, das als selbständige Veröffentlichung erschienen ist.

Bewerbungsschluss ist der 16. September 2016.

Weitere Informationen zum Preis und zu den Bewerbungsvoraussetzungen finden Sie unter: www.bundestag.de/deutsch-franzoesischer-preis

Kontakt:
Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste
Fachbereich WD 1
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-38630; Fax: +49 30 227-36464
E-Mail: deutsch-franzoesischer-preis@bundestag.de



Magdeburg, 21. Januar 2016: Während einer Demonstration der rechtspopulistischen Partei AfD werden eine Redakteurin und ein Kameramann des Mitteldeutschen Rundfunks aus der Menge heraus mit Pfefferspray angegriffen und müssen medizinisch versorgt werden. Dies ist nur ein Beispiel für die drastisch steigende Zahl von Übergriffen, Drohungen und Beleidigungen gegen Journalisten in Deutschland in den vergangenen Jahren. Mindestens 39 gewalttätige Angriffe zählte die Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ im Jahr 2015.

Leipzig, 11. Januar 2016: Während einer Pegida-Kundgebung schürt Pegida-Frontfrau Tatjana Festerling die aggressive Stimmung gegen Journalisten und andere Vertreter des öffentlichen Lebens: „Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wäre, dann würden sie zu Mistgabeln greifen und diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen und aus den Presshäusern prügeln.“

Pressefreiheit Nicht zuletzt wegen der sprunghaft angestiegenen Zahl von verbalen und gewalttätigen Angriffen auf Journalisten stufte die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ Deutschland in ihrer Rangliste der Pressefreiheit in diesem Jahr von Platz 12 auf Platz 16 herab – obwohl sie das Arbeitsumfeld für Journalisten hierzulande insgesamt als „gut“ bewertet: „Im weltweiten Vergleich stehen auf den oberen Plätzen der Rangliste der Pressefreiheit 2016 ausschließlich Länder mit demokratisch verfassten Regierungen, in denen die Gewaltenteilung funktioniert. In diesen Ländern sorgt eine unabhängige Gerichtsbarkeit dafür, dass Mindeststandards tatsächlich von Gesetzgebung und Regierung respektiert werden“, heißt es in der Erklärung. Dazu zählt Reporter ohne Grenzen die meisten Staaten der Europäischen Union, unter denen Deutschland einen mittleren Platz einnehme.

Es ist ein Paradox: Während in Diktaturen und autoritären Systemen die Presse unter staatlichen Repressalien leidet, bekommen im demokratischen Deutschland die Journalisten das Arbeitsleben ausgerechnet aus den Reihen des Volkes schwer gemacht. „Lügenpresse“ schallt es ihnen auf den Veranstaltungen von Pegida, AfD und rechtsextremem Gruppierungen entgegen. Die Presse steht kollektiv im Verdacht, das Volk vorsätzlich zu belügen. Sei es, weil sie mit den politischen Führern des Landes unter einer Decke stecken sollen oder von denen gesteuert würden. Vom „Mainstream-Journalismus“ und der „System-Presse“ ist die Rede, die abweichende Meinungen angeblich nicht zulassen oder mundtot machen. Beschimpfungen und der Vorwurf der Lüge oder zumindest der Tatsachenverdrehung sind Journalisten in Deutschland allerdings seit jeher vertraut. Spitzenpolitiker waren stets wenig zimperlich, wenn ihnen der Tonfall der Berichterstattung nicht gefiel: „Jaulende Hunde“ (Franz-Josef Strauß, CSU), „Wegelagerer“ (Helmut Schmidt, SPD), „Gesinnungsjournalisten“ (Helmut Kohl, CDU), „journalistische Todesschwadronen“ (Otto Graf Lambsdorff, FDP) und „Fünf-Mark-Nutzen“ (Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen) sind nur einige Beispiele der Schmähungen, die zugleich zeigen, dass die vermeintliche Kumpanei von Journalisten und Politikern wenig überzeugend ist. Zuletzt beschimpfte SPD-Chef Sigmar Gabriel den ZDF-Journalisten Marietta Slomka und Bettina Schauten, sie würden „Blödsinn“ und „Quatsch“ sagen, Sozialdemokraten in Interviews „die Worte im Munde verdrehen“ oder falsche Behauptungen aufstellen.

Besser als der Ruf

MEDIEN Das Wort von der Lügenpresse geht durchs Land. Doch ein Ausdruck für einen allgemeinen Vertrauensverlust in den Journalismus ist das nicht



Gemeinsam am Pranger: Journalisten und Politiker werden auf Kundgebungen von Pegida meist in einem Atemzug beschimpft.

© picture-alliance/dpa

Besonders gut ist es um das Ansehen von Journalisten in der Bevölkerung bestellt. Bei Umfragen nach den angesehensten Berufen landen sie zusammen mit Politikern in schöner Regelmäßigkeit im Tabellenkeller (siehe Grafik Seite 1). Dies ist jedoch nicht zu vergleichen mit dem derzeitigen Maß an Aggression gegenüber der Presse.

Selbstkritik Umgekehrt hat diese Entwicklung durchaus zu einer selbstkritischen Reflexion in den Medien geführt. So übte der

ARD-Programmbeirat im Sommer 2014 heftige Kritik an der Berichterstattung des Senders über die Ukraine-Krise. Diese habe „teilweise den Eindruck der Voreingenommenheit erweckt“ und „tendenziell gegen Russland und die russische Positionen gerichtet“ sei. Die damalige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linksfaktion, Sahra Wagenknecht, nutzte die Mahnung des Programmbeirates dann auch, um die kritische Haltung der Linken gegenüber der Politik von EU und USA in der Ukraine-Krise zu unter-

mauern: Die ARD berichte „unausgewogen und tendenziös“, missbrauche damit „eklatant ihren Informationsauftrag“ und mache sich „zum Handlanger politischer Interessen“. Auch der Vize-Vorsitzende der AfD, Alexander Gauland, griff die Geschichte auf und münzte sie zu einem generellen Angriff auf den öffentlichen-rechtlichen Rundfunk: Dies sei „ein schönes Beispiel dafür, wie unser Rundfunkbeitrag für politische Zwecke missbraucht wird“. ARD-Chefredakteur Thomas Baumann wies den Vorwurf der einseitigen und ten-

denziösen Berichterstattung zwar umgehend zurück, aber da das Urteil des Programmbeirates die Beschwerden vieler Zuschauer bestätigt hatte, wog es um so stärker. Das Beispiel der Berichterstattung über die Ukraine-Krise wird denn auch von Medienwissenschaftlern immer wieder als eine der Ursachen für das Misstrauen gegenüber der Presse angeführt.

Kritik aus den eigenen Reihen der Medienlandschaft hatte es zuvor aber auch schon im Fall der Berichterstattung in den Affären um Verteidigungsminister Karl-Theodor zu

Guttenberg (CSU) Bundespräsident Christian Wulff (CDU) in den Jahren 2011 und 2012 gegeben. Vor allem nach dem Rücktritt Wulffs bemängelten Medienwissenschaftler wie Norbert Bolz und Journalisten wie Hans Leyendecker von der „Süddeutschen Zeitung“, dass es in den Medien zu einer Art „Skandalierungsexzess“ gekommen sei. Teilen der Bevölkerung stieß zudem der Umgang der Presse mit dem beliebten CSU-Mann zu Guttenberg übel auf: Da werde eine „guter Mann“ wegen ein paar Fußnoten in seiner Doktorarbeit fertigemacht, hieß es in vielen Kommentaren im Internet.

Der Vorwurf der gezielten „Medienkampagne“, die ansonsten eher aus dem politischen Raum gegen die Presse erhoben wird, wog auch deshalb so viel, weil Wulff und zu Guttenberg in den Jahren zuvor als ausgemachte Lieblinge der Medien galten. Am Ende stand das Bild einer Presse, die über die Macht verfügt, Politiker-Karrieren zu beflügeln und ebenso wieder zu zerstören – und sei es nur aus ökonomischen Gründen im Kampf um Auflagen.

Mangelnde Vielfalt Dass die wirtschaftliche Situation der Medien sich negativ auf die Qualität des Journalismus auswirkt, wird indes seit Jahren diskutiert und auch von Chefredakteuren immer wieder kritisch angemerkt. Auch „Reporter ohne Grenzen“ mahnte Anfang des Jahres an, dass der Trend zur Zusammenlegung von Zeitungs-Redaktionen aus Spargründen auch 2015 anhalte. Dies habe zur Folge, dass „Pressevielfalt oft nur noch bei Titel und Layout besteht, nicht aber bei Inhalt und Ausrichtung der Zeitungen“. Doch genau diese Vielfalt in der Medienlandschaft wäre nötig, um dem Vorwurf des „Mainstream-Journalismus“ begegnen zu können.

Solche Entwicklungen und journalistische Fehlleistungen können Misstrauen und Vorbehalte in der Bevölkerung erklären, aber sicherlich nicht den Pauschalvorwurf von der „Lügenpresse“ und gewalttätige Übergriffe auf Journalisten. Die Kommunikationswissenschaftler Carsten Reimann und Nayla Fawzi zweifelten Anfang des Jahres in einem Beitrag für den „Tagesspiegel“ sogar an, ob es überhaupt eine Vertrauenskrise für die Medien gebe. Eine Auswertung von Umfragedaten über einen längeren Zeitraum zeige, dass ein Großteil der Deutschen der Presse schon seit Jahrzehnten eher skeptisch gegenüberstehe, Zeitungen und Fernsehen seit Etablierung des Internets an Vertrauen gewinnen konnten und „die deutschen Medien im internationalen Vergleich ein hohes Maß an Vertrauen genießen“.

Als die ZDF-Journalistin Dunja Hayali sich im Januar mit kritischen Zuschauern traf, um den Ursachen für den Lügenpressen-Vorwurf auf den Grund zu gehen, wurde ihr unter anderem entgegen gehalten, dass sich die Medien auf zu wenige Themen wie Flüchtlinge, Ukraine- oder Euro-Krise konzentrieren würden. Die Probleme der Menschen in Deutschland hingegen würden zu oft ignoriert. Diese Kritik deckt sich zumindest mit der Beobachtung, dass Beschimpfungen und Pöbeleien gegen Journalisten und Politiker meist in einem Atemzug ausgestoßen werden. Beide Gruppen seien „Volksverräter“. Streicht man das nationalsozialistische Vokabular weg, so bleibt der Vorwurf, dass Journalisten wie Volksvertreter die Probleme des kleinen Mannes aus den Augen verloren haben.

Es ist kein Zufall, dass die massive Zunahme an Übergriffen gegen Journalisten zeitlich exakt mit den ersten Pegida-Demonstrationen im Oktober 2014 zusammenfallen. Das Wort „Lügenpresse“ ist eben nicht Ausdruck eines generell gesunkenen Vertrauens in den Journalismus, sondern ein Kampfbegriff am rechten Rand. Alexander Welein

Anzeige



Deutscher Bundestag

Medienpreis Politik des Deutschen Bundestages ausgeschrieben

Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag einen Medienpreis Politik. Dieser würdigt hervorragende publizistische Arbeiten – sei es in Tages- oder Wochenzeitungen, in regionalen oder überregionalen Medien, in Printmedien, Online-Medien oder in Rundfunk und Fernsehen –, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen. Die Auszeichnung ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen.

- Der eingereichte Beitrag muss zwischen dem 1. Oktober 2015 und dem 30. September 2016 erschienen sein. Einsendeschluss ist der 7. Oktober 2016.
- Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt.
- Dem Bewerbungsschreiben sind zehn Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit bzw. Arbeiten und ein Lebenslauf des Autors bzw. Lebensläufe der Autoren beizufügen.

Die Auswahl der Preisträgerin oder des Preisträgers erfolgt durch eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Medienpreis Politik
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: +49 30 227-38630; Fax: +49 30 227-36464
E-Mail: medienpreis-politik@bundestag.de
Internet: www.bundestag.de/medienpreis



Wer glaubt noch an den Mann im Mond?

VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN Sie beflügeln die Fantasie der Menschen, dienen aber auch als Mittel der Propaganda

Seine Bücher haben ein Abonnement auf die ersten Plätze der Bestsellerlisten weltweit. Mit seinem in 35 Ländern erschienenen Thriller „The Da Vinci Code“ (Deutsch: „Sakrileg“) avancierte er zu einem der erfolgreichsten Schriftsteller aller Zeiten – und dies obwohl seine literarischen Fähigkeiten bei Kritikern alles andere als hoch eingeschätzt werden. Und doch erfreuen die Bücher von Dan Brown ein dreistelliges Millionenpublikum.

Das Erfolgsgeheimnis des amerikanischen Schriftstellers ist einfach. Es lautet: Verschwörungstheorien. Sei es nun die Geheimgesellschaft Prieuré de Sion, die seit Jahrhunderten angeblich das Geheimnis über die leiblichen Nachfahren von Jesus Christus hütet, das vermeintliche Wissen der Freimaurer oder der Kampf der Illuminaten gegen die katholische Kirche im Kampf um die Welterschaft: Brown bedient sich gekonnt an der breiten Palette wilder Theorien über geheime Mächte, die die Geschehnisse der Menschheit beeinflussen, sind diese weiter und präsentiert sie in einer spannungsreichen Handlung. Ob man Browns Büchern etwas abgewinnen kann oder nicht, der Amerikaner hat das Wesen einer guten Verschwörungstheorie verstanden: Sicher geglaubtes Wissen wird durch eine in sich schlüssige Ge-

schichte komplett auf den Kopf gestellt, garniert mit Halbwahrheiten und Fakten, die Glaubwürdigkeit verleihen.

„Wir leben eben in einer Gesellschaft, in der kein Gesetz verbietet, mit der Verbreitung von Unwissen oder in manchen Fällen Dummheit, Geld zu verdienen.“ So antwortete der amerikanische Schauspieler und Hauptdarsteller im Film „Apollo 13“, Tom Hanks, auf die Frage: „was er von den Verschwörungstheorien halte, dass die Mondlandung im Jahr 1969 nie stattgefunden habe. Er bezog sich damit unter anderem auf seinen Landsmann Bill Kaysing, der 1976 mit seinem Buch „We Never Went to the Moon“ einige Berühmtheit erreichte.“

Antisemitismus Verschwörungstheorien sind jedoch bei weitem nicht nur ein unterhaltsames und lukratives Geschäft, sondern ein gefährliches Mittel der politischen Propaganda. Der Philosoph Karl Popper definierte den Begriff Verschwörungstheorie 1945 in seinem Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ als Versuch, soziale Phänomene und historische Ereignisse durch den Nachweis zu erklären, „dass gewisse Menschen oder Gruppen an dem Eintreten dieses interessiert waren und dass sie konspiriert haben, um es herbeizufüh-

ren.“ In diese Kategorie fallen etwa die sogenannten „Protokolle der Weisen von Zion“. Diese erstmals 1903 in Russland erschienene Schrift gibt vor, geheime Dokumente eines Treffens jüdischer Verschwörer zu sein. Obwohl die Protokolle bereits 1921 in der Londoner „Times“ als Fälschung entlarvt worden waren, wurden und werden sie bis heute von Antisemiten in aller Welt für ihre Ziele missbraucht. Im nationalsozialistischen Deutschland wurden sie immer wieder als Beleg für die These von der jüdischen Weltverschwörung abgedruckt. Und selbst die palästinensische Terrororganisation Hamas beruft sich in ihrer Gründungscharta von 1988 an mehreren Stellen ausdrücklich auf die Protokolle, um vor den vermeintlichen Gefahren des „Weltjudentums“ zu warnen. Heute stellt das Internet den idealen Geburts- und Verbreitungsort für Verschwörungstheorien aller Art dar. Unzählige ranken sich etwa um die Terrorangriffe vom 11. September 2001, die von der US-Regierung selbst initiiert worden seien, um ihren Krieg gegen das Regime von Iraks Diktator Saddam Hussein zu legitimieren. Solche Theorien klingen für viele Menschen schon deshalb so glaubwürdig, da die Administration von US-Präsident George W. Bush in der Tat keine Hemmungen hatte,

ihre „Beweise“ über irakische Massenvernichtungswaffen zu manipulieren.

Pearl Harbor Die Verschwörungstheorien um den 11. September knüpfen zudem nahtlos an ähnliche Theorien über den japanischen Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 an. Die amerikanischen Geheimdienste und die Regierung hätten vorab um den Angriff auf die US-Pazifikflotte gewusst und nur deshalb keine Gegenmaßnahmen ergriffen, um in der Bevölkerung, die einen Krieg gegen das expandierende Japan mehrheitlich ablehnte, die nötige Kriegsbegeisterung zu schüren. Verschwörungstheoretiker können allerdings auch immer wieder auf ähnliche wahre Begebenheiten in der Geschichte verweisen. So ließ Adolf Hitler Ende August 1939 einen Angriff polnischer Soldaten auf den Sender Gleiwitz durch Angehörige der SS fingieren, um den Überfall auf Polen zu legitimieren. aw

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Bundespräsident Christian Wulff (CDU) geriet wegen der Finanzierung seines Privathauses sowie umstrittener Kontakte medial so unter Druck, dass er schließlich im Februar 2012 von seinem Amt zurücktrat.

© picture-alliance/dpa

Ungewollte Nebenwirkungen

SKANDALISIERUNG Mediale Übertreibungen können das Vertrauen in politische Systeme untergraben

Skandale fördern den Glauben an die Selbstreinigungskräfte der Gesellschaft, lautet die zentrale Behauptung der einflussreichsten Skandaltheorie. Die empirischen Daten sprechen eine andere Sprache. Seit den 1970er Jahren hat in Deutschland die Zahl der Skandale erheblich zugenommen, während das Vertrauen in die Politik, die Kirchen, die Wirtschaft, die Justiz und andere Institutionen geschwunden ist. Wie lässt sich das erklären? Antworten geben Analysen der Unterschiede zwischen skandalisierten und nicht-skandalisierten Missständen; der Entwicklung der Häufigkeit von Missständen und Skandalen; der Mechanismen erfolgreicher Skandalisierungen sowie der Wirkung von Skandalberichten auf die Realitätsvorstellungen der Bevölkerung. Sie führen zu der Frage: Wie steht es um das Verhältnis von Ursachen, Mechanismen und Folgen von Skandalisierungen?

Merkmale Skandale beruhen auf der Empörung über tatsächliche oder vermeintliche Missstände. Ihr Ziel sind Aktionen auf Grundlage von Emotionen. Skandale weisen sechs Merkmale auf. Erstens: Bei dem skandalisierten Missstand werden Normen und Werte verletzt. Die sind verschieden. Deshalb konnte Gerhard Schröder (SPD) 1998 trotz einer relativ kurz zurückliegenden außerehelichen Affäre Bundeskanzler werden, während Bob Dole 1996 als US-Präsidentenskandidat in einem Skandal unterging, weil er 24 Jahre vorher eine außereheliche Affäre hatte. Zweitens: Der Missstand wurde durch Menschen verursacht. Ist er die Folge eines natürlichen Ereignisses oder Zufalls, wird er nicht zum Skandal.

Deshalb konnte in Deutschland der Reaktorunfall in Fukushima zum Skandal werden, nicht aber der Tsunami, obwohl er weit mehr Menschenleben gekostet hat. Drittens: Die Verursacher der Schäden haben tatsächlich oder vermeintlich aus eigennützigen Motiven gehandelt. Deshalb wurde das finanzielle Gebahren von Bundespräsident Christian Wulff (CDU) zu einem Skandal, nicht aber das weitaus bedeutendere Versagen von Aufsichtsrat und Geschäftsführung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH.

Viertens: Die Verursacher hätten anders handeln können. Deshalb wurde 1993 der von einem Mitarbeiter Chemie-Unfall bei der Hoechst AG zu einem Skandal, obwohl es weder Tote noch Verletzte gab, nicht aber der Unfall einer Lufthansa-Maschine in Warschau im selben Jahr als Folge von

Scherenwinden, obwohl er zwei Menschenleben kostete. Fünftens: Die Medien stellen das Geschehen sehr intensiv und weitgehend übereinstimmend dar. Nur dann erreichen die Berichte sehr viele Menschen, erscheinen ihnen bedeutsam und rufen Empörung hervor. Deshalb führte die Anprangerung des Plagiats von Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) zu einem Skandal, die diffuse Kritik an den pädophilen Selbstbekenntnissen von Daniel Cohn-Bendit (Grüne) dagegen nicht. Sechstens: Weil sich die Skandalisierten schuldig gemacht haben, müssen sie büßen. Die Größe und die Evidenz des Missstandes spielt dabei keine Rolle. Deshalb musste Sebastian Edathy (SPD) sein Bundestagsmandat aufgeben, während Cohn-Bendit den Theodor-Heuss-Preis erhielt.

Missstände Den meisten Skandalen liegen tatsächlich Missstände zugrunde, aber nicht alle Missstände werden zu Skandalen. Die größten Umweltskandale gibt es in Staaten, in denen die Umwelt am wenigsten geschädigt ist – den westlichen Industrienationen. Die größten Umweltschäden gibt es in Staaten, in denen es kaum oder keine Umweltskandale gibt – in den Ländern der Dritten Welt und China. Zum gleichen Ergebnis führt eine chronologische Betrachtung: Die größten Umweltschäden gab es in Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren, aber damals gab es keine Umweltskandale. Die meisten Umweltskandale gab es in den 1980er und 1990er Jahren als die Umweltbelastung bereits wesentlich geringer war. Das trifft in ähnlicher Weise auf politische Skandale zu. Sie häufen sich nicht in den Staaten mit den größten politischen Missständen, sondern in

Den meisten Skandalen liegen tatsächlich Missstände zugrunde.

den Ländern mit den effektivsten und transparentesten politischen Institutionen. Daraus folgt: Es gibt einen kategorialen Unterschied zwischen Missständen und Skandalen. Deshalb kann man weder von der Größe der Missstände auf die Größe der Skandale schließen, noch von der Größe der Skandale auf die Größe der Missstände. Das führt zu der Frage: Wie werden aus Missständen Skandale?

Dramatisierungen Fast alle Skandale beruhen auf Übertreibungen. Dazu gehören Schmähbegriffe zur Herabsetzung der Skandalisierten („Protz-Bischof“); Horror-Etiketten zur Erregung von Ekel und Empörung („Gammelfleisch“); Katastrophensuggestionen durch die Darstellung großer Schäden ohne Erwähnung ihrer geringen Wahrscheinlichkeit (BSE/Rinderwahn); Ka-

tastrophen-Collagen durch nicht relativierte Vergleiche kleiner Schadenfälle mit Extremfällen (AKW Krümmel mit Tschernobyl) und Schuld-Stapelungen durch Reihung scheinbar ähnlicher Vorkommnisse, die alleine betrachtet nicht beachtenswert wären (Wulff). Was ist die Ursache solcher Übertreibungen? Liegt es an einer Neigung von Journalisten zu Übertreibungen? Auskunft gibt eine Befragung von Redakteuren bei Tageszeitungen. Nur ein Viertel fand überspitzte Darstellungen akzeptabel. Eine allgemeine Neigung zur Dramatisierung besteht folglich nicht. Für etwa die Hälfte waren überspitzte Darstellungen „in Ausnahmefällen vertretbar“. Der mit Abstand am meisten genannte Grund war „die Beseitigung eines Missstandes“ – und genau darum geht es bei einem Skandal. Bei der Skandalisierung von Missständen halten etwa 70 Prozent Übertreibungen für vertretbar.

Nebenfolgen Die Bereitschaft zu Übertreibungen beruht auf einer Kette unausgesprochener Annahmen: Der Missstand muss tatsächlich so schwerwiegend sein, wie er den Journalisten erscheint. Das ist oft nicht der Fall. Seine publizistische

Übertreibung muss die beabsichtigten Folgen besitzen. Das ist oft nicht vorhersehbar. Die Folgen müssen allgemein als positiv gelten. Das trifft oft nicht zu. Die Übertreibung darf keine unbeabsichtigten negativen Nebenfolgen besitzen. Das ist aber häufig der Fall. Zu den Nebenfolgen gehören die Irreführung des Publikums durch die übertriebene Darstellung von Gefahren, etwa durch Arznei- und Lebensmittel; die Verhaltenskonsequenzen solcher Irreführungen – emotionale Reaktionen wie die Nichteinnahme verschriebener Medikamente – sowie die gesundheitlichen und finanziellen Kosten der Verhaltenskonsequenzen.

In Deutschland erlitten aufgrund der Nichteinnahme von Psychopharmaka nach skandalisierenden Medienberichten etwa 28.000 Kranke in postklinischer Behandlung schwere Rückfälle; aufgrund falscher und übertriebener Warnungen brach beim EHEC-Skandal der Markt für mehrere Gemüsesorten ein und bedrohte die Existenz zahlreicher Landwirte, die die EU mit 227 Millionen Euro stützen musste. Zu den Nebenwirkungen dramatisierender Schadensdarstellungen gehören fragwürdige politische Entscheidungen wie der planlose Ausstieg aus der Kernenergie aufgrund ihrer

Skandalisierung nach der Katastrophe bei Fukushima; fragwürdige juristische Praktiken wie das Ermittlungsverfahren gegen Wulff, das ihn als Verlierer zurückließ, obwohl er freigesprochen wurde; schwindendes Institutionenvertrauen in Deutschland und den USA im Gefolge der zunehmenden Skandalisierung von Politikern. Das kann man nicht zweifelsfrei beweisen. Man kann aber ausschließen, dass die Skandalisierung von Politikern, wie einige Theoretiker meinen, das Vertrauen in politische Systeme stärkt.

Demokratie Unter welchen Voraussetzungen ist die Skandalisierung von Missständen sinnvoll und wann ist sie fragwürdig? Für ein rationales Urteil muss man zwei Faktoren beachten – das Ausmaß der skandalisierten Missstände und die Größe der negativen Nebenfolgen ihrer Skandalisierung. Dabei gilt: Je größer die Missstände sind, desto verdienstvoller ist ihre Skandalisierung. Je größer die negativen Nebenfolgen sind, desto fragwürdiger ist sie. Betrachtet man auf der Grundlage dieser Annahmen die Entwicklung der Häufigkeit und Größe von Skandalen, kann man feststellen: Erstens, je größer Missstände im

Laufe der Zeit werden und je geringer die Nebenfolgen sind, desto verdienstvoller ist ihre Skandalisierung. Ein Beispiel sind die zunehmenden Umweltschäden in den 1950er und 1960er Jahren und ihre Skandalisierung. Zweitens, je kleiner Missstände im Laufe der Zeit werden und je größer die Nebenfolgen sind, desto fragwürdiger ist ihre Skandalisierung. Dabei kann ein Punkt erreicht werden, bei dem der Schaden der Nebenfolgen einer Skandalisierung größer ist als der Nutzen der Beseitigung der Missstände. Dieser Punkt ist in Deutschland unter anderem bei den meisten Umwelt-, Lebensmittel- und Pharmaskandalen längst überschritten. Das gilt auch für die meisten politischen Skandale. Deshalb sind die auf starke Emotionen und direkte Aktionen zielenden Skandalisierungen in entwickelten Demokratien nicht die Krönung des auf Informationen und Aufklärung setzenden investigativen Journalismus. Sie sind allenfalls frag- und begründungswürdige Ausnahmen. *Hans Mathias Kepplinger*

Der Autor ist Professor für Kommunikationswissenschaften am Institut für Publizistik in Mainz.

Mit positiven Botschaften punkten

NACHRICHTEN Neue journalistische Konzepte setzen auf Hintergründe und Lösungsvorschläge statt Schwarzmalerei

Journalisten lernen in der Ausbildung kritische Distanz und Skepsis. Sie sollen Situationen, Entwicklungen, Regeln, Personen oder Institutionen hinterfragen und, falls ein Problem deutlich wird, dieses pointiert darstellen. Die Zuspitzung verfolgt das Ziel, mögliche Missstände klar aufzuzeigen. Daraus entsteht eine Flut an schlechten Nachrichten, die aufs Gemüt schlagen können, zumal der nachrichtliche Dauerregen mit dem Internetangebot weder zeitliche noch thematische Grenzen kennt. Reißeisige Überschriften, maßlose Übertreibungen, einseitige Darstellungen und falsche Behauptungen können dazu beitragen, dass Menschen sich deprimiert und unsicher fühlen. Gerade in Zeiten mit vielen Terroranschlägen oder anderen größeren Krisen sind diese Folgewirkungen nicht zu unterschätzen. Nach Ansicht der Psychologin Elisabeth Raffauf, die auch als Beraterin für die Nachrichtenredaktion des Kinderkanals (Kika/logo) arbeitet, führt die Präsentation schlechter Nachrichten aber nicht per se dazu, dass Menschen depressiv werden. Jedoch könne die Anhäufung schlechter Nachrichten bei Menschen, die ohnehin depressiv seien oder zu Depressionen neigen, eine Verstärkung bewirken. Auch könnten sich Menschen mit traumatischen Erfahrungen bei bestimmten Nachrichten zurückversetzt fühlen in

ihre persönliche Krisenzeit, so beispielsweise frühere Anschlagsoffer. Weil die nachrichtliche Berichterstattung in der Tendenz negativ ist, gibt es schon länger Überlegungen, positive Nachrichten gezielt dagegen zu setzen. Die Konzeptidee lautet Konstruktiver Journalismus und stammt aus Skandinavien. Jüngstes Beispiel ist die deutsche online-Plattform „Perspective Daily“, die ihren Lesern und Investoren verspricht, nicht nur Probleme aufzuzeigen, sondern gleich auch Lösungsmöglichkeiten anzubieten. In einer Selbstdarstellung auf Youtube beklagen die Initiatoren: „Überall auf der Welt gibt es Fortschritte, aber wir erfahren wenig darüber. Denn reißeisige Schlagzeilen bringen mehr Aufmerksamkeit.“ Und weiter: „Viele von uns werden pessimistisch und zynisch, statt sich für die Lösungen der Herausforderungen einzusetzen.“

Die Macher werben mit Fakten, Hintergründen und Vorschlägen. So stehe im Zentrum der journalistischen Fragestellung: „Wie kann es weitergehen? Wie kann es besser werden?“ Mit Wohlgefühl-Nachrichten habe das freilich nichts zu tun. Studien hätten gezeigt, dass Texte, in denen verschiedene Lösungen diskutiert werden, „zu mehr Interesse führen, positive Emotionen erzeugen und eine erhöhte Handlungsbereitschaft generieren können“. Kri-

tiker bezweifeln allerdings, dass mit diesem Konzept der Nachrichtenjournalismus wirklich sinnvoll weiterentwickelt werden kann. Die ersten Berichte von „Perspective Daily“ fielen nach Ansicht von Medienbeobachtern eher klassisch und wenig innovativ, mitunter bemüht aus. Zudem beinhaltet auch der herkömmliche Journalis-

mus natürlich „gute Nachrichten“ und auch Ideen, wie gesellschaftliche Probleme gelöst werden könnten. Die Psychologin Raffauf kann das Bedürfnis nach guten Nachrichten nachvollziehen. „Es tut natürlich unserer Seele gut, etwas Positives zu hören. Man kann aber nicht alles positiv verpacken, weil so das Leben eben nicht ist.“ Ihrer Ansicht nach sollten Aufbereitung und Einordnung von Nachrichten verbessert werden. Dabei sollten die Nachrichten auch besser erklärt werden. Das wirke beruhigend und habe sich bei den sehr gut gemachten Kinder Nachrichten bewährt. Generell sei es sinnvoll, sich mehr Zeit zu nehmen, um darüber nachzudenken, wie Nachrichten präsentiert werden sollten, um die Botschaften nicht zu dramatisieren. Denn letztlich müssten schlechte Nachrichten in den Medien aus persönlicher Sicht stets relativiert werden. So sei die ohnehin geringe Wahrscheinlichkeit, vom Blitz getroffen zu werden, noch höher, als Opfer eines Amoklaufs zu werden. *Claus Peter Kosfeld*



Die Initiatoren von „Perspective Daily“

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Nein? Doch! Ohh!

Côte d'Azur, Saint Tropez, Cannes, Nizza – beim Klang dieser Namen ziehen klassische Motorjachten vor dem inneren Auge ihre Bahn durch das blaue Wasser, an den weißen Sandstränden räkeln sich junge Frauen unter der heißen Mittelmeersonne, deren betörend knappen Bikinis betörende Ausblicke auf ihre ebenso betörenden Körper gewähren. Und irgendwo zwischen Palmen und Pinienväusen wuselt ein kleiner Provinz-Gendarm aufgeregt hin und her und wacht sittenstreng mit dem Fernglas an den Augen darüber, dass die Damen sich nicht auch noch des wenigsten Stoffes entledigen, der ihre betörendsten Stellen verdeckt. „Nein? Doch! Ohh!“

Mitte der 1960er Jahre strapazierte Louis de Funès als „Gendarm von Saint Tropez“ mit seiner irren Jagd auf Nudisten an Südfrankreichs Stränden das Zwerchfell der Kinobesucher. 50 Jahre später sind die Gendarmen an den Stränden der französischen Riviera wieder auf der Jagd nach sündigen Frauen. „Nein? Doch! Ohh!“ Diesmal sind es jedoch nicht leichtbekleidete Schönheiten, die die Moralwächter ins Schwitzen bringen, sondern Frauen, die ihren Körper entgegen der freizügig-französischen Lebensart partout nicht enthüllen wollen. Komplette bekleidete Frauen im Land der Liebe und des „Savoir vivre“? „Nein? Doch! Ohh!“

38 Euro kann es eine muslimische Frau in Nizza kosten, wenn sie sich in diesen Tagen in einem Burkini in das Strandvergnügen wagt. Oder, wie es in der Verordnung heißt, Kleidung trägt, „die eine Religionszugehörigkeit offen zur Schau stellt in einer Zeit, in der Frankreich das Ziel terroristischer Anschläge ist“. Terroristen tragen Burkini? „Nein? Doch! Ohh!“ *Alexander Weinlein*

VOR 30 JAHREN...

Plenarsaal im Pumpenhaus

9.9.1986: Bundestagspremiere im Wasserwerk. Plötzlich Hinterbänkler. Als der Bundestag am 9. September 1986 erstmals im Bonner Wasserwerk tagte, hatten einige Abgeordnete ein Problem: Außer für die Fraktionsspitze waren keine Sitze reserviert. Wer spät kam, musste hinten Platz nehmen, manche sogar auf Klappstühlen. Auch die gewohnten Pulte gab es nicht an jedem



Das Alte Wasserwerk der Stadt Bonn auf einer Aufnahme von 1989

Platz. So funktionierte etwa Otto Graf Lambsdorff (FDP) seinen Aktenkoffer um und benutzte ihn auf den Knien liegend als Schreibunterlage. Dennoch gewann das Parlament seinem Ausweichplenaarsaal viel Gutes ab.

Der vorübergehende Umzug des Bundestags war nötig geworden, weil der 1949 errichtete Bonner Plenarsaal dringend saniert werden musste. Als Ersatzquartier wurde das Pumpenhaus eines stillgelegten Wasserwerks im Regierungsviertel ausserkoren. Korrespondenten lobten den neugotischen Bau von 1875 als einen der „originellsten, wenn nicht sogar einen der schönsten Parlamente der Welt“ oder machten wegen des Lichts, das durch die Rosettenfenster fiel, „eine leicht sakrale Atmosphäre“ aus. Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hoffte indes in seiner Eröffnungsrede, dass die Enge – das Pumpenhaus war nur halb so groß wie der alte Plenarsaal – dazu beiträgt, „die Debatten lebendiger zu führen“. Zumindest an historischen Ereignissen mangelte es in den sechs Jahren im Wasserwerk nicht. 1990 verabschiedete das Parlament dort den Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR. 1991 folgte die Entscheidung für den Umzug nach Berlin. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: HINTER DEN KULISSEN DES BUNDESTAGS



Hinter der Tagesordnung einer Bundestagsitzung steckt ein komplexer Abstimmungsprozess.

Tagesordnung im Reißverschlussverfahren

Die parlamentarische Sommerpause neigt sich dem Ende zu, am 6. September startet der Bundestag wieder in den Sitzungsbetrieb. Los geht es mit der Haushaltswoche. Doch wer entscheidet eigentlich, über welche Themen das Parlament debattiert? Wie kommt die Tagesordnung des Bundestags zustande? Dahinter steckt eine komplexe Choreografie. Bevor der Bundestagspräsident eine Plenarsitzung eröffnen kann, wird hinter den Kulissen über den Ablauf diskutiert. Festzulegen sind Themen, Reihenfolge, Länge der Redezeiten und auch, in welche Ausschüsse Gesetzentwürfe und Anträge zur Beratung überwiesen werden. Das Ziel ist eine Gestaltung der Tagesordnung im Konsens. Das klappt nicht immer, aber meistens. Ein Streit über die Tagesordnung in Form einer Geschäftsordnungsdebatte im Plenum ist die Ausnahme. „Auf die ganze Legislaturperiode hochgerechnet sind es höchstens zehn bis fünfzehn Fälle“, heißt es dazu in der Parlamentarischen Geschäftsführung der Grünen-Fraktion. Fraktionen, die Bundestagsverwaltung sowie der Ältestenrat arbeiten an der Tagesordnung. Der erste Schritt ist ein

Meinungsbildungsprozess innerhalb der Fraktionen. Im Austausch mit den Büros der Fraktionsvorsitzenden, den Arbeitsgruppen – und im Fall der Koalitionsfraktionen auch mit der Bundesregierung – erarbeiten die Mitarbeiter der Parlamentarischen Geschäftsführung von CDU/CSU, SPD, Linken und Bündnis 90/Die Grünen eine Rangliste von Themen. SPD und CDU/CSU stimmen sich noch einmal gesondert ab, weil der Koalitionsvertrag das vorsieht. Sind sie sich einig, kann die Zusammenstellung der Tagesordnung beginnen: Die Mitarbeiter der Parlamentarischen Geschäftsführung beginnen nun, das „Gerüst“ der Tagesordnung mit Themen zu füllen. Dafür gibt es bestimmte Regeln, auf die sich die Fraktionen zu Beginn der laufenden Legislaturperiode geeinigt haben. So bestücken Koalition und Opposition alternierend die Agenda des Parlaments. „Wir befüllen das Gerüst der Tagesordnung im Reißverschlussverfahren“, erläutert ein Mitarbeiter der Parlamentarischen Geschäftsführung der Union. Die Kernzeitdebatten am Donnerstag- und Freitagvormittag bilden die Ausnahme.

Dieses Ablaufschema erleichtert das Tagesgeschäft sehr, betont ein Mitarbeiter: „Dass sich die Fraktionen zu Beginn der Legislaturperiode zum Beispiel auf feste Debatteplätze verständigt haben, hat sich sehr bewährt – so müssen wir nicht jede Woche neu diskutieren, welche Fraktion wann in der Kernzeit ihr Thema setzen kann.“ Gestritten werden sollte – da sind sich die Mitarbeiter aller Fraktionen einig – über politische Inhalte und nicht über Verfahrensfragen. Trotzdem: Kontroversen über die Tagesordnung gehören zum parlamentarischen Alltag. Besonders wenn Veränderungen des bereits beschlossenen Ablaufs anstehen. Das kommt häufig vor. Beispielsweise, wenn eine Fraktion eine „Aktuelle Stunde“ beantragt. Auch für die Mitarbeiter der Fraktionen gehören solche Veränderungen zur Normalität. „Sie zeigen, dass der Bundestag auf Aktuelles reagiert“, sagt ein Mitarbeiter der Parlamentarischen Geschäftsführung der Grünen-Fraktion. Und sein Kollege von der Union fügt hinzu: „Ich habe es faktisch noch nie erlebt, dass eine Tagesordnung nicht noch einmal umgebaut wurde.“ *Sandra Schmid*

LESERPOST

Liebe Leserinnen und Leser, regelmäßig versorgen Sie die Redaktion mit Ihren Anmerkungen zu unserer Berichterstattung. Wir drucken Ihre Meinungen gern ab, nehmen aber auch Ihre Anregungen ernst und versuchen, sie im Rahmen der Möglichkeiten umzusetzen. Deshalb gilt weiterhin die Bitte: Schreiben Sie uns, was Ihnen gefällt, aber auch, was wir besser machen können. Wenn Sie sich über einen Politiker, eine Partei oder ein

Gesetzesvorhaben geärgert haben, dürfen Sie uns das selbstverständlich auch mitteilen. Streit und Debatten gehören zu einer lebendigen Demokratie dazu.

Die Redaktion

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 5.9.– 9.9.2016

Haushaltsgesetz 2017 (Di), Etat des Bundeskanzleramts (Mi)

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PANNENMELDER

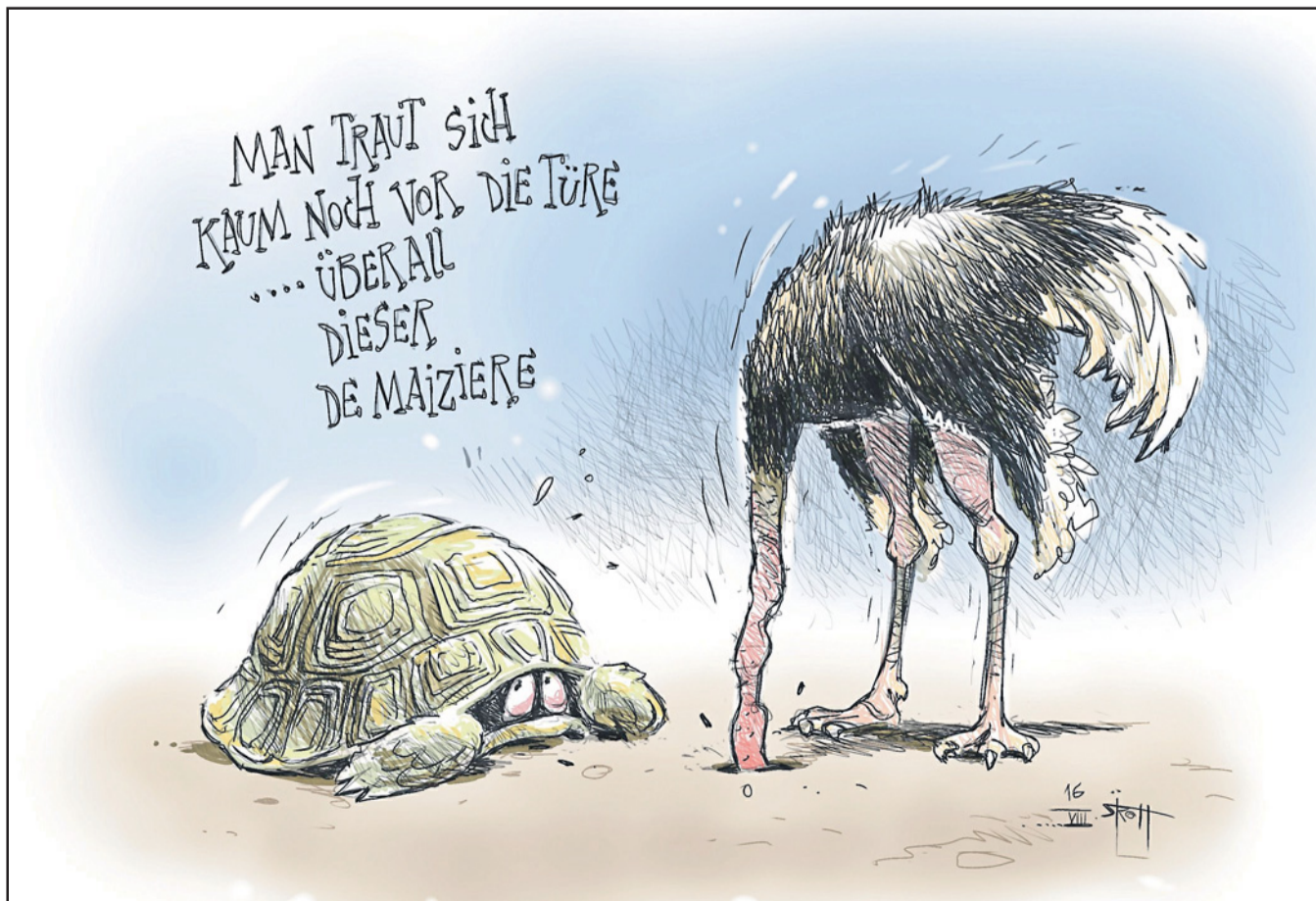
Im Beitrag „Vom Atomstrom zum Grünstrom“ in der Ausgabe 33-34 vom 15. August heißt es, dass die Kosten für den Atomausstieg bis zum Jahr 2010 auf 169 Milliarden Euro ansteigen könnten. An dieser Stelle hat sich ein Fehler eingeschlichen. Richtig ist, dass es zu dieser Kostensteigerung laut Energieexpertin Claudia Kemfert bis zum Jahr 2100 kommen kann.

Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 12. September.

SEITENBLICKE



Zum Tod von Walter Scheel

NACHRUF Er galt als innen- und außenpolitischer Wegbereiter und als ein volksnahes Staatsoberhaupt: Im Alter von 97 Jahren ist vergangenes Mittwoch der frühere Bundespräsident Walter Scheel (Foto) gestorben. Der FDP-Politiker bekleidete von 1974 bis 1979 das höchste Amt im Staat. Bundespräsidenten und einen Politiker, der die Geschicke unseres Landes viele Jahre in besonderer Weise mitgestaltet hat.“



Bundespräsidenten und einen Politiker, der die Geschicke unseres Landes viele Jahre in besonderer Weise mitgestaltet hat.“ Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) erinnerte in seinem Beileidsschreiben an Scheels Ehefrau Barbara an dessen politische Verdienste. Scheel habe „stets Türen geöffnet, Brücken gebaut“, so Lammert. In Scheels Amtszeit als Außenminister (1969 bis 1974) fiel unter anderem die „Neue Ostpolitik“ mit der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages sowie der Ost-Verträge.

Scheel, am 8. Juli 1919 in Solingen geboren, begann seine politische Karriere 1946 zunächst auf kommunaler Ebene. Von 1950 bis 1953 saß Scheel dann als Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen. 1953 zog der FDP-Politiker in den Bundestag ein, dem er bis 1974 angehörte. Von 1961 bis 1966 gehörte er als erster Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit dem schwarz-gelben Kabinett an. Von 1967 bis 1969 amtierte er als Bundestagsvizepräsident. Von 1955 bis 1957 war er zudem Mitglied der Versammlung der Montanunion und von 1957 bis 1961 Mitglied des Europäischen Parlaments. Auch parteipolitisch machte Scheel Karriere: Von 1968 bis 1974 übernahm er den Vorsitz der Liberalen. Er wirkte führend am Schwenk der Partei zu einem sozialliberalen Profil mit und fädelt die Koalition mit den Sozialdemokraten unter Bundeskanzler Willy Brandt ein. Von 1979 an war Scheel Ehrenvorsitzender der FDP. *scr*

PERSONALIA

>Herbert Schui †
Bundestagsabgeordneter 2005-2010, Die Linke
Am 14. August starb Herbert Schui im Alter von 76 Jahren. Der promovierte Volkswirt und Hochschullehrer, ursprünglich langjähriges Mitglied der SPD, gehörte 2004 zu den Mitbegründern der WASG und trat 2007 der Partei „Die Linke“ bei. Der wirtschaftspolitische Sprecher seiner Bundestagsfraktion arbeitete im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie mit.

>Engelbert Nelle †
Bundestagsabgeordneter 1980-1998, CDU
Engelbert Nelle starb am 23. August im Alter von 83 Jahren. Der Diplom-Handelslehrer aus Hildesheim, CDU-Mitglied seit 1969, war dort von 1972 bis 1981 Ratsher. Im Bundestag engagierte er sich in allen fünf Wahlperioden im Sportausschuss, an dessen Spitze er von 1994 bis 1998 stand. Von 1985 bis 1994 war er bereits sportpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Nelle amtierte von 1998 bis 2007 als Vizepräsident des Deutschen Fußball-Bunds.

>Christel Deichmann
Bundestagsabgeordnete 1994-2002, SPD
Am 29. August begeht Christel Deichmann ihren 75. Geburtstag. Die Diplom-Ingenieurin für Chemie aus Holthausen/Kreis Ludwigslust trat 1990 der SPD bei und war Mitglied des Kreisvorstands Ludwigslust. Von 1990 bis 2011 gehörte sie dem Gemeinderat Holthausen an und amtierte von 1999 bis 2011 als Bürgermeisterin. Im Bundestag arbeitete Deichmann im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit.

>Hanns Theis
Bundestagsabgeordneter 1957-1965, SPD
Hanns Theis vollendet am 29. August sein 95. Lebensjahr. Der Diplom-Volkswirt und Vorstandsvorsitzende der Stadtwerke Duisburg AG (1964 bis 1986) trat 1946 der SPD bei. Theis, der von 1955 bis 1964 dem Duisburger Rat angehörte, arbeitete im Bundestag in beiden Wahlperioden im Außenhandelsausschuss mit. Von 1985 bis 2003 war er ehrenamtlicher Vorsitzender des Gesamtverbands der Krankenanstalten in Duisburg.

>Angelika Volquartz
Bundestagsabgeordnete 1998-2003, CDU
Angelika Volquartz wird am 2. September 70 Jahre alt. Die Realschullehrerin aus Kiel schloss sich 1978 der CDU an und stand von 1993 bis 2003 an der Spitze der dortigen CDU. Sie war lange Jahre Mitglied des Landesvorstands und amtierte bis Ende 2012 als stellvertretende CDU-Landesvorsitzende. Von 2000 bis 2010 gehörte sie dem CDU-Bundesvorstand an. Volquartz war von 1990 bis 1992 Ratsfrau in Kiel und gehörte danach bis 1998 dem schleswig-holsteinischen Landtag an. Im Bundestag wirkte sie im Bildungsausschuss mit. Von 2003 bis 2009 amtierte sie als Kieler Oberbürgermeisterin.

>Otto Reschke
Bundestagsabgeordneter 1980-1998, SPD
Am 9. September wird Otto Reschke 75 Jahre alt. Der Grubensteiger und spätere Bergingenieur aus Essen, SPD-Mitglied seit 1967, gehörte von 1969 bis 1974 dem Kreistag Düsseldorf-Mettmann an und war von 1975 bis 1980 Ratsherr in Essen. Von 1970 bis 1980 amtierte er als SPD-Geschäftsführer im Unterbezirk Essen. Reschke, stets Direktkandidat des Wahlkreises Essen I, engagierte sich im Bundestag in allen Wahlperioden im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, dessen stellvertretenden Vorsitz er von 1990 bis 1998 inne hatte.

>Franziska Eichstädt-Bohlig
Bundestagsabgeordnete 1994-2005, Bündnis 90/Die Grünen
Franziska Eichstädt-Bohlig vollendet am 10. September ihr 75. Lebensjahr. Die Diplom-Ingenieurin, Architektin und Stadtplanerin war 1989/90 Stadtbaurätin in Berlin-Kreuzberg. 1993 schloss sie sich dem Bündnis 90/Die Grünen an und war seit 2003 Mitglied im erweiterten Vorstand ihrer Partei in Berlin. Von 2006 bis 2011 gehörte sie dem Berliner Abgeordnetenhaus an und amtierte von 2006 bis 2009 als Fraktionsvorsitzende. Im Bundestag engagierte sich Eichstädt-Bohlig im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie im Haushaltsausschuss. 2011 wurde ihr die Stadtlängstenwürde von Berlin verliehen.

>Jürgen Timm
Bundestagsabgeordneter 1980-1983, 1987-1994, FDP
Am 15. September wird Jürgen Timm 80 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Stuhr/Kreis Diepholz trat 1972 der FDP bei. Er stand von 1979 bis 1986 an der Spitze des Bezirksverbands Osnabrück und gehörte von 1976 bis 1994 dem FDP-Landesvorstand Niedersachsen an. Seit 1972 ist er Mitglied des Gemeinderats Stuhr. Außerdem gehörte er mit fünfjähriger Unterbrechung, von 1974 bis 2011 den Kreistagen Grafschaft Hoya bzw. Diepholz an. Im Bundestag engagierte sich Timm im Ausschuss für Forschung und Technologie sowie im Ausschuss für Post und Telekommunikation. *bmh*



leicht
erklärt!

Vertrauen

Wichtig für die Demokratie



In diesem Text geht es um Vertrauen.

Und zwar um Vertrauen gegenüber:

- Politikern
- und Nachrichten.

Zum Beispiel in Zeitungen
oder im Fernsehen.

Vertrauen in Politiker

Deutschland ist eine Demokratie.

Das bedeutet:

Die Menschen von Deutschland
bestimmen zusammen,
was im Land passieren soll.

Dabei sollen so viele Menschen wie
möglich mit-machen.

Denn dann kommt
das beste Ergebnis heraus.

Das Mit-Machen geht so:

Die Menschen wählen Politiker.

Die machen dann
zum Beispiel Gesetze.

Oder sie treffen
andere Entscheidungen.

Und zwar
für alle Leute in Deutschland.



Die Menschen bestimmen also
nicht direkt mit.
Sondern die gewählten Politiker
vertreten sie.

Darum gibt es vor der Wahl:
einen Wahl-Kampf.

Das bedeutet:

Ein Politiker
möchte gerne gewählt werden.

Darum sagt er,
was er nach der Wahl
für die Menschen machen möchte.

Welche neuen Gesetze
er machen möchte.

Oder wie er das Leben
für die Menschen verbessern will.

Er macht den Menschen
also Versprechen.

Die Leute wählen dann oft den Politiker
mit den besten Versprechen.

Denn sie glauben:
Der Politiker hält sein Versprechen
nach der Wahl.

Sie vertrauen ihm also.



Probleme mit dem Vertrauen

Manchmal hält ein Politiker seine Versprechen nach der Wahl nicht.

Dann sind die Menschen, die ihn gewählt haben, vielleicht enttäuscht.

Sie finden dann zum Beispiel: Der Politiker hat gelogen. Und betrogen.

Und sie glauben ihm ab sofort nicht mehr.



Wenn das nur 1-mal passiert, dann ist das noch nicht so schlimm.

Wenn es aber oft passiert, dann kann das ein Problem sein.

Man nennt das dann: eine Vertrauens-Krise.

Das bedeutet:

Viele Menschen fühlen sich betrogen.

Und zwar nicht nur von einem Politiker. Sondern von vielen.

Sie haben kein Vertrauen mehr zu ihnen.

Mit dem Wort „Krise“ beschreibt man eine sehr schwierige Situation.

Eine Vertrauens-Krise ist also eine sehr schwierige Situation für eine Demokratie.



Folgen von der Vertrauens-Krise

Eine Vertrauens-Krise erkennt man an verschiedenen Dingen.

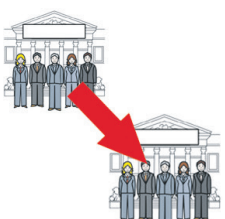
Zum Beispiel:

1) Andere Parteien

Manche Menschen sind von den Politikern enttäuscht.

Dann suchen sie sich andere Politiker zum Wählen. Oder andere Parteien.

Parteien sind Gruppen von Menschen. Sie tun sich zusammen, weil sie ähnliche Regeln für ein Land machen wollen.



Manchmal wählen dann plötzlich viele Menschen kleine Parteien, die vorher nur von wenigen Menschen gewählt wurden.

Oder es entstehen sogar ganz neue Parteien.

Diese neuen Parteien sagen: Wir machen eine andere Politik als die alten Parteien. Und wir halten unsere Versprechen.

Die enttäuschten Wähler denken dann: Hoffentlich ist das wahr.

Darum wählen sie sie.

In den letzten Jahren haben viele Menschen zum Beispiel 2 neue Parteien gewählt.

Die eine Partei heißt: Die Piraten.

Die andere Partei heißt: **Alternative für Deutschland**. Die Abkürzung ist: AfD.

2) Weniger Wähler

Bei wichtigen Wahlen machen nicht mehr so viele Menschen mit.

Denn sie meinen zum Beispiel: Wenn die Politiker ihre Versprechen sowieso nicht halten, dann muss ich sie auch nicht wählen.

Das bedeutet: Diese Menschen nutzen ihre Chance nicht, in Deutschland mit-zu-entscheiden.

Und das ist schlecht für die Demokratie.

Denn eine gute Demokratie bedeutet ja: So viele Menschen wie möglich machen mit.



Was kann man gegen eine Vertrauens-Krise machen?

Es gibt verschiedene Ideen, was man gegen eine Vertrauens-Krise machen kann.

2 Ideen stehen auf der nächsten Seite.



1) Volks-Befragung



Volks-Befragungen sind so etwas Ähnliches wie Wahlen.

Dabei stellt man den Menschen eine Frage. Und zwar zu einem politischen Thema. Zum Beispiel, ob es ein bestimmtes Gesetz geben soll.

Die Menschen können dann zum Beispiel zwischen den Antworten Ja und Nein wählen.

So entscheiden sie dann, ob es das Gesetz geben soll. Oder nicht.



Viele Menschen finden das gut.

Sie sagen:

Durch Volks-Befragungen bekommen mehr Menschen Vertrauen in die Demokratie.

Denn sie können so ganz direkt sagen, was sie möchten.



Andere Menschen finden Volks-Befragungen nicht so gut.

Sie sagen:

Politische Fragen sind oft sehr schwierig.

Man muss viel wissen, wenn man darüber abstimmen will.

Viele Menschen wissen aber nicht genug über Politik.

Sie können also keine guten Entscheidungen treffen.

2) Mehr mit den Menschen reden



Eine andere Idee ist: Die Politiker müssen mehr mit den Menschen reden.

Sie müssen sie fragen, was sie sich wünschen. Oder sie müssen sich ihre Ideen anhören.

Dann können die Politiker viel besser Dinge machen, die möglichst vielen Menschen helfen.

Und dann bekommen die Menschen wieder mehr Vertrauen in die Politiker.

Vertrauen in die Medien

Vertrauen in die Politiker ist also wichtig.

Und zwar, damit eine Demokratie gut funktioniert.

Es gibt aber noch etwas Wichtiges: Das Vertrauen in: die Medien.



Medien sind zum Beispiel:

- Zeitungen
- Fernsehen
- Radio
- das Internet

Medien verbreiten Nachrichten.

Sie geben uns Infos.

Und sie erzählen uns, was auf der Welt passiert.

Zum Beispiel:

Irgendwo auf der Welt stürzt ein Flugzeug ab.



Dann erfahren wir beispielsweise aus den Fernseh-Nachrichten:

- Wo das Flugzeug abgestürzt ist.
- Wie viele Menschen gestorben sind.
- Und noch viele andere Dinge.

Ohne Medien wüssten wir nichts von dem Flugzeug.

Man kann also sagen: Ohne Medien wissen wir gar nicht, was auf der Welt passiert.

Das müssen wir aber wissen.

Wir brauchen gute Infos.

Denn: Nur so kann man sich eine eigene Meinung machen.

Zum Beispiel zu politischen Themen.

Und nur dann kann man auch gute Entscheidungen treffen. Und bei der Demokratie mit-bestimmen.

Wir müssen den Medien also glauben können.

- Sie dürfen nicht lügen.
- Und nichts verheimlichen.
- Und sie müssen so wenige Fehler wie möglich machen.



In den letzten Jahren gibt es aber auch bei den Medien eine Vertrauens-Krise.

Einige Menschen haben das Gefühl: Sie können zum Beispiel dem Fernsehen oder den Zeitungen nicht mehr glauben.

Dabei ist es egal, ob die Medien ihre Arbeit wirklich nicht gut machen.

Wenn die Leute ihnen nicht glauben, dann informieren sie sich nicht.

Und das ist schlecht für die Demokratie.

Es ist also wichtig, dass die Medien wieder mehr Vertrauen bekommen.



Für die Vertrauens-Krise bei den Medien gibt es mehrere Gründe.

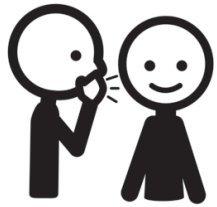
Zum Beispiel:

1) Im Internet gibt es oft Gerüchte zu einem bestimmten Thema.

Die Gerüchte behaupten etwas anderes als die Nachrichten im Fernsehen oder den Zeitungen.

Manche Menschen glauben dann die Gerüchte. Auch wenn sie falsch sind.

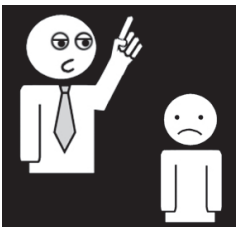
Und darum denken sie: Die Nachrichten sind falsch.



2) Manche Menschen finden auch: Die Medien nehmen die Zuschauer nicht ernst.

Sondern: Sie wollen ihnen sagen, was sie denken sollen.

Das mögen viele Menschen nicht. Und darum haben sie dann etwas gegen die Medien.



3) Die Leute von den Medien machen natürlich manchmal Fehler.

Im Internet sprechen dann sehr viele Menschen über die Fehler.

Man hört immer wieder davon. Auch wenn es nur kleine Fehler sind.

Irgendwann denkt man dann vielleicht: Die Medien machen ja nur Fehler.



Einige Menschen sagen sogar: Den Medien kann man gar nicht mehr glauben. Sie lügen nur noch.

Diese Menschen wollen zeigen, was sie von den Medien halten.

Darum benutzen sie eine Beleidigung.

Sie nennen die Medien:

„Lügen-Presse“.

Das Wort „Presse“ meint Medien, die Nachrichten verbreiten.

Die Menschen, die das Wort „Lügen-Presse“ benutzen, haben dafür verschiedene Gründe:

- Vielleicht glauben sie wirklich, dass die Medien nur noch lügen. Auch wenn das natürlich nicht stimmt.

- Vielleicht wollen sie die Medien aber auch nur schlecht-machen.



Vertrauen zu Politikern und Medien ist also eine wichtige Sache in einer Demokratie.

Darum ist es schlecht, wenn es eine Vertrauens-Krise gibt.



Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von © dpa/picture-alliance und von Picto-Selector. Genauer: © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org) oder © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 35-36/2016
Die nächste Ausgabe erscheint am 12. September 2016.